PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

# kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 28.10.1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

30. Oktober 1975 Jg. 3 Nr. 43 50 Pfennig

**FDP-Parteitag**

## Weder frei, noch demokratisch

Gegenwärtig findet in Mainz der Parteitag der FDP statt. Die Zeitungen sind voll von "freiheitlicher Gesellschaftspolitik", demokratisch dieses und freiheitlich jenes.

Hanns Dietrich Genscher ist Parteiführer der Freien Demokraten und freisinnig wie ein Polizeihund. Wers nicht glaubt, soll sich schnell an die Tatsachen erinnern. Als Innenminister hat er die "Genscher-Thesen" vertreten, nach denen Millionen Lohnabhängige im öffentlichen Dienst des Streikrechtes verlustig gehen sollen. Bei den Säuberungsgesetzen für den öffentlichen Dienst war er federführend mit dabei. Auf dem jetzigen Parteitag wird der Verfassungsschutz aufgefordert, sich spitzelmäßig endlich in revolutionäre Organisationen einzukaufen.

Schon unter der Adenauer-Regierung waren Freie Demokraten beim KPD-Verbot frisch dabei und haben sich an der anschließenden Hetzjagd auf Revolutionäre frei beteiligt.

Wie schafft es dieser freiheitlich-demokratische Polizeiverein, sich den Mantel der Demokratie umzuhängen?

Das funktioniert so: Sie sagen, es käme auf die Rechte des "Einzelnen" an. Schlecht sei, wenn "Organisationen" und "Verbände" Macht hätten. Das würde die Entscheidungsfreiheit des "Einzelnen" schmälern und sei undemokratisch.

Aber was nützt schon dem "einzelnen" Arbeiter die Pressefreiheit? Höchstens bleibt ihm die Freiheit, die oder jene Zeitung nicht zu lesen oder Rundfunk und Fernsehen zu meiden. Dem Reichen hingegen wird mit dieser Freiheit des Einzelnen das Recht verliehen, die Stimme seines Geldbeutels aus dem Mund von hundert oder mehr Redakteuren ertönen zu lassen.

Die frei demokratische Hinterhältigkeit besteht darin, Rechte der Bürger gegenüber dem Staat in Worten hochzuhalten, gleichzeitig die Organisationsfreiheit und die Kampfrechte der Massen mit Füßen zu treten.

So daß im Endeffekt die Arbeiterklasse und die Volksmassen ohne Stimme und ohne organisierte Kraft bleiben sollen.

Dieser Trick ist alt und in der Arbeiterbewegung ziemlich verhaßt. Weil der Lug und Trug auf der Hand liegt.

Auf ihrem Parteitag reden die Freien Demokraten davon, daß sie aus dem "Zehn-Prozent-Ghetto" herauswollen und daß ihnen die Stimmen von jungen Facharbeitern und in Ausbildung Befindlichen dazu helfen sollen.

Gehofft wird also, daß der alte Trick wieder besser zündet. Dieses Betrügerpack rechnet sich folgendes aus: Weil die Sozialdemokraten ihre bürgerlichen Auffassungen in den Gewerkschaften mit immer brutaleren Methoden durchsetzen müssen und es an vielen Orten schon so weit gekommen ist, daß die Geschäftsstelle der Gewerkschaft sich von einer Behörde kaum unterscheidet, weil wir eine Lage haben, in der die Arbeitermassen ihren eigenen Gewerkschaftsorganisationen nicht über den Weg trauen können, glauben sie, insbesondere unter den jüngeren Arbeitern Geschäfte machen zu können. Der bürgerliche Politiker wittert seine Chance. Die Revolutionäre aber können diese Chance gut zunichtemachen. Sie können aufbauen auf der alten Erfahrung der Arbeiterklasse, daß der Zusammenschluß unumgänglich und der "Einzelne" in der bürgerlichen Gesellschaft entweder reich oder ein Stück Dreck für die Reichen ist.



Eine Protestfahrt zur Hauptverwaltung von Enka Glanzstoff organisierte die Belegschaft des Waldnieler KUAG Werkes und protestierte gegen die geplante Stillegung. Bericht auf Seite 5

*Das Finanzkapital diktiert*

# Reaktion auf der ganzen Linie

**Die Deutsche Bundesbank hat am Donnerstag vergangener Woche die Stützungskäufe für Staatsanleihen eingestellt. Damit haben die Großbanken erzwungen, daß die immer riesiger wachsende Staatsschuld ihnen künftig höhere Zinsen einbringt, und sie haben erneut klargestellt, wer der Herr im Haus ist. Schlagzeilen gemacht hat dieses wichtigste Ereignis der vergangenen Woche in Westdeutschland nur in der Kapitalistenzeitung "Handelsblatt". Dort hieß es triumphierend: "Bundesbank wirft das Handtuch". In der Presse, welche die bürgerliche Klasse fürs Volk macht, wurde der Vorgang nicht einmal erwähnt. Von den linken Zeitungen, in denen durchweg Naivität Trumpf ist, hat keine auch nur bemerkt, was sich abspielt.**

Seit Monaten nutzen die Banken den steigenden Kreditbedarf des Staates, um höhere Verzinsung ihres Geldkapitals durchzusetzen und um den Staat als Instrument des Finanzkapitals gegen die Volksmassen verschärft wirken zu lassen. Der Zentrale Kapitalmarktausschuß – ein Bankenkartell – hat der Regierung schon im Sommer den langfristigen Kredit gesperrt und einen Emissionsstopp für Staatsanleihen beschlossen. Die Regierung kann den staatlichen Kreditbedarf seitdem nur decken durch kurzfristige, teure Bankkredite. Allein im August 1975 hat sich der Staat bei den Banken 9,5 Milliarden leihen müssen, was der absolute Rekord an monatlicher Staatsverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik war.

Aber nicht nur an den neu aufgenommenen Staatsschulden soll mehr und schneller verdient werden. Auch für die alte Staatsschuld haben die Banken jetzt eine höhere Verzinsung erzwungen. Seit Monaten haben sie Staatsanleihen verkauft, was normalerweise zu Kursverlusten geführt hätte. Die staatliche Bundesbank hat das bisher verhindert, indem sie für 8 Milliarden DM Staatsanleihen aufkaufte. Zuletzt kam die Bundesbank dabei so in Druck, daß sie an einem Tag für 600 Millionen DM Staatsanleihen zurückkaufen mußte.

Jetzt, nachdem die Bundesbank die Stützungsaktion aufgegeben hat und Kursverluste eingetreten sind, gibt das "Handelsblatt" zu verstehen, daß "die Kursstützungsaktion für die öffentlichen Anleihen nicht nur bei privaten, sondern auch bei institutionellen Anlagen (d.h. bei den Banken) letztlich doch eine positive Wirkung erzielt habe" (24. Oktober). Die "positive Wirkung" für die Banken besteht darin, daß sie ihre Staatspapiere zum alten Kurs losschlagen konnten, und wenn sie dieselben Papiere jetzt zum niedrigeren Kurs wieder kaufen, hat sich für sie die Verzinsung auf das aufgewandte Geldkapital erhöht.

**Fortsetzung S. 2**

*Spanien*

# Das Franco-Regime ist am Ende

**Franco stirbt langsam. Je länger er sich an sein Leben klammert, um so stärker wächst in Spanien die Spannung. Bei den Reichen und Mächtigen, den Stützen des Franco-Regimes, drückt sich das aus in nervöser Unruhe, in hektischem Hin und Her, in immer neuen Planungen, wie es "nach Franco" weitergehen soll. Die Armen, die Arbeiter und die Volksmassen, sind zuversichtlich: nach Franco: Wir!**

Die Mächtigen des Regimes sind nervös und aufgeregt, nicht weil Franco stirbt, sondern weil das Franco-Regime nach fast vierzig Jahren am Ende ist. Sie können nicht mehr weitermachen wie bisher bei der Niederhaltung, bei der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und der Volksmassen. Und sie wissen nicht, wie es künftig gehen soll, sondern sind über diese Frage tief zerstritten. Die Zuversicht der Volksmassen aber hat gerade darin ihre Ursache, daß das Franco-Regime nicht nur vor der Schwierigkeit steht, einen geeigneten Nachfolger zu finden, sondern daß es historisch gescheitert ist.

### Trotz blutigstem Terror kann der Widerstand der Volksmassen nicht gebrochen werden

Selten ist ein bürgerliches Regime blutiger begründet worden wie in Spanien und selten hat die herrschende Klasse eines Landes wilder gegen das eigene Volk getobt, um ihre Privilegien, ihren Reichtum, ihre Drohnenexistenz zu erhalten. Gestützt auf die in Nordafrika stehende spanische Fremdenlegion und auf den deutschen und italienischen Faschismus hat Franco am 18. Juli 1936 gegen die Volksfrontregierung losgeschlagen. Diese Regierung war nach den Wahlen im Februar gebildet worden. Sie wurde unterstützt von den Kommunisten, den Sozialdemokraten und den Radikal-Bürgerlichen. Sie war eine Regierung des Volkes gegen die Grundbesitzer und die Bourgeoisie und das internationale Kapital. Franco, der von dieser Regierung vom Stabschef kurz vorher zum Militärbefehlshaber der Kanarischen Inseln degradiert worden war, sollte eben diese Regierung des Volkes stürzen und die Herrschaft der Grundbesitzer und des Kapitals über die spanische Arbeiterklasse und die Volksmassen wieder unumschränkt herstellen, nachdem die bürgerlichen Parteien versagt hatten.

Den Ausbeuterklassen Spaniens schien dieser General dafür bestens geeignet, nachdem er noch im Dienst der spanischen Monarchie im damaligen Spanisch-Marokko den Freiheitskampf des marokkanischen Volkes in einem Blutbad erstickt und in Spanien einen Streik der asturischen Bergarbeiter niedergeschlagen hatte. 1934, als 30 000 asturische Bergarbeiter erneut streikten, rief die seit zwei Jahren herrschende bürgerlich-republikanische Regierung erneut Franco zu Hilfe. Nach diesem zweiten blutigen Zerschlagen des Streiks, bei dem Hunderte von Arbeitern von den Truppen erschossen wurden, feierte die bürgerliche Klasse und die Grundbesitzerklasse Franco als "Retter der Nation" und machte ihn zum Generalstabschef.

Zwei Jahre später wurde dann die Volksfrontregierung gebildet. Die rechten . Parteien hatten in den Wahlen verloren und mußten abtreten. Das Vertrauen der herrschenden Klassen ruhte da auf Franco. Er sollte die republikanische Regierung durch einen Putsch beseitigen.

Obwohl in dem drei Jahre währenden Bürgerkrieg nahezu eine Million Menschen getötet wurden, obwohl in den Jahren nach dem offiziellen Ende des Bürgerkrieges mehrere Hunderttausend Spanier von den Schergen des Franco-Regimes hingemordet wurden, obwohl das Regime über treu ergebene Offiziere verfügte, obwohl die hohen Prälaten der katholischen Kirche die Waffen segneten und dem Regime das Gottesgnadentum zuerkannten, obwohl die organisierte Führung der Arbeiterklasse und des Volkes vernichtet worden war, obwohl schließlich zwei Drittel der heute in Spanien lebenden Bevölkerung den Bürgerkrieg selber nicht mehr erlebt hat, stehen die Arbeiter und die Volksmassen diesem Regime so unversöhnlich gegenüber wie am ersten Tag seiner Herrschaft. An dem unterdrückerischen und zutiefst ungerechten Charakter dieser Herrschaft haben die Massen niemals Zweifel gehabt. So waren alle Kämpfe, die in den folgenden Jahren von den Arbeitern und den Volksmassen geführt wurden, immer auch auf die Abschaffung dieses Regimes gerichtet.

### Die Stützen des Regimes beginnen sich zu zersetzen

Das Franco-Regime konnte es sich deshalb niemals leisten, anders als durch Einschüchterung und Terror zu reagieren. Die Aufhebung des Belagerungszustandes fand nur auf dem Papier statt. Man fand andere Bezeichnungen und erließ Gesetze, die den Zustand beibehielten. Das jüngste Beispiel sind die sogenannten Gesetze gegen den "Terror", aufgrund derer Massenverhaftungen vorgenommen wurden und werden und vor kurzem fünf Revolutionäre zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Diese zuletzt ausgeführten Todesurteile durch das Franco-Regime wurden jedoch zu einem Zeichen: In der ganzen Welt hat sich aufs Neue der Protest gegen das faschistische Franco-Regime erhoben. In vielen Städten hat es Massenkundgebungen und andere Protestaktionen gegeben. In mehreren spanischen Städten – besonders im Baskenland – fanden Demonstrationen und Streiks statt. Gewaltsame Aktionen gegen die Schergen des Regimes fanden wachsende Unterstützung und konnten von noch so großen Polizeiaufgeboten nicht verhindert werden. Es zersetzten sich die bürgerlichen Kräfte hinter dem Regime. Verschiedene bürgerliche Parteien der Bourgeoisie bildeten zusammen mit den Revisionisten, den Sozialdemokraten und revolutionären Organisationen Aktionsbündnisse auf der Grundlage des Kampfes für demokratische Rechte. Aber es zeigte sich noch mehr: Der niedere Klerus erklärte sich gegen die Todesurteile, und eine Gruppe von zumeist niederen Offiziersdienstgraden forderte in einem Manifest die Beseitigung des Franco-Regimes. Offizierscorps und Klerus, ehemals verläßliche Stützen des Regimes, deren Spitzen unmittelbar an der Ausübung der Macht beteiligt sind, beginnen sich zu zersetzen, untere Teile der Hierarchie gehen über an die Seite des Volkes.

**Fortsetzung S. 3**

Fortsetzung von S. 1

# Reaktion auf der ganzen Linie

Die Bundesregierung rechnet für das Jahr 1975 mit einer Erhöhung der Staatsschuld um 75 Milliarden DM, für 1976 mit weiteren 70 Milliarden. Die jetzt durchgesetzte Kurserhöhung für Staatspapiere bringt allein bei der Neuverschuldung für 1975 eine Erhöhung der Zinsen um 187 Millionen DM. Die Großbanken und die Spitzen des Finanzkapitals diktieren die Kreditbedingungen. Und um kreditwürdig zu sein, muß der Staat nicht nur hohe Zinsen für die Staatsschuld zahlen: Es muß auch die Regierung nach der Pfeife des Finanzkapitals tanzen. Der Gläubiger, das westdeutsche Finanzkapital, hat seinen Staat als Schuldner fest im Griff und diktiert der Regierung Schritt um Schritt ihr Regierungsprogramm und ihren Haushalt.

Die Propagandisten des Finanzkapitals predigen seit Monaten, daß Schluß gemacht werden müsse mit dem "sozialen Wildwuchs" und den Kapitalisten die "Ertragsaussichten" verbessert gehörten. Die Bundesregierung hat gespurt und Milliarden, die sie sich vorher bei den Großbanken gegen hohe Zinsen geliehen hat, den Kapitalisten als Investitionssubventionen geschenkt. Bezahlt werden müssen die Staatsschulden, Zinsen und Bankgebühren schließlich mit einiger Verzögerung aus den Steuerzahlungen der Massen. Die Regierung hat auch das bedacht: Ab 1. Januar 1977 sollen die Werktätigen mehr Steuern zahlen. – Die Kapitalisten bestehen darauf, die Versicherungen der Lohnabhängigen zu plündern und den "Mißbrauch" einzuschränken, der in ihren Augen darin besteht, daß die Lohnabhängigen im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität die Leistungen dieser Versicherungen in Anspruch nehmen. Im Falle der Arbeitslosenversicherung bedienen sich die Kapitalisten reichlich bei Kurzarbeit, Umschulungen, Neueinstellungen und haben über die Regierung ein Gesetz durchgebracht, wonach es für den Lohnabhängigen zumutbar ist, für jeden Hungerlohn seine Arbeitskraft zu verkaufen. Bei der Kranken- und der Rentenversicherung erklären sie, die Leistungen an die Versicherten seien nicht länger tragbar. Hier ist bisher nur das Recht auf Kuraufenthalt gekürzt worden, und die Unzufriedenheit der Bourgeoispresse mit so geringem Eingriff ist nicht zu überhören.

Direkt zur Bedingung für weiteren Kredit gemacht hat das Finanzkapital die Rationalisierung des öffentlichen Dienstes nach dem Grundsatz: Weniger Leute, mehr Arbeit; weniger Lohn, mehr Kontrolle. Und wie bei all seinen anderen Forderungen drängt das Finanzkapital auf rasche Erledigung: Die Regierung bekommt nur ganz kurzfristigen Kredit. Die Zügel werden straff gehalten.

Es ist klar, daß solche Maßnahmen auf Widerstand stoßen und nur durchsetzbar sind, wenn die Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse und im Volk gebrochen und demoralisiert wird. – Das Finanzkapital ist sich der Regierung sicher: Nicht sicher ist es sich seines Erfolgs gegen die Massen. Darum die immer wiederholte Wendung, mit der Verunsicherung des Unternehmertums müsse es endlich ein Ende haben. Ob in der SPD über Investitionskontrolle geredet wird oder der DGB-Vorstand wieder mit der Mitbestimmung fuchtelt: Der Bundesverband der deutschen Industrie (BdI) antwortet darauf mit der Mahnung: Allein die Debatte sei ganz schädlich, weil sie zur Verunsicherung des Unternehmertums beitrage. Die Forderung der Kapitalistenverbände: Mit der "Verunsicherung", die darin besteht, daß Kritik an den herrschenden Verhältnissen zunimmt und gar an verschiedenen Stellen Klassenkämpfe aufflackern, mit dieser Verunsicherung muß Schluß gemacht werden. Nicht nur plündern muß man die Massen: Man muß sie auch schlagen, demütigen und entrechten.

Und auch da setzt sich die Regierung in Bewegung. Im Volk gibt es breite Ablehnung des § 218 und eine Bewegung zur Beseitigung des Strafparagrafen hat sich gebildet: Der Wille des Volkes muß zertreten, die Bewegung geschlagen und gegen den Verfall aller Werte muß mit der Einrichtung einer Familienpolizei in Gestalt der deutschen Ärzteschaft vorgegangen werden. So der Gesetzentwurf der Regierung.

Ähnlich mit dem öffentlichen Dienst. Dort hat der Gedanke von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gegen den Dienstherrn festen Fuß gefaßt. Das Selbstbewußtsein zahlreicher Belegschaften ist im Kampf gestiegen. – Hier muß wieder Ruhe herrschen! Hier muß die Bewegung geschlagen, hier muß gesäubert und entrechtet werden. Die Regierung läßt sich nicht lange bitten: Die Säuberung des öffentlichen Dienstes von allen Feinden der bürgerlichen Ordnung ist beschlossene Sache und der Verfassungsschutz schon lange am Werk. Wie man das Streikrecht im öffentlichen Dienst beseitigen kann, darum kreisen die Gedanken von Innenminister Maihofer, wenn er von "Reform des Dienstrechts" redet.

Ob es sich um die Bewegung unter den Soldaten, um die Studenten handelt, ob es um die Verteidigung von Revolutionären vor Gericht geht, um die Aufenthaltserlaubnis für Ausländer: Überall geht es um Einschränkung von Rechten, handelt es sich um Schritte der Reaktion. Neue Rechte für die Volksmassen zu schaffen, steht nirgends auf dem Programm des Finanzkapitals. Und auch auf dem der Regierung steht davon nichts. Reaktion auf der ganzen Linie, das ist das Programm der herrschenden Klasse, und sie führt ihre Regierung straff am Zügel, um dieses Programm durchzusetzen. – **(wm)**

## Teilnahme von Soldaten in Uniform an gewerkschaftlichen Demonstrationen begrüßt

**Hamburg.** Die Kreisjugenddelegiertenkonferenz des DGB hat am 25. Oktober einen Beschluß gefaßt, in dem sie u.a. die Teilnahme von Soldaten in Uniform an gewerkschaftlichen Demonstrationen ausdrücklich begrüßt. Weiter wird der DGB darin aufgefordert, den Soldaten gewerkschaftliche Unterstützung zu geben für den Fall, daß sie wegen der Teilnahme in Uniform an gewerkschaftlichen Demonstrationen gemaßregelt werden.

## Angola: OAU fordert Übergabe der Macht an alle drei Befreiungsorganisationen

Die Versöhnungskommission der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die auf dem Gipfeltreffen in Kampala im August für eine Vermittlung zwischen den drei angolesischen Befreiungsorganisationen gebildet war, ist aus Angola zurückgekehrt und hat am 25. Oktober in Addis Abeba, dem Sitz der OAU, ihren Bericht veröffentlicht. In ihrem Bericht fordert die Kommission von Portugal, die Macht an alle drei Befreiungsorganisationen in Angola zu übergeben und nicht nur an eine einzige. Die Befreiungsorganisationen werden in dem Bericht aufgefordert, das Feuer einzustellen und eine gemeinsame Regierung zu bilden. (Nach Le Monde, 28. Oktober)

## Frankfurt/M.: Zentrale Spaniendemonstration am 15. November in Frankfurt

Der Koordinierungsausschuß einer Reihe von Komitees gegen die Todesstrafen und gegen den Faschismus in Spanien sowie verschiedener spanischer Parteien und Organisationen, darunter PCE, MCE und FRAP, ruft für den 15.11. zu einer zentralen Demonstration gegen den Franco-Faschismus in Frankfurt auf. Die Demonstration soll unter folgenden Hauptlosungen und Forderungen durchgeführt werden: **Gegen Todesstrafen und Terroristengesetz, für Auflösung der Militär- und Sondergerichte sowie des gesamten Repressionsapparates! Gegen jede Fortsetzung des Franco-Regimes nach Franco, gegen die Monarchie! Keine Unterstützung der Diktatur durch die westdeutsche Kapitalistenklasse und die Bundesregierung!** Der KBW unterstützt diese Initiative der spanischen Organisationen in Westdeutschland und wird im Raum Frankfurt zur Teilnahme an der Demonstration mobilisieren. Der KBW unterstützt ebenfalls die örtlichen Vorbereitungen durch Spanienkomitees und spanische Organisationen in den verschiedenen Teilen der Bundesrepublik.

len der Bundesrepublik.

*DKP zu Schmidts China-Besuch*

# Getretener Hund bellt

**Die sozialistische Volksrepublik China findet inzwischen weltweit Anerkennung. Die imperialistischen Staatsmänner treten der Reihe nach in Peking an. Jetzt ist Helmut Schmidt an der Reihe. Je näher der Besuch des Bundeskanzlers in der Volksrepublik China rückte, desto mehr hat die Zeitung der DKP, die "UZ", ihre Polemik gegen die Volksrepublik China gesteigert.**

Das sozialistische China macht den Entspannungsschwindel der Revisionisten nicht mit. Im Gegenteil, es entlarvt die "Entspannungspolitik" des Sozialimperialismus als Rauchvorhang für eine imperialistische Raubpolitik.

Am 22. Oktober ließ die "UZ" unter der Überschrift "Peking gegen Entspannung" verlauten, daß während des Kissinger-Besuches von den "Pekinger Führern" eine "Breitseite gegen die Entspannungspolitik" abgefeuert worden sei. Eine Breitseite, die ist gefährlich. Vor diesem Feuer haben sie Angst. Das ist gut. Im Gegensatz zum Sozialimperialismus, der die Völker der Welt einschläfern und seiner Aggression gegenüber wehrlos machen will, deckt die Kommunistische Partei Chinas die Zusammenarbeit der beiden Supermächte gegen die Völker der Welt auf wie auch ihre imperialistische Rivalität, um die Beherrschung der Welt, die Quelle eines neuen Weltkrieges ist.

Am 25. Oktober schreibt die "UZ", die Sowjetunion werde von Mao Tsetung als "aggressive Macht" "verleumdet". Was soll daran Verleumdung sein? Es ist eine Wahrheit. Bewiesen spätestens seit dem imperialistischen Überfall der Sowjetunion auf die CSSR im Jahr 1968, der Besetzung dieses Landes und der Einsetzung eines Quisling-Regimes von Gnaden der Sozialimperialisten. Bekannt ist, daß sich die Sowjetunion europäische Länder als Halbkolonien hält. Sie schneidet die Wirtschaften dieser Staaten unter dem Deckmantel der "internationalen Arbeitsteilung" ganz auf sich zu und mästet sich durch die Heraufsetzung der Erdölpreise an ihren "Verbündeten".

Am 28. Oktober schreibt die "UZ" unter der Überschrift: "Vor Schmidt-Besuch: Peking hetzt gegen den Vertrag": Der Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua zum Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR sei von "neofaschistischen Blättern" nicht mehr zu unterscheiden. Die "Freundschaft" in diesem Vertrag besteht darin, daß die Unterordnung der DDR-Wirtschaft unter den Sozialimperialismus vertraglich gesichert wird, die Arbeiterklasse in der DDR für die Interessen der Sozialimperialisten verstärkte Ausbeutung hinnehmen muß. Die DDR wird verpflichtet, den Kriegsabenteuern der Sowjetunion unbedingt Beistand zu leisten. In der Vertragspräambel wird die Souveränität der DDR weiter eingeschränkt: Die Sowjetunion kann in Zukunft, wie bei der CSSR erst nachträglich abgesichert, vertragsgemäß die DDR ganz besetzen und die Macht vollständig übernehmen. Von Freundschaft kann hier nicht die Rede sein. Mit diesem Vertrag hat die Sowjetunion nichts anderes gemacht, als ihren Vorposten gegenüber dem westlichen imperialistischen Lager noch enger an sich zu binden.

Die "UZ" empört sich: "In dem gleichen Kommentar wird der Hitler-Faschismus verniedlicht. Es habe damals nur eine 'Handvoll Faschisten' gegeben." Eine plumpe Lüge. Wörtlich heißt es: "Das chinesische Volk weiß die breiten Massen des deutschen Volkes genau von einer Handvoll Faschisten zu unterscheiden. Wir sind gegen eine willkürliche Praxis, die dem deutschen Volk die Verantwortung für die Angriffskriege zuschreibt." Dies ist keine Verniedlichung des Faschismus. Dies ist eine revolutionäre Haltung, die in jeder Situation auf die Volksmassen vertraut und die genau zwischen Volk und Feind zu unterscheiden weiß. Dies ist die Haltung, die die KPdSU unter Führung Stalins eingenommen hat, als die damals noch sozialistische Sowjetunion gegen die faschistische Aggression kämpfen mußte. Heute hingegen ist die Sowjetunion ein Staat, dessen herrschende Klasse sich im Innern nur durch eine faschistische Diktatur an der Macht hält, um die Gunst der Imperialisten buhlt und zum Feind der Völker geworden ist.

Soviel Geschrei über die Volksrepublik China und ihre revolutionäre, erfolgreiche Außenpolitik: Die Ergebenheit der DKP gegenüber der Sowjetunion und ihre Furcht vor weiterer Entlarvung des Sozialimperialismus sind die Ursache. – **(hjh)**

gegeben." Eine plumpe Lüge. Wört-
mus sind die Ursache. – (hjh)

*RAF-Prozess*

# Vernichtung für rechtens erklärt

**Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat die Beschwerde der Angeklagten im Stammheimer RAF-Prozeß gegen die Entscheidung des Richters Prinzing abgelehnt, die Verhandlung unter Abwesenheit der Angeklagten fortzuführen.**

Selbst die bürgerliche Presse war zum Teil von dieser Entscheidung des Bundesgerichtshofes überrascht. Schien doch nach geltendem bürgerlichem Recht der Beschluß des Richters Prinzing unhaltbar zu sein. An folgende Vorgeschichte sei erinnert: Vier medizinische Gutachter hatten den Angeklagten weitgehende Verhandlungsunfähigkeit bescheinigt. Weiterhin, daß dies im wesentlichen die Folge der Haftbedingungen sei und nicht ihres Hungerstreiks gegen diese Haftbedingungen, wie das Gericht stets behauptete.

Der Richter Prinzing verfügte den Ausschluß der Angeklagten mit dem Argument, durch den Hungerstreik hätten sie ihre Verhandlungsunfähigkeit selbst verschuldet, so daß ihr Ausschluß nach § 231 a der Strafprozeßordnung rechtens sei. Dieser glatten Verdrehung der Gutachten, um mit Hilfe dieses § 231 a die Angeklagten vom Prozeß ausschließen zu können, hatte der Bundesgerichtshof nun eine rechtliche Begründung nachzuliefern, mit der die offene Willkür des Richters Prinzing wieder als rechtlich abgesichert erscheint.

Ein schwieriges Unterfangen, meinte die bürgerliche Presse und war sich nicht sicher, ob es gelingt.

Dem Bundesgerichtshof gelang dies, indem er sich nur einige neue Rechtssätze einfallen ließ, was immer die Art ist, um willkürlichen Unterdrückungsmaßnahmen die Form des Rechts zu geben.

**Der erste Schritt:** Die *"Idee der Gerechtigkeit"* (alle Zitate aus dem Beschluß des Bundesgerichtshofes) wird interpretiert als die Idee, daß alles gerecht ist, was der Durchsetzung der Straf- und Unterdrückungsmaßnahmen des Staates dient. Den anläßlich des RAF-Prozesses eingeführten § 231 a verteidigte der Bundesgerichtshof damit, daß *"die Idee der Gerechtigkeit . . . das Postulat der Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Rechtspflege"* beinhalte.

Von diesem Angelpunkt des Gerichtsbeschlusses aus, der das bürgerliche Recht treffend charakterisiert, wird im folgenden dann alles zu Recht erklärt, was dieser Sorte *"Gerechtigkeit"* dient.

**Zweiter Schritt:** Die Angeklagten hatten geltend gemacht, dieser § 231 a, der am 1. Januar 1975 in Kraft trat, könne nicht auf den Hungerstreik angewandt werden, da dieser schon zuvor stattgefunden habe. Sie haben den bürgerlichen Rechtssatz geltend gemacht, daß eine Strafbestimmung nicht auf die Zeit, bevor sie in Kraft war, angewandt werden könne. Freilich, im allgemeinen ist das so, sagt der Bundesgerichtshof. Nicht aber, wenn dieser Rechtssatz der *"Idee der Gerechtigkeit"* im Wege steht, also anders als durch Verletzung dieses Rechtssatzes der Staat zu einer Aburteilung nicht kommen kann. Die Angeklagten *"müssen vielmehr damit rechnen, daß der Gesetzgeber alsbald die verfahrensrechtlichen Mittel zur Verfügung stellt, mit denen solchem Verhalten wirksam begegnet werden kann."*

**Dritter Schritt:** Da die Gutachten eindeutig dem Beschluß des Richters Prinzing widersprechen, müssen sie heruntergespielt und verfälscht werden, so gut das gerade noch geht. So stellt denn das Gericht fest, den Gutachten komme nur *"ein begrenzter Erkenntniswert zu"*. Begründet wird dies u.a. damit, es hätten die psychiatrischen Gutachter mit den Angeklagten ein Gespräch von *"lediglich eineinhalb"* Stunden geführt. Dabei könne nicht viel herauskommen.

Bekannt ist aber, daß jedem der vier Gutachten zu entnehmen ist, daß schon im Verlauf des eineinhalbstündigen Gesprächs sich Erschöpfungszustände bei den Angeklagten einstellten. So werden die Gutachten vom Bundesgerichtshof in ihr Gegenteil verdreht und heruntergespielt.

**Vierter Schritt:** Trotz dieser Verdrehungen bleibt unübersehbar, daß es die Haftbedingungen sind, welche die Zerstörung der Gesundheit der Angeklagten bewirken. Da dies durch die Gutachten deutlich geworden ist, kann auch der Bundesgerichtshof dies nicht mehr verheimlichen. So gibt der Bundesgerichtshof dies zu und erklärt im selben Atemzug, die zerstörerischen Haftbedingungen seien erforderlich wegen der *"Idee der Gerechtigkeit"*, da die Angeklagten ein *"augenscheinlich durch nichts zu beeinflussendes realitätsfernes Bild von den gesellschaftlichen Verhältnissen"* hätten. Offensichtlich wird damit gesagt, da sie durch nichts "zu beeinflussen" sind, muß man ihre Vernichtung billigend in Kauf nehmen.

*"Die Angeklagten und ihre Anwälte bezeichnen die dadurch bewirkte Haftform schon seit langem als menschenvernichtende 'Isolationsfolter. Das kann zwar nur als agitatorische Verleumdung verstanden werden. (. . .) Es zeigt aber, daß diese sich der nachteiligen Wirkung der Haftbedingungen bewußt sind."* Zwar, so der Bundesgerichtshof, sei es Agitation, die Haftbedingungen als Isolationsfolter zu bezeichnen, aber auswirken würden sie sich schon so, was die Angeklagten gewußt hätten, aber nicht hätten sagen dürfen.

Da der Staat zum Zwecke einer "funktionsfähigen Rechtsprechung" zu dieser Isolationshaft gezwungen sei, wegen des durch "nichts zu beeinflussenden" Willens der Häftlinge, komme somit die Schuld an diesen Haftbedingungen den Häftlingen selber zu: *"Wenn sie gleichwohl seit Jahren das Verhalten fortsetzen, das die staatlichen Organe zur Anwendung dieser Haftbedingungen zwingt, so haben sie somit die Herbeiführung ihrer Verhandlungsunfähigkeit in Kauf genommen."* Damit hat der Bundesgerichtshof nun die das bürgerliche Recht erweiternde Argumentation gefunden, die dem Prinzing nicht eingefallen ist. Sie stellt auch so ziemlich alles in den Schatten, was unter bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen bisher üblich war, warum wohl des Richter Prinzings Findigkeit hier gehemmt war. Da mußte schon die Staatsspitze entscheiden.

Im Klartext heißt diese vom Bundesgerichtshof getroffene Rechtsprechung: Wenn einer, dessen Willen gebrochen werden soll, infolge der dazu notwendigen staatlichen Gewaltmaßnahmen kaputtgeht, so daß er verhandlungsunfähig ist, so hat er sich dies selbst zuzuschreiben und kann daher vom Verfahren ausgeschlossen werden.

**Fünfter Schritt:** Nach dieser juristischen Vorarbeit fällt es dem Bundesgerichtshof nicht mehr schwer, auch den Hungerstreik als nicht mit dem bürgerlichen Recht vereinbar hinzustellen. *"Noch schwerer wiegt, daß die Beschwerdeführer ihre schon durch die Haftbedingungen gefährdete Verhandlungsfähigkeit einer weiteren Belastung durch Hungerstreiks ausgesetzt haben."* Also: Wer schon durch unsere Haftbedingungen vernichtet wird, begeht einen Rechtsbruch, wenn er sich dagegen wehrt, und hat es sich selber zuzuschreiben, wenn er noch schneller vor die Hunde geht, sagt das Gericht.

**Sechster Schritt:** Nicht verzichten will die Justiz darauf, die Häftlinge zu zerbrechen und sie so der Öffentlichkeit vorzuführen. Entgegen der Entscheidung des Richters Prinzing hat das Gericht verfügt, daß, obzwar die Häftlinge verhandlungsunfähig seien, sie sich an der Hauptverhandlung beteiligen können, wenn sie wollen. Erreicht wird damit, daß der Richter Prinzing ohne jede zeitliche Beschränkung verhandeln kann und daß jeder Versuch der Angeklagten, der Hauptverhandlung beizuwohnen, zu einem weiteren Verfall von deren Gesundheit führt. So wird den Angeklagten die Alternative gestellt, in der Isolationshaft vernichtet zu werden oder sich durch Teilnahme am Prozeß vor den Augen der Öffentlichkeit vernichten zu lassen. Was immer sie dann auch in der Hauptverhandlung sagen, juristisch wiegt dies nicht schwer, denn als Verhandlungsunfähige können ihre Aussagen je nach Belieben behandelt und vom Gericht bewertet werden.

Durch den Beschluß des Bundesgerichtshof wird die Vernichtung von Revolutionären in Gefängnissen und ihre Rechtlosigkeit vor Gericht für Recht erkannt. – **(e.r.)**

Fortsetzung von S. 1

## Franco-Regime am Ende

Die Aufregung unter den Mächtigen des Landes ist damit erklärt. Zwietracht und Uneinigkeit, bisher durch die Person Francos immer wieder verdeckt, treten deutlich hervor. Die verschiedenen Cliquen versuchen sich gegenseitig zu übervorteilen. Zwangsläufig sind sie sich am wenigsten darüber einig, wie es weitergehen soll. Der Prinz Juan Carlos, der von Franco selber zu seinem Nachfolger bestellt worden ist und demgemäß künftig in Spanien als König herrschen soll, möchte seine feinen Lackschuhe nicht mit den blutbespritzten Stiefeln Francos eintauschen. Er möchte einige Korrekturen an dem allzu terroristischen Aussehen des Regimes vornehmen und vielleicht diese oder jene bürgerliche Partei zulassen. Auch soll die bürgerliche Presse ungehindert erscheinen dürfen.

Andere hingegen sind gegen jegliche Veränderung, die auch nur den Schein einer Öffnung haben könnte. Einmal eingeleitete Veränderung könnten benutzt werden von den Massen, um die Schleusen ganz zu öffnen, und nicht nur das: Die Schleusen könnten überhaupt hinweggespült werden. Obwohl das Siechen Francos bereits über acht Tage dauert und seine Unfähigkeit, die Regierungsgeschäfte wahrzunehmen, allerseits bekanntist, soll bis zu einer Nachfolgeregelung offenbar zunächst der Tod des Staatschefs abgewartet werden. Währenddessen fordern die hohen Prälaten das Volk zum Beten für Franco auf. Ein Volk in Andacht ist ein Bollwerk gegen den Sturm, meinen sie. Die Generäle halten die Armee in Alarmbereitschaft, für die Soldaten besteht Ausgangssperre. Die Guardia Civil nimmt Massenverhaftungen vor. Diese Polizeischergen, die für viele das Sinnbild der faschistischen Unterdrückung sind, erscheinen besonders nervös. Disziplinlosigkeit und selbständiges Losschlagen gegen Menschenansammlungen sollen sich häufen, wird gemeldet.

Diese ganze Bande, ob groß oder klein, lebt heute in der Furcht vor den Volksmassen. Während der Bandenchef unverdienterweise im Bett stirbt, sehen sie sich im Gefängnis oder am Galgen und die ganze Franco-Herrlichkeit untergehen. Diese Furcht ist vollkommen gerechtfertigt, denn das wird ganz unvermeidlich sein. – **(gj)**

*Wyhl*

# Ein fauler Kompromiss

**Emmendingen.** Am Donnerstagabend einigten sich der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Späth und die kleine Verhandlungskommission der Bürgerinitiativen, den elsässisch-badischen Bürgerinitiativen und der Landesregierung vorzuschlagen, den Bauplatz für das Kernkraftwerk Wyhl zu räumen. Folgender Vorschlag wurde ausgearbeitet: *"Nach wie vor sehen die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen eine befriedigende Lösung des Problems Kernkraftwerk Wyhl nur über das gerichtliche Hauptsacheverfahren gewährleistet, da nur in diesem Verfahren die Frage der Schädlichkeit des Kernkraftwerks für die betroffene Bevölkerung zufriedenstellend geklärt werden könne. nicht eingezäunt oder auf andere Weise eingefriedet, die verschiedenen Einrichtungen, Freundschaftshaus, Kantine, Informationsstände u.a.) bleiben erhalten. Zur Sicherung dieser Zustände sollen die Bürgerinitiativen bis zu zehn Beobachter und die Landesregierung bis zu zehn Ordnungskräfte einsetzen. Bis zum Freitag, 31. Oktober, 18 Uhr sollen die Bürgerinitiativen, die Landesregierung und die Kernkraftwerk Süd GmbH dem Abgeordneten Späth erklären, ob sie diesen Vorschlag annehmen oder ablehnen. Für den Fall, daß beide Seiten diesen Vorschlag annehmen, sollen die Bedingungen dieser Vereinbarungen bis zum 7. November erfüllt werden. An diesem Tag sollen* Verhandlungen zurückgegeben werden. Dieser Vorschlag ist ein abgekartetes Spiel zwischen der Landesregierung und der CDU.

Zwei Tage vor Bekanntwerden des Vorschlages trat Filbinger als Aufsichtsratsvorsitzender des Badenwerks zurück. Alle bürgerlichen Politiker lobten diesen Schritt als Entkrampfung der Lage. Vohrer, Freiburger FDP-Bundestagsabgeordneter, erklärte in der "Badischen Zeitung", Filbinger müsse diesen ersten Schritt der Entkrampfung verbinden mit der eindeutigen Erklärung, erst nach dem rechtskräftigen Urteil zu bauen. Hier ist ihm es rausgerutscht, wie das laufen soll. Wenn die Kaiserstühler Bauern für ihre Interessen kämpfen, ist




CDU-Fraktionsgeschäftsführer Späth, bedrängt von Gegnern des Kernkraftwerks

*Darüberhinaus hielten die Bürgerinitiativen eine Befriedigung nicht für erreichbar, wenn die Zivil- und Strafverfahren nicht sofort beendet würden. Um diese Ziele zu erreichen, streben die Bürgerinitiativen Verhandlungen mit der Landesregierung an. Für die Dauer der Verhandlungen soll der besetzte Bauplatz unter folgenden Voraussetzungen freigegeben werden: Die Kernkraftwerk Süd unterläßt jegliche, auch bauvorbereitende Arbeiten, der Platz wird dann auch die Verhandlungen aufgenommen werden. Sollten diese Verhandlungen scheitern, verpflichten sich alle drei Seiten, innerhalb von sieben Tagen den derzeitigen Platzstatus nicht zu verändern."*

Mit diesem Vorschlag soll dem Widerstand gegen das Kernkraftwerk das Genick gebrochen werden. Ordnungskräfte der Landesregierung sollen auf dem Bauplatz aufgestellt werden. Was durch die Bauplatzbesetzung erkämpft wurde, soll jetzt in das ein Kampf, der entkrampft werden muß. Dazu muß die Entscheidung über das Kernkraftwerk aus der Hand des Volkes gerissen werden, um die dem Verwaltungsgericht zu übergeben. Das Verwaltungsgericht soll für das Kernkraftwerk entscheiden, das Kernkraftwerk kann gebaut werden. Das war der erste Schritt. Danach wurde der CDU-Späth ins Land geschickt. Er schlug vor, eine befriedigende Lösung im Hauptverfahren zu erreichen. Um darüber zu verhandeln, muß der Platz geräumt werden. Polizeikräfte der Landesregierung müssen auf den Platz, damit kein Kaiserstühler sich mehr getrauen soll. den Platz des Volkes seinen Bekannten zu zeigen. Dieser Coup ist ihm in der kleinen Verhandlungskommission gelungen. Das war der zweite Schritt. Er meldet das seinen Parteifreunden in der Landesregierung. Sie sind erfreut. Die läßt am Dienstag über die "Badische Zeitung" verkünden, daß sie den Vorschlag gut findet. Forschungsminister Matthöfer, SPD, klatschte Beifall. Auch er hält es für ratsam, erst nach dem Urteil im Hauptsacheverfahren zu bauen. Er kündigt eine Aufklärungskampagne über Energiefragen an. Der Auftrag, den er für eine Million an das Batelle-Institut gegeben hatte zur Erforschung der Lage am Kaiserstuhl und wie es zu einem Dialog zwischen Landesregierung und Bürgerinitiativen kommen könne, scheint sich zu rentieren. Die Schnüffler des Batelle-Instituts können Gehaltserhöhung verlangen. Das war der dritte Schritt.

Dieser Vorschlag wird die Fronten am Kaiserstuhl klären. Klar herausgekommen ist, wer Freund und wer Feind ist. Deutlich wird, daß die Auffassung der Mehrheit der Verhandlungskommission, den Platz zu räumen und sich dafür Verhandlungen oder die Entscheidung des Hauptsacheverfahrens einzuhandeln, dem niederträchtigen Plan der Landesregierung entgegenkommt.

Der Bauplatz kann erst dann verlassen werden, wenn der Sieg und das Ziel: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, sicher erreicht ist. Man kann ihn nicht verlassen, um sich dafür die Entscheidung des Freiburger Verwaltungsgerichts einzuhandeln. Ein Kommentator der "Badischen Zeitung" schreibt im "Tagesspiegel" unter der Überschrift "Die Gretchenfrage", daß jeder neue Vorschlag der Landesregierung die Bürgerinitativen zwinge, klar zu sagen, ob sie prinzipiell kein Kernkraftwerk wollen oder ob sie sich auf Modalitäten über den Bau einlassen. Die Landesregierung wartet sehnlichst auf Signale vom Kaiserstuhl. Diese Signale werden kommen. Auf der Sitzung der Bürgerinitiativen am Mittwoch wird alles daran gesetzt werden, das Verhandlungsangebot abzulehnen. Beim Verkauf der KVZ in Endingen waren die Bauern einmütig der Auffassung, daß der Bauplatz besetzt bleibt. Bei Diskussionen auf dem Bauplatz war eine große Mehrheit für die Ablehnung dieses Angebots. – **(h., Emmendingen)**

*Biermann und Havemann über die DDR*

# Bürgerliche Opposition oder proletarische Revolution

**Wolf Biermann und Robert Havemann haben dem "Stern" ein Interview gegeben. Die politischen Auffassungen beider sind von Interesse: Der eine hat mit seinen Liedern, der andere mit seinen wissenschaftlichen und politischen Anschauungen in der DDR breitere Resonanz gefunden. Beide stehen mit ihren Anschauungen über die Verhältnisse in der DDR nicht allein, sondern wie sie wird ein beträchtlicher Teil der Gegner des Regimes in der DDR denken.**

Was ist nur heute ihre Auffassung über die DDR? Havemann äußert: In der DDR sei "der Staat der direkte Unterdrücker mit Polizeigewalt". "Was der DDR-Staat politisch darstellt, ist kein Sozialismus, sondern ein höchst perfektes staatsmonopolistisches System." Allerdings habe eine sozialistische Revolution "insofern stattgefunden, als die privaten Eigentümer ausgeschaltet sind. An ihre Stelle ist aber nicht die Gesamtheit der Arbeiter, der Werktätigen, kurzum der Menschen, die produzieren, getreten, sondern eben eine Parteiclique, eine Staatshierarchie." Und Wolf Biermann ergänzt ihn: "Trotzdem ist das ein entscheidender kostbarer Schritt gegenüber jeder bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft." Wegen dieses "kostbaren Schritts" halten beide in der DDR keine Umwälzung der Produktionsverhältnisse für notwendig, sondern fordern auf Basis der herrschenden Produktionsverhältnisse politische Demokratie. Vorbild dafür ist ihnen der sogenannte "Prager Frühling". Biermann: "Am Beispiel Prag habe ich begriffen, wie schnell sich aus einem bürokratisch deformierten Sozialismus eine sozialistische Demokratie entwickeln kann."

### Mit der SED und mit der Sowjetunion?

Herbeiführen könne man diese Veränderung "nur mit der Partei und mit der Sowjetunion". Mit der **Partei**, weil darin der "politisch aktive Teil der Bevölkerung, nämlich der in höheren und mittleren Parteifunktionen" sich befinde, der "überall doch einen schweren Kopf hat. Das sind doch keine Partei-Anhänger, das sind doch Leute, die davon leben müssen, daß sie in diesem Apparat hocken und mit ihm ganz und gar nicht einverstanden sind. Die haben ihre dicken Bauchschmerzen, die sie nirgends richtig loswerden, außer untereinander unter vier Augen." (Havemann) – Mit der **Sowjetunion**, weil gegen sie nicht anzukommen sei, andererseits sei aber auch in der Sowjetunion "eine ungeheure Zahl von Menschen ... der Meinung, daß der von uns skizzierte Weg wirklich aus den vor uns liegenden Schwierigkeiten führt".

Erkennt man dieVoraussetzung als richtig an, daß sozialistische Produktionsverhältnisse prinzipiell noch bestehen in der DDR wegen der Verstaatlichung der meisten Produktionsmittel, dann erscheinen die Aussagen von Biermann und Havemann durchaus plausibel. Dann stünde nicht mehr die Frage der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch das Kapital zur Lösung an, sondern die von Ausbeutung schon befreite Arbeit müßte nur noch von bürokratischer Bevormundung freigemacht werden. Dann hätte man es als Gegner nicht mit einer Klasse zu tun, die von der Ausbeutung fremder Arbeit lebt, sondern mit einer "Parteiclique", einer "Staatshierarchie", wie Havemann sagt. Und wenn man es auch nur mit einer kleinen Parteiclique ohne sozialen Boden zu tun hätte, dann könnte man sich dieser Clique auch innerhalb der bestehenden Organe, der SED, der Massenorganisationen und innerhalb des Staatsapparates entledigen. Eine Clique kann man schließlich durch einen Putsch oder eine Art Palastrevolution aus der Welt schaffen.

Aber die Voraussetzung, die Biermann und Havemann machen, trifft nicht zu. Die DDR ist nicht nur ein Polizeistaat. Vermittelst dieses Polizeistaates übt auch eine bestimmte Klasse die Macht aus. Die DDR ist eine Klassengesellschaft, in der eine neue Bourgeoisie vermittelst des Staates sich zum kollektiven Eigentümer der meisten Produktionsmittel gemacht hat und die Früchte fremder Arbeit aneignet.

Der Charakter des Staatseigentums hängt vom Charakter des Staates ab. Das wird sofort anerkannt bei den Staatsbetrieben, die heute in der BRD oder anderen westlichen kapitalistischen Ländern existieren. Nicht einmal die Revisionisten in Westdeutschland riskieren es, etwa den VEBA-Konzern als sozialistisches Eigentum, als Eigentum der Arbeiter zu bezeichnen. Dasselbe trifft aber auch zu für die staatseigenen Betriebe in der DDR. Sie sind faktisch Eigentum der Klasse, die die Macht hat. Und das sind nicht die Arbeiter. Das ist eine neue bürgerliche Klasse, hervorgegangen aus Partei- und Staatsfunktionären, aus Überresten der alten Bourgeoisie. Und da der Übergang noch nicht lange her ist, manche als Revolutionäre noch begonnen haben, hat Havemann sicher recht, wenn er meint, in diesen Kreisen gebe es viel "Bauchschmerzen". Aber er überschätzt völlig die Bedeutung solcher sentimentaler Rückerinnerungen, weil er nicht sieht, daß es sich bei den höheren und mittleren Parteifunktionären heute um die Angehörigen einer neuen Bourgeois-Klasse handelt, weswegen harte Klasseninteressen immer die Oberhand gewinnen gegen sentimentale Erinnerung.

Die Arbeiter in der DDR sind aller Produktionsmittel beraubt und gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Ihre Arbeitskraft ist wieder eine Ware geworden, die von den Eigentümern der Produktionsmittel gekauft wird, weil sie die Fähigkeit hat, Wert bzw. Mehrwert zu produzieren.

Das Gesetz, nach dem in der DDR die Produktion funktioniert, ist die Vermehrung der vorhandenen Werte durch Einsaugung lebendiger Arbeit. Nicht durch gesellschaftlichen Plan, gerichtet auf die Befriedigung der Bedürfnisse wird die Produktion gelenkt, sondern durch die Jagd nach Profit: Gewinn ist die Hauptkennziffer in der staatlichen Planung.

Die neue bürgerliche Klasse in der DDR lebt nicht schlecht von der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Einen Teil des von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwerts verteilt sie individuell unter die Angehörigen der eigenen Klasse, in Form fetter Gehälter und immer neuer Prämien. Für die Spitzen der neuen bürgerlichen Klasse in der DDR gibt es eigene Villenviertel, besondere Geschäfte, in denen sie einkaufen können, exklusive Ferienparadiese und Landhäuser. All das werden sie mit Sicherheit nicht aufgeben, weil sie alle so gerne Biermann hören, wie Havemann vielleicht hofft: "Überall breiten sich unsere Ideen aus, alle hören Biermann. Der Stasi hört Biermann, genau wie in der Biermann-Ballade."

### Liberalisierung des Regimes oder Befreiung der Arbeiterklasse

Biermann und Havemann treten nicht ein für die Niederschlagung der bürgerlichen Klasse in der DDR. Sie sprechen für Demokratisierung ihrer Herrschaft und predigen der neuen Bourgeoisie innere Umkehr. Kampf für den Sozialismus, das ist für sie vor allem Kampf für "die Freiheit der Rede, die Freiheit der Information, die Freiheit, seine Arbeit selbst zu wählen und seinen Wohnort, Freizügigkeit und die Möglichkeit, das Land zu verlassen" (Havemann). Die klassischen bürgerlichen Freiheiten sind ihnen zum Inbegriff des Sozialismus geworden. Daß Kampf für den Sozialismus Kampf für die proletarische Diktatur ist, kommt ihnen nicht in den Sinn. Für die Arbeiterklasse geht es aber nicht darum, unter bürgerlicher Herrschaft und Ausbeutung weiterzuleben und dabei einige bürgerliche Freiheiten zu genießen. Für sie geht es um die Macht im Staat. Nur die Klasse genießt wirkliche Freiheit, zu tun, was in ihrem Interesse liegt und ihrem eigenen Willen gemäß zu handeln, welche die politische Macht hat.

Biermann und Havemann gehen von diesem Standpunkt nicht aus. Sie verstehen Freiheit nur liberal: als Freiheit jedes einzelnen. Darum setzen sie auch nicht auf die Arbeiterklasse und das Volk ihre Hoffnung, sondern auf die Einsicht "oben". Zwar ergänzt Biermann die Havemannsche Definition des Sozialismus durch "die Unfreiheit, andere für sich arbeiten zu lassen; die Unfreiheit, sich Privilegien zu sichern, sich in einer privilegierten Kaste zu organisieren; die Unfreiheit, Menschen mit Hilfe eines Unterdrückungsapparates daran zu hindern, sich zu entfalten". Aber diese Aufgaben hält er offenbar für schon weitgehend erledigt. Er faßt zusammen: Sozialismus sei "nicht die Freiheit, die bürgerlichen Besitz- und Machtverhältnisse wiederherzustellen. Kurzum, nicht die Freiheit, historisch den Laden wieder zurückzudrehen". In der DDR geht es aber nicht darum, die Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern. Sondern darum, den wiederhergestellten Kapitalismus zu stürzen durch Kampf gegen die Diktatur – nicht der Polizei – sondern der neuen Bourgeoisie. Es geht erneut um die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung, wie sie von der einheimischen neuen Bourgeoisie Hand in Hand mit dem russischen Sozialimperialismus betrieben werden. Ob Biermann und Havemann schließlich den Weg der Solschenyzin und Sacharow gehen und zu Predigern des Kapitalismus der freien Konkurrenz und des Liberalismus werden gegen den herrschenden staatsmonopolistischen Kapitalismus in der DDR, oder ob sie zu Propagandisten der proletarischen Revolution in der DDR werden, das entscheidet sich an der Frage, wie sie schließlich die zu lösende Aufgabe bestimmen. Ob sie auf einen "Prager Frühling" setzen, d.h. auf Liberalisierung des Regimes, oder tatsächlich eine Revolution der Arbeiterklasse nach dem Muster der Pariser Kommune, in der die Arbeiterklasse erstmals sich zur herrschenden Klasse erhob, die Demokratie für das arbeitende Volk erkämpfte und begann, alle bürgerlichen Produktionsverhältnisse umzuwälzen. Heute hat das eine mit dem anderen für Biermann noch "sehr viel Ähnlichkeit". – **(wm)**







Wolfsburg 22.10.: Alle Schulen wurden bestreikt und der Protest gegen die elenden Schulverhältnisse wurde auf die Straße getragen

# Schulstreik in Wolfsburg: 4000 gingen auf die Straße

**"Ihr könnt froh sein, wenn ihr bei diesem Wetter 500 werdet", meinte die Polizei. Gut war das Wetter nicht! Aber 96 Prozent der Wolfsburger Schüler blieben am 22.10. der Schule fern und alle Schulen wurden bestreikt.**

Das war die Antwort der Wolfsburger Schüler auf die verheerende Lage an den hiesigen Schulen.

Von den Schulen aus, wo in der Frühe Vollversammlungen durchgeführt wurden, ging's im Sternmarsch zum Sammelplatz in der Innenstadt. Als sich der Zug von hier aus in Gang setzte, waren es zirka 4 000 Schüler, die unter den Forderungen des Stadtschülerrates und der GEW demonstrierten.

Im Gegensatz zu den anderen Schuldemonstrationen in Niedersachsen war diese Demonstration und der Schulstreik auf alle Schultypen ausgedehnt worden und von allen Schulen waren Delegationen auf der Demonstration anwesend. Von den Gymnasien, den Realschulen, den Hauptschulen und den Berufsschulen.

Die Einigkeit der Demonstration war äußerst wichtig. Denn so wurde verhindert, daß sich Forderungen geltend machen konnten, die die verschiedenen Schultypen gegeneinander ausspielen. Vielmehr waren so gute Voraussetzungen geschaffen, um gegenüber dem Staat den Willen der Masse der Jugendlichen zu demonstrieren, daß eine Ausbildung, die die Fähigkeiten der Jugend verkümmern läßt, statt sie zu entfalten, nicht hingenommen wird.

An der Spitze der Demonstration ging ein Block von Berufsschülern. Zusätzlich zu den Forderungen des Stadtschülerrates, die sich auf die Erhöhung des Bildungsetats, die Einstellung aller Lehrer, die Weiterführung der Schulreform und kleine Klassen bezogen, hatten sie noch eigene Forderungen aufgestellt. Teilweise waren diese in Klassen- und Berufsschulversammlungen diskutiert worden. Solche Forderungen waren zum Beispiel die nach zwei arbeitsfreien Tagen Berufsschulunterricht in der Woche und nach der Eingliederung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten in die Berufsschulen.

### Schlimmer als vor fünf Jahren

"Mahrenholz heißt er – uns bescheißt er", schallte es durch die Innenstadt. Die Eltern und Schüler hatten keine guten Erfahrungen mit dem Kultusminister der SPD gemacht.

Oft genug hatte er den Eltern einen schnellen Abbau des Unterrichtsausfalls versprochen, nur gehalten hat er nichts.

Das geht jetzt schon seit fünf Jahren so. Bereits 1970 hatten die Wolfsburger Schüler gestreikt. Damals rief man ihnen zu: "Werdet Lehrer, damit der Unterrichtsausfall beseitigt werden kann!"

Heute stellt sich die Lage noch viel schlimmer dar.

In einer Wolfsburger Klitsche sind von acht Lehrlingen fünf durch die Prüfung geflogen. In der Berufsschule fallen von acht vorgeschriebenen Stunden drei aus. Die Zugänge zu den Sonderschulen steigen an, während die zu den Realschulen und Gymnasien abnehmen. An den Sonderschulen fallen 27 Prozent des Unterrichts aus, an den Gymnasien 24 Prozent. An den Hauptschulen sind es über 23 Prozent des Unterrichts, der nicht erteilt werden kann, weil zu wenig Lehrer an den Schulen unterrichten. Im Gegensatz zu vor fünf Jahren, jedoch, gibt es genügend ausgebildete Lehrer, nur sie werden von der Landesregierung nicht eingestellt.

In der Berufsschule werden 36 % mehr Lehrer gebraucht, an der Gesamtschule 33 %, an der Orientierungsstufe bis zu 37 % und an den Sonderschulen schon 40 %.

### "Mahrenholz – nimm dich in Acht!"

"In der Bildung fehlen Millionen – den Konzernen geben sie Subventionen", dröhnten die Sprechchöre auf dem Abschlußkundgebungsplatz. Ein Schülersprecher führte aus: "Nicht jeder kann es sich leisten, Tag für Tag Geld für den Schulweg zu zahlen. Viele Schulen haben nicht genug Klassenräume. Dort gibt es die sogenannten Wanderklassen. Deshalb müssen neue Klassenräume finanziert und gebaut werden. Viele Eltern beklagen sich, daß sie jedes Jahr zig Mark für Schulbücher ausgeben müssen. Wir wollen wieder Schulbuchgutscheine haben!"




Sie waren "respektlos" gegenüber der Landesregierung, bezeichnete eine Wolfsburger Tageszeitung treffend die Wut der Schüler.

Und diese Wut ist gerecht. Denn die Millionen, die da fehlen, weil als Subventionen verwandt, machen es den Schülern, die keine reichen Eltern haben, immer schwerer, das sowieso schon kümmerliche Recht auf Bildung wahrzunehmen.

"Wir tragen das Vertrauen in die Landesregierung zu Grabe" und "Bald nehmen wir unsere Sache selber in die Hand, dann nimm dich in Acht, Mahrenholz" trug das THG Gymnasium auf Transparenten mit. Sie hatten recht und allen Grund dazu, dem Staat zu drohen.

"In unserer Klasse sind 38 Schüler, wenn wir nur 20 gewesen wären, wäre ich bestimmt nicht sitzengeblieben", bekräftigte ein Zwölfjähriger die Forderung nach Abbau der Klassenstärke auf 25 Schüler, worauf sein Freund zustimmend nickte.

Die Elternräte hatten ständig die Landesregierung aufgefordert, den Unterrichtsausfall zu stoppen, der Kultusminister verstand jedoch daraus lediglich Theorien von "vertretbarem" und "unvertretbarem Minus" zu entwickeln. Welch ein Zyniker!

Noch einige Tage vor Beginn des Streiks versprach er 2 100 Lehrer einzustellen. Trauen tat ihm keiner, hatte er doch schon wieder in der Anzahl der Neuanstellungen gelogen, denn handeln tut es sich tatsächlich lediglich um 890 Neueinstellungen, was angesichts der Lage in Niedersachsen nicht ausreicht.

Kurz gesagt, von Mahrenholz und der Regierung hatte man genug und die ganze Wut über die Schule, ihre Bürokraten und den "blöden Unterricht" kam in diesem Streik zum Ausdruck. Dazu kamen noch die eingeleiteten Maßnahmen der Kultusbürokratie, die die Eltern und Schüler einschüchtern wollten, um den Streik zu verhindern.

### Mit Strafandrohungen versucht, den Streik zu verhindern

An der Realschule 3 hat der Rektor mit Geldstrafen gedroht. An der Berufsschule drohte man mit Eintragungen ins Klassenbuch, wenn sie sich an dem Streik beteiligten und dem Unterricht fern blieben.

Die "gesetzlichen Rechte" der Vertretungskörperschaften wurden verboten, SV-Räume durften für die Streikvorbereitung nicht genutzt werden.

Die einberufenen Vollversammlungen in der Woche vor dem Streik wurden an einzelnen Schulen verboten und konnten erst durch intensives Einschreiten der Stadtschülervertretung durchgesetzt werden.

In Fallersleben hat der Major a.D. Halfpap, Rektor der Realschule, die Vollversammlung in die 15 Minuten-Pause gelegt, so daß die Schüler kurz nach dem Zusammenkommen sofort wieder in die Klassen gescheucht wurden.

An den Grund-, Haupt- und Realschulen wurden Weisungen an die Schulleiter gegeben, sie sollten Briefe an die Eltern schicken, in denen der Streik als "rechtswidrig" ausgelegt werden sollte, und daß Entschuldigungen bei Fernbleiben vom Unterricht vorgelegt werden müssen.

Der Stadtelternrat reagierte in einem Leserbrief darauf, indem er folgende Begründung für die Rechtmäßigkeit des Streiks abgab: "Der vom Stadtelternrat ausgerufene Streik ist rechtmäßig. Denn er richtet sich gegen einen Staat, der seit Jahren seine gesetzliche Verpflichtung verletzt, unseren Kindern eine vernünftige Schulausbildung zu gewährleisten."

Die Eltern und Schüler reagierten auf die Einschüchterungen, wie es gegenüber dieser Staatsbürokratie notwendig ist: Sie zerrissen die Briefe oder gaben sie erst gar nicht zu Hause ab. Ein Elternrat in Kreuzheide schrieb eine Entschuldigung für alle Schüler der ganzen Schule, mit der Begründung, daß gestreikt würde. Streikposten standen an den Schulen und die Rektoren, Schulräte und Gesinnungsfreunde saßen allein in den Schulen mit der Weisung ihres Kultusministers. Während draußen die Schüler ihrem Sprecher Beifall klatschten, als dieser die Landesregierung angriff!

"Das Kultusministerium kennt unsere Forderungen. Doch wie das Kultusministerium reagiert, ist wirklich bezeichnend: Da sind Maßnahmen im Gespräch, die nichts anderes zum Ziel haben, als den Schein zu wahren. Das Kultusministerium – bzw. die Partei – will Wählerstimmen gewinnen, sonst nichts. Das wurde uns sogar wörtlich gesagt!

Es sollen zum Beispiel die Pflichtstundenzahlen für die Lehrer erhöht werden. Es sollen die Klassenfrequenzen erhöht und die Pflichtstundenzahlen für die Schüler gesenkt werden.

Dann sollen Junglehrer ... jetzt noch unentgeltlich vier Stunden pro Woche geben. Das ist Dummenfang! Ein Lumpensammlererlaß!"

Am Abend, auf der vom Stadtelternrat durchgeführten Kundgebung, waren dann noch einmal 2 000 bis 3 000 Menschen anwesend, darunter bestimmt die Hälfte Berufstätige.

Der Stadtschülerrat und die GEW riefen auch zu dieser Veranstaltung auf, obwohl der Stadtelternrat gemeinsame Aktionen mit beiden vermieden hatte.

Warum er das vermieden hatte, kam spätestens auf dieser Veranstaltung heraus.

### Die CDU versucht im Stadtelternrat zum Zug zu kommen – die SPD will ausgewogen im Dreck leben

In seiner Rede stellte der Sprecher des Stadtelternrates, Pastor Haase, fest, daß sie den Kampf weiterführen würden, bis der Unterrichtsausfall beseitigt sei. In seiner Rede jedoch war bereits die Spaltung der Einheit zwischen Eltern, Schülern und Lehrern angelegt. Er sagte, daß der Stadtelternrat sich nicht gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit für Lehrer aussprechen würde. Auch seien sie schon immer der Meinung gewesen, daß nur politisch vertretbare Lehrer eingestellt werden sollen.

Stadtschülerrat und GEW hatten demgegenüber die Forderungen aufgestellt: "Einstellung aller Lehrer und Lehramtskandidaten" und "Keine weitere Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrer".

Offensichtlich hat im Stadtelternrat sich die Linie der CDU Geltung verschafft, die den Protest der Schüler und Eltern auf die Mühlen der Opposition gegen die SPD-Landesregierung lenken will. In nichts anderem besteht aber die Alternative der CDU, als daß man den Leistungsdruck und die politische Bevormundung der Lehrer verschärfen und daß die Spaltung des Schulwesens aufrechterhalten bleiben muß. Für die Masse der Jugendlichen heißt dies, daß die kümmerliche Ausbildung in Grund- und Hauptschulen und der minimale Berufsschulunterricht festgeschrieben werden soll. So fühlte sich dann auch die "Schüler Union" auf dieser Seite geborgen. Sie nahm am Streik nicht teil, distanzierte sich vom KSB und anderen linken Gruppen, mit der Parole "Statt mit der Faust mit dem Kopf". Kopflos lief sie dann in einer Vorstadt durch die Gassen und sammelte Unterschriften, während Tausende demonstrierten.

Aber auch dem SPD-Ortsverein wurde von Tag zu Tag, mit dem der Streik näher kam, unwohl. Der Kultusminister und die Regierung haben Dreck am Stecken, das wußte man schließlich auch. Einen Tag vorher forderten sie plötzlich, daß bis zum 1.2.1976 der Unterrichtsausfall auf Landesdurchschnitt angeglichen werden muß und unter anderem, daß die Lehrer zwischen den Schultypen verteilt werden müßten, damit es "ausgewogen" ist.

Das ganze ist nach der Losung: Im Dreck leben – aber möglichst ausgewogen verteilt.

Von Reformen ist da die Rede nicht mehr und eine Antwort auf die Proteste der Schüler gibt nicht. Fortschreibung der Schulmisere und das Elend gleichmäßig verteilt: das ist die bildungspolitische Linie der SPD.

Gegenüber diesen Parteimeinungen, die eben auch der Stadtelternrat vertrat, legte eine Sprecherin des Stadtschülerrates auf dieser Kundgebung noch einmal dar, daß die Schüler und die GEW sich entschieden für die Einstellung **aller** Lehrer einsetzen werden und daß eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht richtig sei, "denn überarbeitete Lehrer können keinen guten Unterricht machen"; außerdem seien 1976 genügend ausgebildete Lehrer vorhanden.

Für diese Ausführungen erhielt sie dann auch gerechtermaßen mehr Beifall als der Pastor Haase des Stadtelternrates.

### "Dann stellen wir einen neuen Streik auf"

Der Kampf geht weiter! Das war auch die Stimmung unter den Schülern am Abend auf dem Informationsfest des Stadtschülerrats. Ob nun die Landesregierung den Forderungen nachkommt oder nicht, der Streik war ein Erfolg.

Wenn sie es nicht tut, dann wird sie ihr blaues Wunder erleben, was auch einige Schüler einer 9. und 8. Klasse in einem eilig gedichteten Text zu dem Lied "I can get no satisfaction" zum Ausdruck brachten, welches sie unter großem Beifall vortrugen:

"Wir schreiben heute den 22. Oktober,
heute ist ein ganz besonderer Tag,
denn heute ist der Streik in Wolfsburg ...
Eigentlich meinen wir alle, daß die Lehrer eingestellt werden sollen,
denn man kann die Lehrer ja nicht so rumgammeln lassen.
Sonst werden sie ja noch schlimmer als die Schüler.
Wenn es heute mit dem Streik auch etwas anders sein sollte oder etwas anders laufen sollte,
dann ist es auch nicht so schlimm.
Denn wenn es beim Kultusministerium
nicht ankommt, dann stellen wir
einen neuen Streik auf ...
I can get no satisfaction ..."

Bisher hat sich das Kultusministerium noch nicht geäußert. Aber alles deutet darauf hin, daß die Schüler, die dieses Lied gedichtet haben, recht behalten werden und weiterkämpfen müssen.

Der Stadtschülerrat hat die Schritte schon eingeleitet, indem man den Mahrenholz nach Wolfsburg zitieren will, und die Sternfahrt nach Hannover am 12. November, die der nächste Höhepunkt sein soll.

Das wird erneut ein "ganz besonderern Tag in Wolfsburg". – (Ortsgruppe Wolfsburg /Red.)

### „Macht man, was ihr für richtig haltet."

,Im Wolfsburger Schulstreik zeigte sich einmal wieder, welche Fessel das Beamtengesetz in diesem Falle für die Lehrer darstellt.

Obwohl sich zirka 96 Prozent der Elternschaft in Wolfsburg für diesen Schulstreik ausgesprochen hatten und ihn auch durchführten, bekamen die Lehrer zwei Tage vor dem Streik über die Rektoren die Weisung des Reigerungspräsidenten, den Schülern einzubleuen, doch zur Schule zu kommen. Drohen bei einer solchen Weisung, die auf den Befehl hinausläuft, daß sich die Lehrer gegen die Interessen der Eltern und Schüler stellen sollen, kann der Staat mit dem Beamtenrecht.

Viele Lehrer haben darauf versucht, diesen Befehl zu unterlaufen, indem sie den Schülern sagten: "Hier, das muß ich euch austeilen, aber macht man das, was ihr und eure Eltern für richtig haltet." Oder indem man einfach "vergaß", einen derartigen Bescheid den Schülern weiterzugeben.

Daß die Lehrer sich so nicht zu Bütteln des Staates gegen Eltern und Schüler einsetzen ließen, ist ausgezeichnet.

Deutlich gezeigt hat sich daran, welche Fessel das Beamtenrecht für die Lehrer ist, und daß dieses besondere Unterdrückungsinstrument des Staates gegenüber den Lehrern wie allen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst weg muß.

**Streichung des Weihnachtsgeldes –**

## Erster Teil eines grossangelegten Lohnraubs

Der BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) hat letzte Woche angekündigt, daß das Weihnachtsgeld ganz gestrichen oder aber zumindestens gekürzt werden soll. Das Weihnachtsgeld ist nur zum geringsten Teil tariflich abgesichert. Nicht selten beträgt es ungefähr einen Monatslohn, wovon nur 40 oder 50 Prozent in einem Tarifvertrag vereinbart sind. Verdient also ein Arbeiter 1 200 Mark netto im Monat und bekommt er zum Jahresende das gleiche noch einmal, so sind das aufs Jahr umgelegt 100 Mark pro Monat, oder 8 Prozent des Monatslohns. Tariflich abgesichert ist davon aber höchstens die Hälfte, also 600 Mark oder monatlich 50 Mark, also 4 Prozent. Streicht der Kapitalist den übertariflichen Teil, so bedeutet das eine Lohnkürzung von 4 Prozent monatlich.

Anschließend wollen sie dann am Verhandlungstisch die Sozialdemokraten auf einen 4 Prozent-Tarifabschluß drücken. Die ganze tarifliche Lohnerhöhung wäre durch die Weihnachtsgeldkürzung aufgehoben. Also ein Null-Prozent-Abschluß. Aber auch der reicht ihnen noch nicht. Seit langem sind ihnen die übertariflichen Teile des Lohns ein Dorn im Auge. Wie jedes Jahr werden sie auch dieses Mal versuchen, die Zulagen zusammenzustreichen. Wenn ihnen all dies gelingen würde, ständen sie Anfang des Jahres blendend da. Nicht nur einen realen Lohnabbau, also einen Abschluß um die Inflationsrate, hätten sie erreicht, sondern sogar einen nominalen Lohnabbau.

Daß sie diesen Lohnraub auf keinen Fall durchsetzen können, wenn sie in den Tarifverhandlungen eine Lohnkürzung von 4 Prozent fordern, wissen sie. Ihre Überlegung ist, im selben Zeitraum den Lohnraub Schritt für Schritt zu vollziehen, mit der gleichen Wirkung. Sie setzen darauf, daß sich die Arbeiter über jeden einzelnen Griff in ihre Tasche empören, sich dann aber wieder beruhigen, bei dem nächsten Schlag sich wieder empören und wieder beruhigen und so weiter und so fort. Da irren die Kapitalisten, die Arbeiter sind nicht so vergeßlich und rechnen können sie auch noch. Einige von den Kapitalisten mußten das schon erfahren, als sie gleich nach der Verlautbarung des BDA die Kürzungen durchführen wollten, Streik war die Antwort der Arbeiter.

Die IG Metall-Führung hat sich dazu nur abringen können, daß die Protestaktionen verständlich seien. Verschiedenen Orts hat sie durchblicken lassen, daß man gegen die Weihnachtsgeldkürzung bzw. -streichung so unmittelbar nichts machen könne, dafür in den Tarifverhandlungen mehr herausgeholt werden müsse. Die streikenden Belegschaften werden sich darauf ebenfalls nicht einlassen können. Mit den kommenden Tarifverhandlungen verhält sich das so wie mit der Taube auf dem Dach, die man nicht hat. Mit dem Weihnachtsgeld verhält es sich aber nicht so wie mit dem Spatz in der Hand, weder für die Arbeiter noch für die Kapitalisten. Für die Kapitalisten ist die Kürzung ein fetter Braten, für die Arbeiter ist das Weihnachtsgeld notwendiger Teil ihres Lohnes.

Wird den Kapitalisten erlaubt, den ersten Teil ihres Plans eines großangelegten Lohnraubs durchzuführen, so haben sie es leicht, auch den zweiten zu vollenden. Wird aber gleich der erste Teil durchkreuzt, gelingt auch der zweite nicht. Die Bedingungen im Lohnkampf haben sich dann zu Ungunsten der Kapitalisten und zugunsten der Arbeiter verändert.

Um ihren Plan zur Durchführung zu bringen, werden die Kapitalisten nicht überall gleichzeitig die Streichung und Kürzung des Weihnachtsgeldes vornehmen, sondern zeitlich unterschiedlich. Dabei setzen sie auf die Zersplitterung und Spaltung der Arbeiter in einzelne Belegschaften. Sie wollen die Belegschaften getrennt schlagen, um den Lohnraub in der ganzen Arbeiterklasse durchzusetzen. Die Belegschaften, die den Kampf gegen den Lohnraub aufnehmen, verdienen deshalb die Solidarität aller Arbeiter, denn sie führen einen Kampf, der die Pläne des großangelegten Lohnraubs durchkreuzt. – (db)

## Streiks gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes

**Ludwigsburg.** 800 Arbeiter bei Hüller legten aus Protest gegen die angekündigte Kürzung des Weihnachtsgeldes am Donnerstag, dem 23. Oktober, für eine Viertelstunde die Arbeit nieder.

Die angekündigte zehnprozentige Kürzung der Gratifikation seitens der Hüller-Kapitalisten bedeutet für viele Hüller-Kollegen eine Verschlechterung von effektiv bis zu 20 Prozent gegenüber der alten Regelung.

Der Streik richtete sich nicht allein gegen die Kürzung der Gratifikation 1975, sondern ganz allgemein gegen die bereits seit diesem Jahr durchgeführten Streichungen übertariflicher Leistungen wie z.B.

a) Verschlechterung der Schichtzulage-Regelung seit März 1975;
b) Anrechnung der tariflichen Jahressprünge bei Angestellten auf die übertariflichen Gehaltsbestandteile;
c) Kündigung für 1976 der Betriebsvereinbarung für die Zahlung von 80 bzw. 160 DM für früher gewährten Zusatzurlaub.

Die Kürzung des Weihnachtsgeldes ließ das Faß zum Überlaufen kommen. "Bis hierher, nicht weiter; dieser Streik ist unsere letzte Warnung. Bei weiteren Maßnahmen gegen uns wird mit aller Härte zurückgeschlagen." Dies war die Meinung vieler Kollegen bei Hüller. – (Hüller-Zelle)

**Stuttgart. Im Stuttgarter Werk der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) streikten am Dienstag vergangener Woche zirka 800 bis 1 000 Beschäftigte aus verschiedenen Abteilungen gegen die von den SEL-Kapitalisten beschlossene Kürzung des Weihnachtsgeldes um mindestens 10 Prozent.**

Nachdem bereits in verschiedenen Werken Entlassungen vorgenommen wurden und gegenwärtig 1 750 Kollegen zu Kurzarbeit gezwungen sind, ist dies ein erneuter und die gesamte Belegschaft direkt treffender Vorstoß der SEL-Kapitalisten. Angesichts der Streikaktion der Kollegen scheute der SEL-Vorstand jedoch davor zurück, wie geplant am Mittwoch seinen Beschluß offiziell zu verkünden; stattdessen sah sich die Geschäftsleitung dazu gezwungen, mit 70 IGM-Vertrauensleuten über die Höhe des diesjährigen Weihnachtsgeldes zu verhandeln. Ein Ergebnis dieser Verhandlungen liegt bisher nicht vor.

**Viernheim/Mannheim.** Von Mittwochmorgen bis zum Donnerstag um 8.15 Uhr streikten die 400 Arbeiter der Walker-Betriebe gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes von 75 % auf 40 %. Weiter sollen die übertariflichen Leistungen wie Treueprämie, Weihnachtsgeld für Bundeswehrsoldaten und Alterspensionäre, gestrichen werden. Die Belegschaft fordert Weihnachtsgeld mindestens in Höhe des Vorjahres und keine Streichung der übertariflichen Leistungen. Nach dem Streik erklärte sich die Betriebsleitung zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat bereit. Laut Informationen von Kollegen aus dem Werk Mannheim wurden die Verhandlungen ohne Erfolg geführt.

**Nürnberg.** Weil die Produktion von Kleintrafos nach Westberlin verlagert werden soll, will die Trafo-Union Nürnberg 150 Arbeiter auf die Straße setzen. Gegen die Verlagerungsabsichten streikten vor kurzem 300 Arbeiter mehrerer Abteilungen.

**Akzo-Konzern/Enka-Glanzstoff:**

## Stillegungen und Abbau von 6 000 Arbeitsplätzen geplant

**800 Kollegen eines von der Stillegung bedrohten Betriebs organisierten Protestfahrt zur Hauptverwaltung**

**Wuppertal. 800 Kollegen demonstrierten in Wuppertal gegen die Pläne der Enka-Glanzstoff-Kapitalisten, das Waldnieler Werk der Kunstseide-Textil AG stillzulegen. Während der Arbeitszeit demonstrierten sie zum Verwaltungsgebäude des Konzerns. Dort tagte der Aufsichtsrat, dem eine Resolution übergeben wurde. Wenn der Betrieb stillgelegt wird, wird die Arbeitslosigkeit in Waldniel auf 17 Prozent steigen. Insgesamt will der Akzo Konzern, zu dem Enka Glanzstoff gehört, 6 000 Arbeitsplätze abbauen.**

Für Enka Glanzstoff arbeiten in 26 Ländern rund 41 000 Lohnabhängige, davon in Westdeutschland allein 24 000. Enka Glanzstoff ist ein Teil des Akzo-Konzerns, der seinen Sitz in Arnheim/Holland hat und nach dem US-Konzern DuPont zweitgrößter Hersteller von Chemiefasern in der Welt ist.

### Die Jagd nach Profiten führt zur Überfüllung des Marktes

Jahrelang hat es auf dem Chemiefasermarkt gut für die Kapitalisten ausgesehen. Zwischen 1960 und 1970 sind die Chemiefaserkapazitäten um rund 550 Prozent allein in Europa gestiegen. (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 15.4.1972)

Die US-Konzerne stockten – ausgehend von einem höheren Produktionsniveau – ihre Kapazitäten um 320 Prozent, die Japaner um 400 Prozent auf. (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 15.4.1972) Im Kampf um den Markt versuchten die Chemiefaserkonzerne sich gegenseitig zu unterbieten. Im genannten Zeitraum "fielen die Preise, gemessen am Index von 1960 gleich 100, bis 1970 auf 40" (Kölner Stadt-Anzeiger, 8.4.1972). Dabei "beurteilten die Produzenten ... ihre Ertragsentwicklung als gut." Das war nur möglich durch eine verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft: "Angesichts des scharfen internationalen Wettbewerbs ist es für die Chemie zwingende Notwendigkeit, die technisch größtmögliche und damit kostengünstigste Anlage zu bauen. Waren in den Anfangszeiten der modernen Chemiefasern Anlagen mit einer Kapazität von 5 000 bis 8 000 Tonnen üblich, so müssen heute Anlagen für mindestens 60 000 Tonnen gebaut werden." (Kölner Stadt-Anzeiger, 15.4.1972)

Anfang der 70er Jahre zeichnete sich auf dem Weltmarkt die Überfüllung mit Chemiefasern ab. Die Kapazitäten konnten nicht mehr voll ausgelastet werden. Arbeiter mußten kurzarbeiten.

Der Akzo Konzern hatte 1969 die Konkurrenz aufgekauft, um sie dann stillegen zu können. Akzo kaufte die Glanzstoff AG, zu der das Wuppertaler Bemberg-Werk, ein holländisches Werk in Breda, Fabelta in Belgien und die Feldmühle in der Schweiz gehörten. 1972 sollten diese vier Werke stillgelegt werden und 6 000 Arbeiter auf die Straße geworfen werden. Ein "neutraler Gutachterausschuß" wurde auf Betreiben der zuständigen IG Chemie-Sekretäre gebildet, je zur Hälfte aus Kapital- und Gewerkschaftsvertretern. Dieser Ausschuß legte mit den Unterschriften der IG Chemie ein Gutachten vor, das die Entlassungen von 5 000 Arbeitern rechtfertigte.

Die Arbeiter hielten nicht still. Drei Tage wurden die Werke besetzt gehalten. In Breda streikten die Kollegen und besetzten das Werk. Einen Tag später besetzten die Arbeiter in Wuppertal ebenfalls die Fabrik. Nach drei Tagen Werksbesetzung ließ die Konzernleitung am 21. September 1972 einen Brief an den Vorsitzenden des Aktionskomitees überbringen: "Angesichts der starken Reaktion" will sie ihren "Plan vollständig zurücknehmen".

1973 kam es noch einmal zu einem kurzen Boom, der 1974 erstmals seit 15 Jahren zum Rückgang der Chemiefaserproduktion in der Welt führte, in Japan um 10 Prozent, in Europa um 7 Prozent und in den USA um 3 Prozent. (Enka Glanzstoff Geschäftsbericht 1974)

### Die Anpassungsmaßnahmen des Kapitals: Vernichtung von Produktivkräften und Verschärfung der Ausbeutung

Enka Glanzstoff als größter europäischer Chemiefaserproduzent mußte seine Produktion 1974 um 3 Prozent auf 464 000 Tonnen senken und konnte nur 436 000 Tonnen verkaufen. Die Glanzstoff-Kapitalisten konnten im Jahr davor ihren Nettoprofit noch um fast 20 Prozent auf 335 Millionen Mark steigern. 1974 bekamen sie aber noch 325 Millionen raus. Im Januar und Februar ließen die Kapitalisten etwa 8 400 Beschäftigte in den westdeutschen Werken kurzarbeiten. Im ersten Halbjahr 1975 wurden mehr als 1 100 Arbeiter und Angestellte "freigesetzt", d. h. vorzeitig pensioniert, zum Teil entlassen und Stellen wurden nicht neu besetzt. Gleichzeitig verfügte die Konzernleitung einen Einstellungsstopp für das "nichtproduzierende Personal".

Im Juli ließ der Vorstand die Beschäftigten wissen: "Falls keine Anpassungsmaßnahmen erfolgen, müßte Enka Glanzstoff bis 1980 weiterhin Jahr für Jahr für das Unternehmen bedrohliche Verluste hinnehmen."

Am 26.9.1975 teilt sie der Belegschaft ihre Pläne mit:

1. Einschränkung der Produktion von "Problemprodukten"
2. Stillegung "kleinerer Produktionsbereiche" bzw. deren Verlagerung
3. "Anpassung der nichtproduktionsbezogenen Bereiche" an die Produktionsentwicklung.

Von den 32 000 in Westdeutschland, Holland und Belgien arbeitenden Arbeitern und Angestellten sollen 3 155 in der Produktion und 2 500 bis 3 500 Beschäftigte in nichtproduzierenden Bereichen entlassen werden. Maschinen mit einer Kapazität von mindestens 65 000 Tonnen Chemiefasern sollen vernichtet werden. (nach: "informiert" der Enka Glanzstoff vom 26.9.1975)

### Gegen die Spaltungsversuche des Kapitals die gemeinsame Front aufbauen!

1972 machte die Besetzung zweier Werke dem Konzern einen Strich durch die Rechnung. Die Kapitalisten haben daraus gelernt und setzen auf Spaltungsmanöver und rücken mit genauen Plänen nicht heraus. In einer Pressemitteilung vom 15.10.1975 erklärt die Enka Glanzstoff-Leitung: "Ausmaß und regionale Verteilung" der Entlassungen im nichtproduzierenden Bereich seien noch "im Gange. Ihre Ergebnisse können erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden".

Die Absicht ist, zuerst die Arbeiter zu entlassen und die Angestellten im Ungewissen zu halten, um dann einen Teil von ihnen ebenfalls zu entlassen. Das fördert die Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten und erschwert den Aufbau einer gemeinsamen Front der einzelnen Belegschaften.

Die Vertrauensleute der Hauptverwaltung und des Werkes Barmen sowie der Betriebsrat von Barmen haben am 21.10. der Resolution einer internationalen Gewerkschaftsdelegation aus den drei betroffenen Ländern zugestimmt: Keine Zustimmung zu Entlassungen! Keine Verhandlungen, bevor nicht die Investitionspläne offengelegt worden sind! Diesen ist zu entnehmen, ob die Werke Barmen und Kassel in den nächsten zwei Jahren ganz dicht gemacht werden sollen.

Die Wuppertaler Vertrauensleute haben auf ihrer Sitzung die Protestaktion der Belegschaft des Waldnieler Werks begrüßt. Die Arbeiter des Werkes Waldniel haben mit ihrer Protestfahrt zur Hauptverwaltung am 23.10. den Weg gewiesen: den Kampf gemeinsam organisieren! (h., KG Wuppertal)

## »Das Werk ist ein neues Werk«

**Interview mit Kollegen aus dem Werk Waldniel**

*Welche Konsequenzen hat für euch in Waldniel der Verlegungsplan der Konzernleitung?*

**H., Textilarbeiter:** 500 von 750 Arbeitern sollen entlassen werden. Für die älteren Kollegen wäre das besonders schlimm, weil jetzt die Arbeitslosenquote schon knapp 8 Prozent. Bei uns im Hinterland, kurz vor der holländischen Grenze, da ist dann für diese Kollegen alles aus, die finden bestimmt keine Arbeit mehr.

*Wie ist eure Protestaktion zustandegekommen?*

**H.:** Eigeninitiative! Da hat einer gesagt, wir fahren nach Wuppertal vor die Hauptverwaltung und protestieren. Das ist hier eine spontane Aktion der Belegschaft.

*Hat euch die IG Textil nicht unterstützt?*

**H.:** Nur indirekt. Die hatten ja ihr Stillhalteabkommen mit der Betriebsleitung. Hinterher haben die uns dann mit Bussen usw. unterstützt.

*Was soll mit euren Maschinen nach dem Plan der Konzernleitung bei der Werksverlegung passieren?*

**H.:** Zuerst muß man dabei sagen, daß diese Werksverlegung keine Werksverlegung ist, sondern eine Werksstillegung. Die "Verlegung" ist nur ein Vorhalten, damit wir uns ziemlich ruhig verhalten. Bei uns sollen 80 Maschinen abgebaut werden. Durch diese Maschinen wird die Produktion überhaupt erst möglich. Der Betrieb soll also ganz geschlossen werden.

40 Maschinen sollen nach Oberbruch, der Rest nach Breda – das ist das holländische Werk, wo die Arbeiter vor zwei Jahren auf die Straße gegangen sind, als das Werk auch geschlossen werden sollte.

Ich glaube aber nicht, daß die die Maschinen wirklich dahin bringen. Denn von dem Geld, das der Konzern investieren müßte, um die Maschinen wieder ans Laufen zu bringen, könnten die uns eine einige Jahre bezahlen.

*Die Konzernleitung behauptet, der technologische Stand der Anlagen in Waldniel sei veraltet.*

**S., Textilingenieur:** Die Konzernleitung sagt, eines Tages würden unsere Artikel spinntexturiert. Die technische Entwicklung, bis dies Verfahren in die Produktion kommt, dauert aber mindestens noch 10 bis 15 Jahre. Ich stehe doch in der ganzen Entwicklung und Forschung drin und kann das genau sagen.

**K., Textilingenieur:** Bei unseren hochwertigen Artikeln ist es in absehbarer Zeit nicht möglich, auf Spinntexturiermaschinen zu fahren. Das kann man gegenwärtig nur mit unregelmäßigem Garn machen, zum Beispiel mit Teppichgarn.

**H.:** Das ist Unsinn, daß der technologische Stand veraltet ist. Bei uns existiert die Zahl von 30 Millionen, die der Konzern allein in den letzten zwei Jahren in Waldniel investiert hat. Wir haben eine neue Energieanlage, wir haben die Maschinen auf Dampfheizung umgestellt, wir haben ein neues Kesselhaus, wir haben eine neue Kläranlage mit allen Schikanen, wir haben die letzte Fabrikhalle 1972 gebaut. Das Werk ist ein neues Werk.

*Die Konzernleitung wird an ihren Stillegungsplänen festhalten. Wie wollt ihr den Widerstand weiter organisieren?*

**H.:** Das muß auf jeden Fall eine gemeinsame Sache von allen Werken sein. Das ist aber sehr schwierig, weil jeder hofft, daß er nicht rausgeschmissen wird. Wir wissen noch nicht genau, wie wir weiter unternehmen sollen. Aber zusehen werden wir nicht.

Stahltarifrunde / Klöckner Bremen

# Widerstand hervorgerufen

**Bremen.** Als Anfang September die Vertrauensleute bei Klöckner Bremen die Forderung von 12 Prozent, mindestens 140 DM, aufgestellt hatten, war von einem Vertreter der Ortsverwaltung Bremen der IG Metall auf der Betriebsversammlung zu hören: "Gottseidank entscheidet ja die Große Tarifkommission!"

Die entschied auf 8 Prozent und versetzte der wachsenden Selbständigkeit der Stahlarbeiter einen Schlag. Die meisten Kollegen lehnen die 8-Prozent-Forderung ab, zumal sie wissen, daß, wenn man die Gewerkschaftsführer alleine läßt, nur vier bis fünf, höchstens aber sechs Prozent rauskommen, und das bedeutet Lohnabbau.

Viele Kollegen schwanken, ob die ursprünglich aufgestellte Forderung nicht doch zu hoch war. Sie sagen: "Die kriegen wir so und so nicht durch." "Eigentlich", sagen sie, "brauchten wir die 140 Mark, um einigermaßen über die Runden zu kommen, aber was willst du in dieser Situation machen? Eigentlich müßten wir streiken, das ist schon richtig, aber du kriest doch jetzt keine Einheit in die Belegschaft. Du hast doch gesehen, was 1973 bei dem spontanen Streik herausgekommen ist."

"Ein Streik muß schon organisiert sein", sagen sie. "Aber das wollen die von der Gewerkschaft nicht. Für 8 Prozent streikt so und so keiner."

Die Kapitalisten treten frech auf. Nicht nur daß sie sagen, die Lohnabschlüsse müßten unter der Inflationsrate liegen. Sie lassen zwei Verhandlungstermine verstreichen, ohne ein Angebot zu machen, und drohen mit Entlassungen. Am Verhandlungstisch stehen sie gegenüber den Gewerkschaftsführern gut da. In den Betrieben ruft ihr Vorgehen aber unvermeidlich den Widerstand der Arbeiter hervor, wenn auch wegen des Vorgehens der Gewerkschaftsführung in der Lohnrunde zunächst vereinzelt und zersplittert. Viele Kollegen haben sich erfolgreich dagegen gewehrt, daß ihnen das Kurzarbeitergeld nicht bezahlt werden sollte, als die Kurzarbeit von heute auf morgen gestrichen wurde, viele Kollegen aber nicht zu erreichen waren. Jetzt muß Klöckner das Kurzarbeitergeld nachzahlen.

Andere, für deren Arbeitsplätze der Lohn neu festgelegt werden soll, weil die Arbeitsbedingungen und die Belastungen verschärft worden sind, drängen ihren Vertrauensmann und den Betriebsrat, daß dort endlich mal was geschieht und nicht immer weiter hinausgezögert wird. Diese noch vereinzelten Gefechte sind die Grundlage für den einheitlichen Lohnkampf auf breiter Front. Dieser Lohnkampf ist unvermeidlich, denn die Kapitalisten kennen ohne den Widerstand der Arbeiter keine Grenze in der Verschärfung der Ausbeutung

Karmann/Osnabrück

# „Alles muss schnell gehen"

**Osnabrück. In der letzten KVZ haben wir berichtet, wie schlecht es mit der Arbeitssicherheit bei Karmann bestellt ist. Das hat sich erneut als traurige Wahrheit bestätigt. Am Montag, dem 20. Oktober, um 17.45 Uhr ereignete sich ein tödlicher Unfall im Preßwerk. Dazu machte der "Bohrer", die Betriebszeitung des KBW bei Karmann, mit einem Kollegen aus dem Preßwerk folgendes Interview:**

***Du hast gesehen, wie der türkische Kollege unter die Presse kam?***

**Kollege**: Ja, ich hatte die gleiche Schicht und habe in der Nähe gearbeitet.

***Wie geschah der Unfall?***

**Kollege**: Ihr kennt doch die großen Pressen. Da arbeiten an jeder Seite zwei Mann. Auf der einen Seite die beiden Kontrolleure, die die Presse betätigen, auf der anderen Seite die zwei Kollegen, die das Blech abnehmen. Diese beiden Kollegen müssen beim Blechabnehmen durch eine Lichtschranke, die die Presse ausschaltet. Aber bei den großen Pressen ist sie soweit entfernt, daß man auch dahinter gehen kann. Jedenfalls war diesmal schon wieder ein Stück Blech in der Presse verklemmt. Und ihr kennt doch auch die Arbeitshetze bei Karmann. Wir arbeiten zwar keinen Akkord, aber die Meister stehen immer rum und treiben einen zu mehr und mehr an. Wenn man mal aufs Klo gehen möchte, dann heißt's "Macht es in der Pause". Zwölfhundert, dreizehnhundert, vierzehnhundert Stück müssen wir am Tag machen. Die Presse geht also zack auf zack. Und weil alles so schnell gehen muß, wird auch, wenn mal etwas klemmt, die Presse nie ausgeschaltet. Das ist so bei Karmann.

Der türkische Kollege ging also durch die Lichtschranke hindurch, um das verklemmte Blech rauszuholen. Und weil er hinter der Lichtschranke war, konnte diese die Maschine auch nicht mehr ausschalten. Der Kontrolleur auf der anderen Seite hatte anscheinend nicht bemerkt, daß der türkische Kollege unter der Presse war. Man kann bei dieser Hetze nicht so genau darauf achten. Man ist einfach so im Rhytmus drinnen. Na ja, und dann drückte er eben den Knopf. Der türkische Kollege hatte noch versucht, da rauszukommen, doch ein bis zwei Sekunden sind zu wenig. Der Kopf und Oberkörper waren eingequetscht.

***Und was geschah nach dem Unfall?***

**Kollege**: Wir konnten ja nicht viel machen. Wir haben gewartet auf den Krankenwagen. Und das hat gedauert, sage und schreibe eine halbe Stunde haben wir gewartet, bis der aus der Stadt angerollt kam. Wilhelm Karmann kann sich sowas bei 5 000 Arbeitern ja angeblich nichtleisten. Bringt ja auch nichts ein. Laß die doch verrecken.

***Wie war eure Reaktion?***

**Kollege**: In uns kochte die Wut. Vor allen Dingen auf die Meister. Denn die treiben uns immer an. Immer heißt es nur "schneller, schneller!". Die sind doch das ausführende Organ der Geschäftsleitung.

Ein Portugiese, der ist Vertrauensmann bei der Gewerkschaft, der hat gleich danach eine kleine Kundgebung organisiert und gesagt, daß wir nur für den Profit von Karmann immer schneller arbeiten müssen, daß wir unsere Knochen hinhalten müssen und daß dieser Unfall Karmanns Schuld sei. Die im Anzug von der Geschäftsleitung kamen nämlich an und machten anfangs ein bedröppeltes Gesicht. Sie könnten ja auch nichts dabei machen usw. usw. Aber dann sagte einer, wir Arbeiter würden immer soviel trinken. Der wollte also uns Arbeitern hinterher die Schuld in die Schuhe schieben. Erstens hatte keiner von den Kollegen getrunken, und zweitens, wenn getrunken wird, dann nur, um diese Scheiß-Arbeitsbedingungen auszuhalten. Diese Schleimer in Schlips und Kragen haben noch nie selbst an der Presse gestanden und wollen jetzt beurteilen, wie gefährlich diese Arbeit ist.

***Seit dem Unfall sind einige Tage vergangen. Was hat sich seitdem verändert?***

**Kollege**: Zunächst wunderten wir uns, daß der portugiesische Vertrauensmann am nächsten Tag nicht mehr erschien. Dann erfuhren wir, daß man ihn in den Transport versetzt hat. Dieser Kollege hatte ganz klar gesagt, daß Karmann und sein Raffen nach mehr Profit schuld ist am Tod des türkischen Kollegen. Recht hat er damit.

Karmann mag das nicht wahrhaben wollen, spaltet jetzt schnell die alten Kollegen, doch indirekt mußte die Geschäftsleitung zugeben, daß sie schuld ist am Unfall. Sie hat es zwar nicht öffentlich gesagt, bei ihr war es bestimmt "Schicksal" oder "gottgewollt", aber ab jetzt haben an jeder Presse die zwei Kollegen, die das Blech abnehmen, nicht nur die Lichtschranke, jetzt haben sie zwei Knöpfe zum Ausschalten der Presse bekommen, bevor sie druntergehen! Seitdem sind außerdem die Meister ruhiger geworden und hetzen nicht mehr so. Man kann normal seine Arbeit machen. Mit einem Mal geht's. Aber erst muß einer von uns dran glauben. Fragt sich nur, wie lange der ruhige Ton noch so bleibt. Es ist eben so, daß wir in einer Gesellschaft leben, die nur nach dem Profit funktioniert, in der der Arbeiter nur soviel wert ist, wie er arbeiten kann. Wir sollen Nummern sein, reine Anhängsel von Maschinen. Deshalb bin ich so wie ihr der Meinung, daß wir eine Gesellschaft brauchen, in der wir bestimmen, wie und was produziert wird, und das ist der Sozialismus.

***Hatte der türkische Kollege eine Familie?***

**Kollege**: Ja, eine Frau und vier Kinder hinterläßt er in der Türkei. Im Werk ist gesammelt worden für seine Familie. Da haben fast alle was gegeben. Es kommt aber darauf an, daß Karmann eine Rente zahlt. Das ist bei dem lange nicht selbstverständlich. Da müssen wir uns für einsetzen. – (e., Betriebszelle Karmann)

Die sozialdemokratischen Betriebsräte stellen sich gegen die Kollegen

# Die Wagen liefen ohne Scheiben durch

**Wolfsburg. Erst Entlassungen, acht Wochen später Sonderschichten und jetzt Neueinstellungen. "Ist der Autofrühling in Sicht?"** fragte sich das IGM-Mitteilungsblatt für die VW-Kollegen.

**"Die pressen uns aus wie Zitronen"**, heißt es bei uns am Band.

Für den Betriebsratsvorsitzenden ist die Situation schwer zu verstehen, gestand er auf der letzten Betriebsversammlung.

Für ihn schon, glaubt er doch, die Produktion würde zur Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen betrieben. Nun ist dies aber nicht so, und es herrscht die Anarchie der kapitalistischen Produktion, und nur der Profit des Kapitals ist die Triebfeder der Produktion. Wir, die Arbeiter, sind in dieser Produktionsweise der Faktor, durch den die Profite produziert werden, und der je nach Bedarf gebraucht wird oder unnütz ist.

Der Heißhunger des Kapitals ist groß nach unbezahlter Mehrarbeit. "Wir streben einen Marktanteil von 27 % an, in den USA", gestand der Personalchef.

Wir Arbeiter merken das in den Knochen.

Ein Kollege am Passatband wurde zu einer Arbeit eingeteilt, die vorher stets mit zwei gemacht wurde. Er schaffte die Arbeit ebenfalls nicht allein und hing beständig durch. Meister und Vorarbeiter plärrten auf ihn ein, daß er die Arbeit schaffen muß. Die Kollegen holten den Betriebsrat. Dieser ließ sich den Fall erklären und sagte: "Du hast eine hohe Lohngruppe, die Zeiten sind objektiv, da kannst du die Arbeit schaffen." "Die fallen einem ja in den Rücken." "Morgen bring ich mein Buch mit." Der Betriebsrat zog ab, und zwei Kollegen wurden so aus der IG Metall getrieben.

Folgendes geschah ebenfalls am Passat. Ein Kollege verlangt einen Urlaubsschein, weil er früher nach Hause muß. Der Vorarbeiter erklärt sich für "nicht zuständig" und der Meister laberte über "zu wenig Leute".

Der Betriebsrat kam, begann über die Unterbesetzung am Band zu sprechen und daß die Stückzahlen geschafft werden müßten. Der Kollege fragte den Betriebsrat, ob er Mitglied der IGM sei und stauchte ihn zusammen. Er bekam seinen Urlaubsschein.

"Nach dem jetzigen Stand wird VW mit einem Produktionsminus in das Jahr 76 gehen. Deshalb besteht die Gefahr, daß potentielle VW-Käufer sich für andere Fabrikate entscheiden, weil VW nicht alle Kundenwünsche erfüllen kann", sagte der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende und so handelt er auch.

Seit sich die Absatzmöglichkeiten in den USA sprunghaft verbessert haben, werden täglich am Passat 50 bis 80 US-Passat neben den europäischen Typen gefahren. US-Ausstattungen bedeuten Mehrarbeit für viele Montagearbeiten. Beim Einbau der Scheiben führte das dazu, daß die Kollegen immer mehr absackten, obwohl schneller gearbeitet wurde.

Dem Betriebsrat wurde die Sache erklärt, worauf er antwortete: "Bei den wenigen Wagen kann man nichts machen, in den Zeiten steht, nur wenn **'überwiegend'** USA gefahren wird, wird die Gruppe um einen Mann erweitert."

"Aber Mehrarbeit ist Mehrarbeit – warum werden denn überhaupt Zeiten für Normalwagen festgelegt?" fragte einer von uns.

Es änderte sich nichts und die Gruppe wurde immer wütender. Einige hauten den Vorarbeiter und Meister an. Die hingegen lobten ihre Arbeit und sprachen Mut aus zum Durchhalten. "Es wird schon gehen!"

Dann wurden die US-Scheiben nur noch so reingeklatscht, aber es kam immer noch keiner.

Dann hingen wir ständig auf der Bremse, was auch nichts nützte.

Es wurde einer zum Betriebsrat geschickt, der die Lage erklärte.

"Ja, Kollege, in unseren Zeiten steht, wenn **'überwiegend'** USA gefahren wird, dann ..."

Der Kollege rechnete dem Betriebsrat die Mehrarbeit aus, die sie hatten, und erklärte dem Betriebsrat, daß sie seit heute einzelne US-Wagen durchlaufen ließen, weil sie es nicht mehr schafften, und daß sich daran nichts ändern würde, wenn keiner dazukommen würde.

Die umstehenden Vertrauensleute nickten und der Betriebsrat runzelte die Stirn und versprach, mit dem Meister zu reden. Die Wagen liefen ohne Scheiben durch und der vierte Mann kam.

"Du weißt ja Bescheid, am Samstag arbeiten", bemerkte der Vorarbeiter im Vorbeigehen. Alle nickten mißmutig. "Ich habe ihm gesagt, daß er auf mich nicht zu rechnen braucht, einen Tag vorher Bescheid sagen, das mach ich nicht mit, im übrigen komme ich grundsätzlich nicht."

"Das geht nicht, der Betriebsrat hat zugestimmt, du mußt kommen", quakte der Meister.

"Muß gar nicht, lies erst mal den Aushang, da steht's drauf." Wer zur Sonderschicht eingeteilt wird, muß eine Woche vorher Bescheid gesagt bekommen. Nach heftigem Geschreie hoch zum Betriebsrat und den Fall erklärt.

"Ja Kollege, wie du sicher weißt, haben wir den Sonderschichten zugestimmt, um nach Einstellungen nicht wieder entlassen zu müssen."

Erst als dem Betriebsrat sein eigener Beschluß auf rechtzeitigen Bescheid erklärt wurde und die Rechte, die darin für die Belegschaft vorhanden sind, erklärte er sich bereit, einzuschreiten.

Unten am Band waren alle wütend darüber, daß der Betriebsrat sich beständig hinter Stoppzeiten und im Büro verkriecht, wenn er sich für uns einsetzen soll.

Doch das ist nicht nur in der Halle 12 so, auf der Betriebsversammlung war dies das überwiegende Thema. "In der Polsterei wird das Material immer schlechter, daß sogar schon die Nadeln der Maschinen abbrechen. Dann müssen wir Frauen diese Arbeit mit der Hand machen, die behandeln uns wie der letzte Dreck!"

"Kollegen in unteren Lohngruppen müssen Arbeiten machen, die höher bezahlt sind, wenn man auch nur das Wörtchen von 'Höherstufung' in den Mund nimmt, wird man wieder umgesetzt", erklärte ein Bandarbeiter.

Der Betriebsrat sicherte zu, diesen Fällen nachzugehen. Das wird dann so sein, wie es in der Halle 12 laufend ist. Schließlich kennt jeder, was solche Worte bedeuten.

Es scheiden sich die Fronten.

**(h, Betriebszelle VW Wolfsburg)**

## An der Seite der Ausbeuter

**IGM-Loderer: Vorkämpfer der westdeutschen Autokonzerne**

Zurückgekehrt von der Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wandte der IG Metall-Vorsitzende Loderer, der gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des VW-Konzerns ist, sich gegen die "sehr bedenkliche" Forderung der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaften nach Einfuhrbeschränkungen von ausländischen Autos in die USA. Das würde negative Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Westdeutschland haben. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.1975)

Auf dem amerikanischen Markt liefern sich die großen Monopole Handelskriege um Marktanteile. Die kapitalhörige amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft spielt dabei den Vorreiter für das US-Kapital. Auf ihr Betreiben wurde ein Verfahren gegen ausländische Autokonzerne, besonders VW, eingeleitet wegen Preisdrückerei unter die Herstellungskosten.

Der IG Metall-Vorsitzende Loderer macht sich demgegenüber zum direkten Vorkämpfer der westdeutschen Automobilkonzerne, insbesondere des VW-Konzerns. Sich hinter den eigenen Kapitalisten stellen und mit ihm gemeinsam gegen die ausländischen Konkurrenten zusammenstehen, das schlägt der IG Metall-Vorsitzende den VW-Arbeitern vor.

Großartige Perspektiven sind das, welche die amerikanische und die westdeutsche Gewerkschaftsführung den Arbeitern eröffnen: Fest an der Seite ihrer jeweiligen Ausbeuter und Konzernherren sollen sie um Marktanteile kämpfen – gegeneinander.

Die Sozialdemokraten wollen die Arbeiter glauben machen, sie kämen um den Kampf für ihre Interessen herum, wenn sie auf Zusammenarbeit mit den Kapitalisten setzen. Tatsache ist, daß die Arbeiter dabei in Kampf gegeneinander verwickelt werden und sich wehrlos den Kapitalisten ausliefern.

Wenn die Arbeiter sich an die Devise der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung hielten, würden sie im Betrieb den Angriffen auf ihre Arbeitsbedingungen und der gesteigerten Ausbeutung wehrlos gegenüberstehen. Aber diese Devise liegt nicht in ihrem Interesse und sie nehmen im Betrieb den selbständigen Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung auf.

Dabei stellen sich sozialdemokratische Betriebsfunktionäre jeder selbständigen Regung der Arbeiter entgegen und sagen: Bleibt ruhig! Wenn ihr den Bogen überspannt, verhindert ihr den Aufschwung

Auch da setzen sie auf die Konkurrenz der Kapitalisten gegeneinander und nicht auf die Einheit der Arbeiter **(gb)**



Essen. 800 bis 1 000 Drucker demonstrierten am 27.10. gegen den gelanten Abbau von 1 000 Arbeitsplätzen. Nach der Zusammenlegung der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ) mit der "Neuen Ruhr-Zeitung" (NRZ) am 1. Januar 1976 wollen die Kapitalisten umfassend rationalisieren.

# Bundestag verabschiedet Beamtenrechtsrahmengesetz

## Die Grundsätze des KPD Verbotsurteils sollen im öffentlichen Dienst umfassend durchgesetzt werden

**Der Bundestag hat Freitag letzter Woche eine Neufassung des Beamtenrechtsrahmengesetzes gegen die Stimmen der CDU/CSU beschlossen.**

Jahrelang war dieses Gesetzeswerk, das die juristische Grundlage zur Säuberung des öffentlichen Dienstes von Revolutionären und politisch fortschrittlichen Menschen bereitstellen soll, in der Vorbereitung.

Die erste Lesung zu diesem Gesetz fand bereits vor über einem Jahr statt, und seitdem war in den Ausschüssen der Gesetzentwurf ständig wieder verändert worden. Eigens auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die "Berufsverbote" hatten die bürgerlichen Parteien gewartet, bevor sie dieses Gesetz verabschiedeten, und im Sommer lag die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vor.

Trotz des ganzen Aufwands für dieses Gesetzeswerk und obwohl man sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes berufen konnte: Eine Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien kam nicht zustande, die Opposition beharrte auf ihrem Entwurf, die Koalition verabschiedete den Regierungsentwurf.

Als einen *"Tiefpunkt der Solidarität der Demokraten"* hat die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" diese Bundestagsdebatte bezeichnet und ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß das Parlament sich nicht einig geworden ist.

Worin lagen die Differenzen? Strittig war folgende Formulierung des Regierungsentwurfes: *"Eine ablehnende Entscheidung darf nur auf die in der Person des Bewerbers liegenden, gegen seine Verfassungstreue sprechenden Tatsachen gestützt werden, die in vollem Umfang gerichtlich nachprüfbar sind."*

Dagegen sah der vom Bundesrat beschlossene Entwurf der CDU/CSU vor, daß die Zugehörigkeit zu einer "verfassungsfeindlichen Partei" in der Regel für die Ablehnung eines Bewerbers genüge. Praktisch betrachtet, was die Entrechtung im öffentlichen Dienst angeht, wiegt dieser Unterschied nicht schwer. Der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Posser, hat das kürzlich in einer Rede vor dem Bundesrat klargestellt. Nach dem Regierungsentwurf verfahre man so, erklärte er, daß man einem Bewerber, der einer "verfassungsfeindlichen Partei" angehöre, deren Programm vorlege. Distanziere er sich nicht davon, dann sei seine "Verfassungsfeindlichkeit" erwiesen. So betrachtet besteht der Unterschied zur CDU/CSU lediglich darin, daß diese eine solche Frage für überflüssig hält.

Während die Einigkeit der bürgerlichen Parteien darüber, daß man den öffentlichen Dienst von Revolutionären und fortschrittlichen Menschen säubern muß und daß die Rechte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten beschnitten werden müssen, überwältigend groß war und die Differenz minimal, lieferte man sich vor dem Bundestag doch schwerste Gefechte.

Die SPD/FDP warf der Opposition vor, sie gefährde den *"Rechtsstaat"* und sie wolle den Eindruck erwecken, daß *"die Koalition den öffentlichen Dienst für Radikale öffne"* (Koschnick, SPD). Die CDU/CSU warf der Regierungskoalition vor, ihr Entwurf sei *"masochistisch"*. Es *"drohe eine Situation, die nicht nur das freie Deutschland, sondern auch das übrige freie Europa zum Einsturz bringen könne"* (alle Zitate Frankfurter Rundschau, 25. Oktober).

Da wurde aus allen Rohren aufeinander geschossen, und jede Partei spielte sich als Hüterin des "Rechtsstaats" auf und warf der anderen vor, sie wolle eben diesen zerstören.

Einig darüber, daß man den öffentlichen Dienst säubern muß, und zerstritten darüber, wer nun die eigentliche Rechtsstaatspartei sei, konnte eine Einigung nicht zustandekommen.

Der Grund dafür wurde im Parlament nicht angesprochen. Er befindet sich außerhalb des Parlaments. Denn seit dieses Gesetz in Vorbereitung ist, hat sich der Protest dagegen immer breiter entwickelt. Keine politische Entlassung aus dem öffentlichen Dienst kann die Bourgeoisie heute mehr über die Bühne ziehen, ohne daß sie sich dadurch handfesten Ärger und Krach einhandelt. Und nicht nur gegen die "Berufsverbote" richtet sich diese Bewegung, sondern immer grundsätzlicher auch gegen das Beamtenrecht, diese Fessel der staatlichen Lohnabhängigen, mit der sie von den gewöhnlichen Lohnabhängigen abgespalten werden.

Statt daß, wie die Bourgeoisie gehofft hat, sich die Unruhe im öffentlichen Dienst gelegt hat, ist sie angewachsen und hat immer neue Nahrung erhalten. Für viele wurde deutlich, daß das Beamtenrecht zur Unterdrückung der staatlichen Lohnabhängigen dient.

Die breite, politisch uneinheitliche Protestbewegung wirkt bis in die Reihen der Koalitionsparteien hinein, und sie bestimmt die Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien.

CDU und CSU wollen dieser Bewegung direkt entgegentreten und sie schlagen. SPD und FDP arbeiten daran, ihr die Spitze abzubrechen und sie dann zu besiegen. Eine einmütige Front aller bürgerlichen Parteien im schroffen Gegensatz zu den Interessen der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst müßte zudem den Widerstand gegen das Parlament selber herausfordern. Durch den Streit zwischen den Parteien mag jetzt der Widerspruch zwischen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und diesem Staat als ein Widerspruch zwischen den bürgerlichen Parteien erscheinen, der im Parlament ausgetragen werden kann.

Kehrseite der Medaille ist freilich, daß dadurch die gewünschte Ruhe nicht eintritt. Deswegen sprach die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" von einem "Tiefpunkt" der Solidarität der Demokraten. Dieses Zentralorgan der Kapitalistenklasse sorgt sich darum, daß die Bewegung gegen das Entrechtungsgesetz um so mehr Raum findet, je länger es dauert, bis das Parlament eine Lösung findet. Wenn der Streit vor dem Bundesrat fortgesetzt wird, hört ja die Debatte über die Maßnahmen nicht auf, sondern wird breiter. Und immer mehr eng mit dem Gesetz zusammenhängende Fragen werden dabei aufgeworfen, die an die juristischen und ideologischen Grundlagen der bürgerlichen Klassenherrschaft rühren.

Dazu gehört, daß über die "freiheitlich demokratische Grundordnung" nachgedacht wird, daß immer mehr Menschen die Erkenntnis gewinnen, daß diese "Grundordnung" alles andere als Freiheit und Demokratie für die Lohnabhängigen und die Masse des Volkes bedeutet. Dazu gehört, daß das KPD-Verbotsurteil als juristische Säule der bürgerlichen Klassenherrschaft in die Auseinandersetzung einbezogen wird und daß die Forderung nach der Aufhebung dieses Urteils, das die Ziele der internationalen Arbeiterbewegung unter Strafe stellt, an Raum gewinnt.

Wie, so fragen sich die bürgerlichen Politiker und Publizisten, kann man mit dieser Debatte Schluß machen? Wie kann man sie beenden, ohne den Gegensatz zwischen Parlament und der Bewegung gegen die "Berufsverbote" zu schroff werden zu lassen?

Der Vermittlungsausschuß muß her, ist die Antwort, die jetzt aus den bürgerlichen Reihen ertönt. Das parlamentarische Schaugefecht soll erhalten bleiben, und die Einigung soll sich hinter der Bühne vollziehen.

Auf welche Art und Weise die bürgerlichen Politiker schließlich sich auch einigen werden: Der Widerspruch der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zum Staat als ihrem Dienstherrn bleibt. Da wird es dem Staat auch nicht gelingen, das Beamtenrecht aus der Schußlinie zu ziehen, im Gegenteil: Je schärfer und umfassender er es anwenden wird, um so stärkeren Protest gegen diese rechtliche Fessel der staatlichen Lohnabhängigen bereitet er vor **(er)**

# ÖTV-Beschlüsse

## Arbeitslose Jugendliche gewerkschaftlich organisieren

**Westberlin.** Am 17./18. Oktober fand die 10. ordentliche Bezirksjugendkonferenz der ÖTV Berlin statt. 52 Delegierte, die 6 400 ÖTV-Kollegen unter 25 Jahren repräsentierten, sollten in der Erarbeitung und Verabschiedung von 129 Anträgen und mehr als 20 Initiativanträgen und Entschließungen die Grundlage für die Politik des neuen Bezirksjugendausschusses und die Weiterarbeit der Bezirksjugendgruppe in der ÖTV Berlin legen. In dem grundsätzlichen Antrag zur beruflichen Bildung wird gefordert, daß jüngere und ältere sich zusammen "gegen eine Verschlechterung der Arbeitsplatzentwicklung wenden müssen, um so zugleich eine Verschlechterung der Berufsausbildung zu verhindern".

Als kurzfristige Forderung zur Abwehr der Verschlechterung der Ausbildungssituation wurde die Lehrmittelfreiheit in der praktischen und theoretischen Ausbildung gefordert, zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit wurden die gewerkschaftlichen Gremien aufgefordert, sich für die Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher in Berufsschulklassen ihrer Wahl einzusetzen, für jugendliche Arbeitslose eine Unterstützung in der Höhe der Ausbildungsvergütung durchzusetzen. Außerdem wird die ÖTV aufgefordert, auch arbeitslose Jugendliche gewerkschaftlich zu organisieren. Verstärkung der Kampfkraft in dieser Frage wird in der Entschließung Nr. 1 der Bezirksjugendkonferenz gefordert, für die bundesweite Demonstration am 8.11. in Dortmund zu mobilisieren und eine machtvolle Kundgebung durchzuführen.

Zur Tarifpolitik wurde unter anderem gefordert: Abschaffung der niedrigen Lohngruppen, die Ausgleichung der übrigen Lohngruppen und die Aufstellung von Festgeldforderungen sind für eine konsequente Tarifpolitik unerläßlich. Ein Mindestlohn, der sich an den Lebensbedürfnissen einer Arbeiterfamilie orientiert, muß tariflich abgesichert werden. Dementsprechend wurde in einem weiteren Antrag eine Ausbildungsvergütung gefordert, die tariflich abgesichert für alle Ausbildungsjahre einheitlich ist. In weiteren Anträgen betonte die 10. Bezirksjugendkonferenz die Forderung von einheitlich 30 Tagen Urlaub

trag eine Ausbildungsvergütung gefordert, die tariflich abgesichert für alle Ausbildungsjahre einheitlich ist. In weiteren Anträgen betonte die 10. Bezirksjugendkonferenz die Forderung von einheitlich 30 Tagen Urlaub

Bei Prozentforderungen:

# Was oben zugelegt wird, wird unten weggenommen

Bei Prozentforderungen:
Was oben zugelegt wird, wird unten weggenommen

**Wiesbaden.** Warum der staatliche Dienstherr bei Lohnforderungen der Kollegen im öffentlichen Dienst sich besonders gegen Festgeldforderungen für alle in gleicher Höhe ausspricht, beweist eine nützliche Rechnung aus den städtischen Kliniken Wiesbaden:

115 Ärzte verdienen durchschnittlich 5 100 DM, während 650 Arbeitskräfte im Pflegedienst durchschnittlich 1 500 DM verdienen. Bei einer 6 %-Erhöhung erhalten die Ärzte etwa 300 DM, aber die Pflegekräfte nur jeweils etwa 90 DM. Während die einen sich mit 300 DM bereichern können, verschlechtert sich mit 90 DM die Lage der Masse der Kollegen gewaltig. Insgesamt steigen die Löhne und Gehälter bei einer 6 %-Erhöhung in diesem Beispiel um 1,16 Millionen DM.

Wird eine Festbetragsforderung von 130 DM aufgestellt, so erhalten die Ärzte zirka 170 DM weniger, dafür aber die Masse der Kollegen zirka 40 DM mehr als bei der 6 %-Forderung. Das entscheidende ist jetzt, daß bei einer einheitlichen Erhöhung um 130 DM die Löhne und Gehälter in diesem Beispiel um insgesamt 1,19 Millionen DM steigen.

Weil der Unterschied zwischen der Masse der Kollegen und den wenigen, die sich im öffentlichen Dienst mästen können, so gewaltig ist, ist der Unterscheid zwischen der niedrigen Prozenterhöhung und der Festgelderhöhung nur minimal. Die hoch Verdienenden verdienen bei einer Prozentforderung so viel mehr, wie der Masse der Kollegen verloren geht.

Das Beispiel zeigt klar und einfach, daß sich die Angriffe des bürgerlichen Staates auf den Reallohn im öffentlichen Dienst ausschließlich gegen die Masse der Kollegen richten, die ihre Interessen in dem kommenden Tarifkampf nur durchsetzen werden können, wenn sie sich unter einer Festbetragsforderung zusammenschließen, die von ihren Lebensbedingungen ausgeht. – (**g.**, Betriebszelle Städtische Kliniken Wiesbaden)

# Amtsleiter beraten verstärkte Dienstaufsicht

Wiesbaden. Mit verstärkter Dienst-
kraft der Kollegen systematisch zu
Amtsleiter beraten verstärkte Dienstaufsicht

**Wiesbaden.** Mit verstärkter Dienstaufsicht und verstärkter Kontrolle geht der staatliche Dienstherr daran, aus der Arbeitskraft der Kollegen mehr herauszuholen. In einer nicht öffentlichen Besprechung haben die Amtsleiter der Stadtverwaltung Wiesbaden (6 228 Beschäftigte) festgelegt, wie sie die Dienstaufsicht ausbauen wollen.

Angestrebt wird eine "vertrauensvolle Zusammenarbeit" der Amtsleiter und "umfassende und frühzeitige Information" untereinander sowie die Einrichtung von "Projektgruppen" auf Amtsleiterebene (alle Zitate aus den Aufzeichnungen der Amtsleiterbesprechung vom 8. August). Dabei geht es ihnen um die "laufende Überprüfung des Aufgabenbestandes" und die "optimale Organisierung des Arbeitsablaufes" in den Ämtern.

Bei der Festigung ihrer Dienstaufsicht über 6 000 Kollegen soll das Personalamt eine zentrale Rolle spielen. Das Personalamt hat dazu auch eigens einen "Arbeitsprüfer" und ein "Wirtschaftsberatungsinstitut" beauftragt, die Auspressung der Arbeitskraft der Kollegen systematisch zu betreiben.

Neben den Amtsleitern sollen jetzt auch die "anderen Vorgesetzten" ihre "Führungsaufgaben wirksamer wahrnehmen". Die Tätigkeit der Vorgesetzten soll der "Intensivierung der Personalführung dienen", was dann zu einer "Versachlichung der Beziehung zwischen den Vorgesetzten und den Mitarbeitern" führen soll. Im Klartext: Die Vorgesetzten sollen sich verstärkt der Antreiberei widmen und diese gegen den Widerstand der Kollegen durchsetzen.

Dabei müssen die Vorgesetzten mit den "immer wieder auftretenden Problemfällen" fertig werden, "in denen die Arbeitsleistung nicht mit der Vergütung harmoniert". Dazu sollen "Kritikgespräche" eingeführt werden, mit denen die Vorgesetzten sicherlich in Zukunft ein Großteil ihrer Zeit verbringen wollen: Die Kollegen sollen jeder einzeln in die Mangel genommen werden. Erst wird der Kollege (= "Problemfall") von dem "unmittelbaren Vorgesetzten" unter Druck gesetzt, dann von dem "nächsthöheren", es folgt das Personalamt, weiter das Fachamt und schließlich "arbeitsrechtliche oder disziplinare Maßnahmen".

Die Amtsleiter wollen zwar jeden einzeln sich vornehmen, die verstärkte Auspressung aller aber ist das Ziel. "Es darf nicht zu solchen Problemfällen kommen", schreiben die Amtsleiter. Offene Auseinandersetzungen sollen vermieden werden. Das wird ein frommer Wunsch bleiben, denn die geplanten Unterdrückungsmaßnahmen werden auf den Widerstand der Kollegen treffen. – (**g.**, Wiesbaden/Red.)

# § 218 — „Wir sahen keinen Ausweg mehr"

**Augsburg. Von einer 50-jährigen Frau erhielt das Augsburger Komitee gegen den § 218 den folgenden Brief:**

"Ich bin entschieden gegen den Paragraphen 218. Ohne diesen Paragraph wäre mir viel Kummer erspart geblieben. Ich will Ihnen nur kurz schildern, warum.

Im September 1970 gestand mir mein Sohn (17), daß seine Freundin (15) von ihm schwanger ist. Mein Sohn war im letzten Lehrjahr, seine Freundin hatte gerade ihre Lehre begonnen. Wir sahen keinen Ausweg und beschlossen eine Schwangerschaftsunterbrechung vornehmen zu lassen. Als wir endlich eine Adresse im Ausland hatten, war es zu spät; das Mädchen war bereits 14 Wochen schwanger.

Bekannte gaben mir die Adresse eines Mannes, der angeblich schon mehreren Frauen 'geholfen' hatte. Ich nahm Kontakt mit ihm auf und er war bereit, zu 'helfen'. Der Mann wollte die Abtreibung im Wald vornehmen; ich sollte nur die nötigen Instrumente mitbringen (Klistierball etc.). Auf meine Frage, wieviel Geld er dafür verlange, sagte er: Er wolle kein Geld, sondern nur einmal mit mir Geschlechtsverkehr haben! Beiläufig erwähnte er auch, daß er bereits zwei Jahre Gefängnis wegen Unzucht mit Minderjährigen erhalten habe, denen er aber nur habe helfen wollen. Wir waren entsetzt über die Praktiken dieses 'Helfers' und unternahmen nichts mehr.

Im März 1971 wurde das Kind geboren. In der Familie des Mädchens herrschten schlimme Verhältnisse. Die Familie lebte mit sieben erwachsenen Personen in einer 54 qm kleinen Wohnung; der Vater war Alkoholiker und schwer lungenkrank (starb 1973, 48 Jahre); die Mutter ist Diabetikerin (muß täglich Insulin spritzen).

Um das Kind vor einem Heimaufenthalt zu bewahren, nahmen ich und mein Mann es zu uns. Ich war bis dahin berufstätig. Nach sechs Monaten mußte ich meinen Beruf aufgeben. Das Baby, Haushalt, Beruf und die Pflege meiner krebskranken Mutter hatten mich total erschöpft. Wir adoptierten das Kind.

Als 1972 alles geregelt schien, wurde ich krank. Ich bekam schwere Depressionen und war fast drei Jahre in nervenärztlicher Behandlung.

Ich bin jetzt 50 Jahre alt. Um mit 60 Jahren meine Rente zu erhalten, müßte ich noch dreieinhalb Jahre arbeiten. Seit 1.9.75 habe ich einen Halbtagskindergartenplatz für meine Tochter (auf den ich mehr als ein Jahr warten mußte), aber noch keine Arbeit. Arbeitslosenunterstützung bekomme ich nicht, da ich mehr als drei Jahre ohne Beschäftigung war. –

Ich würde Sie gerne in Ihren Bemühungen gegen den Paragraph 218 unterstützen. Was kann ich tun?"

## Rechtzeitige Information!

**Freiburg.** Auf der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Freiburg, anwesend 120 Delegierte, wurde als Grundlage für die kommende Tarifrunde beschlossen, daß "von der ÖTV Erhöhungen in Mark und Pfennig für alle gleich gefordert werden". Weiter wurde eine "rechtzeitige und umfassende Information" zur Tarifrunde gefordert. Auf dem Gewerkschaftstag soll vertreten werden: Für die Realisierung der 40-Stunden-Woche, gegen jeglichen Planstellenabbau und Planstellenstopp, gegen die verschärfte Arbeitshetze.

## 150 DM Festgeldforderung

**Bremen.** Die ÖTV-Betriebsgruppe beim Versorgungsamt (Senator für Arbeit) hat einstimmig beschlossen 150 DM als Forderung für die Tarifrunde. Außerdem wurde beschlossen 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM für jedes zuschlagsberechtigte Kind. Anwesend waren 21 von 75 organisierten Kollegen.

## 300 DM Urlaubsgeld

**Westberlin.** Am 13.10.1975 haben die Vertrauensleute im KAVH (Kaiserin-Auguste-Viktoria-Kinderkrankenhaus) in einer öffentlichen Sitzung folgende Forderungen zur Tarifrunde einstimmig verabschiedet:

1. Die laufenden Tarifverträge werden fristgemäß gekündigt.
2. Keine prozentuale Lohn- und Gehaltserhöhung, sondern monatlich 150 DM mehr für alle.
3. Die längst fällige Forderung (siehe 1974, 1975): 300 DM Urlaubsgeld!
4. Mindestens 600 DM für alle Auszubildenden.
5. Zuschläge für Sonn- und Feiertags- sowie Nachtdienst wie in der Industrie.
6. Abschaffung der Lohngruppen 1 und 2.
7. Streichung der Rückzahlungsklausel aus dem Tarifvertrag.

## GEW-Mitglieder: Einheit aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten

**Offenbach.** Weg mit dem "Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur" forderte die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Offenbach-Stadt der GEW. Die Mitglieder stimmten für eine Festgeldforderung in der nächsten Tarifrunde im öffentlichen Dienst und forderten die Kollegen der ÖTV, der Post- und Eisenbahnergewerkschaft auf, eine solche Festgeldforderung zu beschließen. Außerdem wurde für Beamte die Tarifautonomie und das Streikrecht gefordert. Noch in diesem Jahr soll der DGB-Kreis Offenbach eine Versammlung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten in Offenbach beschließen.

## DGB-Demonstration in Gießen

**Gießen.** An der Demonstration des DGB beteiligten sich nach Angaben der Gewerkschaft etwa 4 000, nach Zählungen waren es nur 1 500. Die DGB-Führung hatte aufgerufen, unter den Forderungen nach Mitbestimmung und Investitionskontrolle gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebensbedingungen der Arbeiter zu demonstrieren. Unter diesen Forderungen aber, die die Klassenversöhnung propagieren, kann der Kampf der Arbeiter nicht geführt werden. Notwendig ist es, den Angriffen der Kapitalisten und der bürgerlichen Politiker öffentlich in einer machtvollen Demonstration am 8. November in Dortmund entgegenzutreten.

## Beschluß zur DGB-Jugenddemonstration

**Karlsruhe.** Auf den Fachschaftsversammlungen der Fachbereiche Mathematik, Physik, Informatik und Chemie wurde am letzten Mittwoch beschlossen, zur Demonstration des DGB am 8. November in Dortmund aufzurufen. Die Aufrufe der Fachschaftsversammlungen richten sich gegen die zunehmende Verschlechterung der Studiensituation durch den bürgerlichen Staat. Folgende Forderungen wurden beschlossen:

– Erhöhung der Ausbildungsförderung auf 600 DM! 1200 DM Elternfreibetrag!

– Rücknahme der Stellen- und Mittelkürzungen an den Hochschulen!

– Keine Änderung der Studien- und Prüfungsordnungen ohne Zustimmung der Studenten!

– Sofortige Einstellung aller Bespitzelungsverfahren! Rücknahme der politischen Entlassungen! Weg mit dem Ministerpräsidentenbeschluß und den Erlaßen der Landesregierungen

**Iserlohn.** Die Institutsvollversammlung der Abteilung Iserlohn der Fachhochschule Hagen hat eine Resolution verabschiedet, in der zur Teilnahme an der DGB-Demonstration am 8. November in Dortmund unter folgenden Forderungen aufgerufen wird:

Recht auf Ausbildung für alle – Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr! Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Schulabgänger – mindestens 60 Prozent vom Facharbeiterlohn! Teilnahme aller arbeitslosen Jugendlichen an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl!

## Disziplinierungsmaßnahmen gegen Oberschüler

**Frankfurt.** An der Klinger-Schule in Frankfurt haben sich Schüler und Lehrer gegen den Versuch der Schulleitung und des Regierungspräsidenten gewehrt, den Lehrer M. Köhler nicht in das Beamtenverhältnis zu übernehmen. Vorgeworfen wird ihm u.a., einen Polizeieinsatz gegen einen Flugblattverteiler auf dem Schulgelände verurteilt zu haben. Den Widerstand der Schüler versuchte die Schulbehörde zu brechen, indem sie einem Schüler, der presserechtlich für die Zeitung des Kommunistischen Schülerbundes verantwortlich zeichnet, mit dem Rausschmiß droht. Dazu hat der Oberschulrat Hermann eigens einen Brief an diesen Schüler geschrieben, in welchem er dem Schüler vorschreiben will, was dessen Ziel zu sein habe. Er schreibt: *"Dieses Ziel kann nur Bestehen der Reifeprüfung heißen, und nicht kommunistische und verfassungsfeindliche Subversion. Andernfalls kann Ihres Bleibens an der Klinger-Schule nicht länger sein."* Schüler mehrerer Klassen unterzeichneten daraufhin eine Stellungnahme, die sich gegen die "Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung jeglicher Art" richtet.

**Mannheim.** Wegen politischer Agitation, u.a. dem Verkauf von kommunistischen Zeitungen, waren am Tulla-Gymnasium zwei Schüler für zwei bzw. vier Wochen vom Unterricht ausgeschlossen worden. Das Verwaltungsgericht Mannheim hat einen Antrag auf Aussetzung dieser Disziplinarmaßnahme bis zu ihrer Klärung vor Gericht abgelehnt. Der Rausschmiß sei rechtens, denn "der Staat hat auch die Befugnis, darauf hinzuwirken, daß die Schüler ein rechtsstaatlich-demokratisches Bewußtsein entwickeln". Für Recht erkannt wurde daher, daß die Schulleitung jeden rausschmeißen kann, der sich gegen die "freiheitlich demokratische" Schulordnung wendet. Schon zuvor hatte die Schulleitung versucht zu verhindern, daß die beiden Schüler zu den Schulsprecherwahlen kandidieren. Dieses Verbot mußte jedoch später zurückgenommen werden, nachdem die Schülervertretung sich eindeutig dagegen ausgesprochen hatte.

# „Erst ausgenutzt - dann weggeputzt"

### TH-Darmstadt: Alle Lehrlinge sollen nach der Prüfung rausgeschmissen werden

**Darmstadt. Seit einigen Wochen ist an der Technischen Hochschule in Darmstadt bekannt, daß alle Lehrlinge, die Ende dieses und Anfang nächsten Jahres ihre Prüfung ablegen, nicht übernommen werden sollen.**

Betroffen sind davon 23 Kollegen, darunter drei Mitglieder der Jugendvertretung. Einem Jugendvertreter wurde bereits seine Nichtweiterbeschäftigung mitgeteilt, obwohl er noch nicht einmal zur Prüfung angemeldet ist. Schon in den letzten Jahren wurden die meisten Kollegen nach der Prüfung rausgeschmissen.

Die Jugendvertretung hat daraufhin alle betroffenen Kollegen zu einer Besprechung eingeladen. Auf dieser Versammlung wurde ein Brief an den Präsidenten der Technischen Hochschule, Böhme, beschlossen und eine Presseerklärung gemacht. Achtzehn der Lehrlinge haben den Brief unterschrieben. Das war am 12. September.

Am nächsten Tag steht in der Lokalpresse, daß es halt keine Planstellen gebe, daß man an der Hochschule schon genug Facharbeiter habe, und überhaupt, daß das halt nicht so ginge mit der Weiterbeschäftigung, weil schon immer alle Lehrlinge nach der Prüfung rausgeflogen seien.

Von der Presseerklärung der Kollegen sind nur ein paar Sätze übrig. Der Rest ist vom Presseamt der Hochschule.

### "Besonders günstige Ausbildungsmöglichkeiten"

29. September: Keuer, Personalchef, antwortet auf den Brief der Kollegen: *"Innerhalb der Technischen Hochschule wird Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, sich in einem Beruf ausbilden zu lassen, weil gerade die Technische Hochschule besonders günstige Ausbildungsmöglichkeiten, bedingt durch den Forschungsbetrieb, besitzt. ... Die Weiterbeschäftigung nach dem Lehrabschluß (...) wird (...) von mir und dem Personalrat unterstützt. Anhand der Stellen für Facharbeiter, zur Zeit sind dies 229, mögen Sie vielleicht schon erkennen, daß eine Weiterbeschäftigung aller Auszubildenden im Hochschulbereich nicht möglich ist."*

Jetzt ist endgültig klar, daß die Kollegen rausfliegen sollen.

Die Jugendvertretung machte daraufhin eine Versammlung mit allen Lehrlingen, die neu angefangen haben. Von derzeit 52 kommen 48. Beraten wird auf der Versammlung über die *"besonders günstigen Ausbildungsmöglichkeiten"*.

Es stellt sich heraus, was es mit diesen *"durch die Forschung bedingten"* "Ausbildungsmöglichkeiten" auf sich hat. Die neuen Lehrlinge werden erst ein paar Monate an die Werkbank gestellt, zum Feilen (die meisten lernen Mechaniker oder Feinmechaniker). Danach müssen sie in der Produktion arbeiten.

Ein Kollege berichtet, daß er jeden Tag alleine die ganze Werkstatt sauber machen muß. Das dauert eine Stunde. Außerdem muß er Frühstück holen und das Mittagessen. Das dauert meist nochmal eine halbe Stunde. Freitags wird dann großer "Werkstattputz" gemacht.

Auf der Versammlung wird auch über den Rausschmiß der 23 Lehrlinge diskutiert.

Alle Kollegen sind sich einig: Auf der nächsten Jugendversammlung muß was unternommen werden. Gegen die schlechte Ausbildung, gegen die Rausschmisse und die Schikane. Gemeinsam muß was unternommen werden, die neuen Lehrlinge sind alle noch in der Probezeit, und wenn einer allein versucht, etwas durchzusetzen, kriegt er Druck von oben.



Darmstadt: In der Innenstadt legten die Lehrlinge ihre Forderungen der Bevölkerung dar

Die Folgen dieser Ausbildung sind in diesem Jahr deutlich geworden: 5 von 6 Kollegen sind bei der Prüfung glatt durchgefallen. Sie kommen aus drei verschiedenen Werkstätten. Also das erste Argument der Hochschule ist eine glatte Unverschämtheit. Von wegen *"besonders günstigen Ausbildungsmöglichkeiten"*!

### Genügend Arbeit ist da

Mit dem nächsten ist es nicht besser: Da wird in dem Schreiben vom Personalchef z.B. gesagt: *"Unverständlich ist mir jedoch die von Ihnen aufgestellte Behauptung, daß genügend Arbeitsplätze vorhanden seien. Ich kann dies nur so verstehen, daß Sie Ihre Ausbildungsplätze als Arbeitsplätze ansehen. Dies würde allerdings bedeuten, daß künftig neue Auszubildende nicht mehr eingestellt werden könnten."*

Damit hat er sich selber in die Pfanne gehauen: Denn er gibt zu, daß man die 23 Kollegen auf diesen Ausbildungsplätzen einstellen könnte. Wenn das geht, dann läßt sich daraus nur schließen, daß die Lehrlinge auf diesen Ausbildungsplätzen Gesellenarbeit machen.

Im übrigen läßt sich leicht nachweisen, daß Arbeit genug da ist: Zum Beispiel stehen an der Technischen Hochschule ganze Werkstätten leer, weil keine Kollegen mehr eingestellt werden. Die Arbeit muß in anderen Werkstätten mitgemacht werden, wo die Arbeitshetze steigt.

Kurz darauf findet eine Jugendversammlung statt. Eingeladen ist der Präsident, der Personalrat und ein Vertreter des ÖTV-Kreisvorstandes. Gekommen sind 90 Kollegen. Präsident, Personalrat und Kreisvorstand lassen sich nicht blicken.

Zunächst wird berichtet über die geplanten Entlassungen und was bisher gemacht worden ist.

Das Schreiben des Personalchefs wird verlesen. Eindeutig wird nachgewiesen: Der lügt, die Argumente sind durchweg eine Unverschämtheit.

Die Jugendvertretung hat eine eigene Resolution vorbereitet, in der die Weiterbeschäftigung aller Lehrlinge gefordert wird. Dort heißt es u.a.:

"Die Jugendversammlung weist das Argument der Hochschule zurück, daß eine Weiterbeschäftigung der Lehrlinge nach ihrer Prüfung bedeuten würde, daß weniger Auszubildende eingestellt werden müßten. Der Weiterbeschäftigung steht nicht im Weg, daß keine Arbeit da ist, sondern daß Geld gespart werden soll.

Die Nichtweiterbeschäftigung ist ausschließlich eine Folge der Sparpolitik der Regierung und der Hochschule und soll auf dem Rücken der Kollegen, die jetzt Prüfung machen – und aller anderen, die ihre Lehre noch abschließen –, sowie den in den Werkstätten verbleibenden Kollegen abgewälzt werden.

Der Versuch, drei Jugendvertreter nicht weiterzubeschäftigen, ist ein Angriff auf die erkämpften Rechte der Jugendlichen."

Mittlerweile ist auch einer von der Präsidialabteilung eingetroffen. Der Pressereferent. Er wird in der Ecke hocken gelassen.

Vorgeschlagen wird: Wir gehen zum Präsidenten hin und machen ihm klar, was wir wollen. Dann sehen auch alle Kollegen, was wir fordern. Wir können gleich die Öffentlichkeit herstellen.

Der Vorschlag stößt auf Zustimmung. Gemurmel im ganzen Saal. Der Pressereferent kriegt rote Ohren.

In einem Beitrag stellt einer der Jugendvertreter fest: Dieser Böhme nimmt unsere Forderung anscheinend gar nicht ernst, denn sonst wäre er ja wohl gekommen. Man muß ihm klarmachen, daß er so einfach uns nicht rausschmeißen kann, daß wir die Folgen der Sparpolitik nicht einfach hinnehmen. Notwendig ist, daß wir die Öffentlichkeit selber informieren. Die örtliche Presse schreibt nur, was die Hochschule ihr in die Feder diktiert. Also gehen wir jetzt los und machen Druck. Beifall. Es geht los.

Die Resolution ist vorher mit nur sechs Enthaltungen und einer Gegenstimme angenommen worden.

Es ist 15 Uhr. Die Jugendversammlung hat eine Stunde gedauert.

### Erwischt, wie er gerade einen Professor einstellte

Also runter, vor das Gebäude. Etwa zehn Kollegen wollen nicht mit. Zum Teil haben sie Angst vor Repressalien. Währenddessen verschwindet der Pressereferent wie der Blitz.

Ein vorbereitetes Transparent wird entfaltet. Wir rufen: **In der Lehre ausgenutzt – nach der Lehre weggeputzt und Weiterbeschäftigung aller Lehrlinge!**. Damit marschieren wir vorbei an den Werkstätten und der Mensa durch die Hochschule. Raus auf die Straße zur Verwaltung. Das Ganze erregt viel Aufsehen.

Wir schicken acht Kollegen hoch – der Präsident soll runterkommen.

Nach zehn Minuten kommen die Kollegen wieder: Der Präsident ist dabei erwischt worden, wie er gerade einen Professor eingestellt hat.

Spätestens jetzt geht jedem das Licht auf, was das für ein Kerl ist.

Wir beschließen, sofort in die Innenstadt zu marschieren, an den Informationsstand des DGB zur Jugendarbeitslosigkeit. 40 Kollegen gehen mit.

In der Stadt wird von einem Jugendvertreter eine Kundgebung abgehalten. Rund 100 Passanten bleiben stehen und hören zu. Dargelegt werden die Sparmaßnahmen und was die Kollegen an der Technischen Hochschule auf der Jugendversammlung beschlossen haben. Die Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge wird erläutert und daß dieHochschule die Jugendvertretung absägen will.

Danach diskutieren wir mit den Passanten. Die meisten unterstützen unsere Aktionen und halten es für richtig, daß gegen diese Sparmaßnahmen und gegen die Rausschmisse was unternommen wird.

Am nächsten Tag erscheint ein Flugblatt der Jugendvertretung. In der örtlichen Presse steht wieder der Senf von der Hochschule und daß demonstriert worden sei. Angeschrieben werden die Darmstädter Jugendvertretungen und die Gewerkschaft.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Hochschule und das Studentenparlament unterstützen die Aktion und den Kampf gegen die Sparmaßnahmen mit Resolutionen.

### Die Forderung steht: Übernahme aller Lehrlinge!

Die meisten Kollegen finden es richtig, daß was unternommen wird. Es herrscht aber die Meinung vor, daß man "damit doch nichts erreicht" und die "sowieso" die Lehrlinge rausschmeißen. Das hängt aber davon ab, wieviel Druck wir jetzt hinter unsere Forderung kriegen. Die Jugendversammlung hat in ihrer Resolution dazu richtig beschlossen:

"Die Jugendversammlung fordert deshalb die Gewerkschaft ÖTV auf, eine Kundgebung gegen die Nichtweiterbeschäftigung der Lehrlinge in der Stadt durchzuführen.

Wir werden uns an die Öffentlichkeit wenden und die Kollegen an der Technischen Hochschule informieren.

Weiterhin beauftragen wir die Jugendvertretung, in etwa vier Wochen die nächste Jugendversammlung durchzuführen, um über das weitere Vorgehen beraten zu können. Die Jugendvertretung muß weiterhin schnellstens weiter Versammlungen durchführen.

Die Gewerkschaft ÖTV, den Vertrauensleutekörper an der Technischen Hochschule und den Personalrat fordern wir auf, alle genannten Schritte zu unterstützen." – (s., Darmstadt)

# Schulkapitalist Blindow bekam kalte Füße

### Weil ein Betriebsrat gegründet wurde, sollte ein Lehrer entlassen werden

**Essen. An der Westfalen-Akademie Essen, einer privaten Wirtschaftsfachschule, finden gegenwärtig heftige Auseinandersetzungen statt.**

Am 21. Oktober wurde dem Dozenten Wild, der für die Ortsbeilage Essen der KVZ verantwortlich zeichnet, fristlos und ohne Angabe von Gründen gekündigt und Hausverbot erteilt.

Drei Tage vorher hatten die hauptamtlichen Dozenten den Schulunternehmer Dr. Blindow und seinen Beauftragten Tobien von ihrer Absicht informiert, einen Betriebsrat zu wählen. Zur Gründung eines Betriebsrates sahen sich die Dozenten gezwungen, um gegenüber der Willkür des Unternehmers ein Gegengewicht zu schaffen. So müssen die Dozenten z. B. 32 Stunden in der Woche unterrichten, 8 Stunden mehr als an vergleichbaren öffentlichen Schulen.

Die geplante Betriebsratswahl, noch dazu die Gefahr, daß ein Kommunist kandidiert, war dem Unternehmer nicht angenehm. Es wäre ihm an den Geldsack gegangen und da versteht er keinen Spaß.

Gegen die fristlose Kündigung protestierten die Studierenden sofort. Sie zwangen den Unternehmer, vor ihrer Vollversammlung zu erscheinen und Stellung zu nehmen. Der versuchte es mit Lügen (die fristlose Kündigung stünde in keinem Zusammenhang mit der Betriebsratswahl, das Kündigungsschreiben sei so spät gekommen, weil die Sekretärin mit ihm in Urlaub gefahren sei) und er versuchte es mit Erpressung: Eher werde er die Schule schließen als den Wild noch mal reinlassen. Dieses diktatorische Gebaren hat die Empörung unter den Studierenden geschürt und die Einsicht befestigt, daß man der Schikane und Halsabschneiderei des Herrn Blindow entgegentreten muß.

Voraufgegangen war der fristlosen Kündigung der Versuch der Schulbehörde, den Vertrag des Dozenten Wild nicht zu genehmigen, weil er nicht die gehörige Staatsgesinnung mitbringe. Durch eine Zeitungsanzeige "Dozent für Deutsch gesucht" erfuhren die Studierenden von dem Vorhaben.

Zusammen mit den Studierenden der Westfalen-Akademie Düsseldorf, an der der Dozent nebenbei unterrichtet, protestierten die Studierenden gegen die geplante Schikane. Tobien, der erklärt habe, man müsse Wild fristlos kündigen, um die guten geschäftlichen Beziehungen zur Schulbehörde nicht wegen eines Radikalen aufs Spiel zu setzen, wurde von den Studierenden aufgefordert, vor ihnen Stellung zu nehmen.

Als Herr Tobien sich für "nicht zuständig" erklärte, verließen mehrere Hundert Studierende den Unterricht und gingen auf die Straße. Tobien trat daraufhin den Rückzug an und sagte die Weiterbeschäftigung des Dozenten zu. Auch die Behörde hatte mittlerweile kalte Füße. Sie fürchtet, daß ihre Schikane vor die Öffentlichkeit gezerrt wird und war sich zugleich nicht sicher, ob ihr Bescheid nicht vom Verwaltungsgericht kassiert werden würde. Denn noch ist die Verfolgung von Privatschullehrern mittels Beamtenrecht nicht Gesetz. – (x., Essen)

Der KB-Nord und der § 218

# Recht auf Abtreibung - Nebensache?

**Im “Arbeiterkampf“ Nr. 65 nimmt die “Arbeitsgruppe Frauen“ des Kommunistischen Bundes, Gruppe Hamburg, Stellung zum Kampf gegen den § 218. Behandelt werden dort unter der Fragestellung “Wie ist der Kampf gegen den § 218 weiterzuführen“ die “Aktion gegen das Abtreibungsverbot“ und die “Komitees und Initiativen gegen den § 218“, im Jargon des Kommunistischen Bundes “218-Komitees des KBW“ genannt. Anlaß zur Äußerung sind die jeweils geplanten Aktionen anläßlich der Behandlung des Gesetzentwurfes zur Reform des § 218 im Parlament.**

Gegen beide “zentralisierten Initiativen“ wird die Schelte eröffnet.

Der “Aktion gegen das Abtreibungsverbot“ wirft der Kommunistische Bund vor:

1. Sie meine es nicht ernst genug mit dem Aufruf, “alle Gegner des Abtreibungsverbots auf breiter Basis zusammenzuschließen“. Denn erstens werde nicht mit Kommunisten (“K-Gruppen“) zusammengearbeitet und zweitens schränke ein “Aufruf“ die Aktionseinheit unzulässig ein.

2. Sie habe keine Perspektive für den Kampf gegen den § 218, nur eine radikale Forderung.

Den Komitees wirft der Kommunistische Bund vor:

1. Teile der Bewegung gegen den § 218 würden bewußt ausgeschlossen und damit die Bewegung gespalten, indem bereits festgelegte Forderungen zur Grundlage der Aktionseinheit gemacht werden.

2. Wesentliche Forderungen der Bewegung hätten sie unter den Tisch fallen lassen; die “entscheidende Frage“, nämlich unter welchen Bedingungen die Abtreibung durchgeführt werden soll, bleibe offen, “lediglich“ werde noch die Beseitigung des Abtreibungsverbots gefordert.

3. Sie hätten keine Perspektive für den Kampf gegen den § 218.

Auf der Grundlage dieser Analyse kommen die Frauen vom Kommunistischen Bund zu dem Schluß, daß die “Aktion“ und die Komitees auf dem gleichen Niveau stehen und dieselben Fehler machen, wobei der Vorteil der “Aktion“ zumindest der ist, wenigstens die “wesentlichen Forderungen der Bewegung“ nicht fallengelassen zu haben.

Nun weiß jeder, der sich mit dem Kampf gegen den § 218 beschäftigt hat, daß es entscheidende Widersprüche zwischen der “Aktion gegen das Abtreibungsverbot“ und den “Komitees und Initiativen gegen den § 218“ gibt. Die Forderungen der “Aktion“ sind: “Trotz Karlsruher Urteil – Weg mit dem § 218! Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau“. Der § 218 wird als ein Strafgesetz behandelt, das “die Frau“ unterdrückt, indem er ihr die Verfügungsgewalt über ihren Körper nimmt. Demgegenüber wird die Forderung erhoben: Allein die Frau soll über ihren Körper bestimmen können, deswegen muß der § 218 weg.

### Gegensätzliche Positionen vermengt

Die Forderungen der Komitees und Initiativen gegen den § 218 sind: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! Gesehen wird, daß der § 218 ein Mittel des bürgerlichen Staates ist, das Volk zu gängeln und zu unterdrücken. Das ganze Volk ist von diesem Strafgesetz betroffen, das ganze Volk hat das Interesse: Dieser Paragraf muß weg.

Im Aufruf der Komitees und Initiativen heißt es: “Der § 218 ist kein Ewigkeitswert. Er ist von Menschen gemacht und er muß von Menschen beseitigt werden. Gemacht hat ihn die herrschende Klasse, gemacht haben ihn die Reichen und ihre politischen und kirchlichen Handlanger. Beseitigt werden muß er durch die Besitzlosen und Unterdrückten, durch das Volk und den Kampf der Arbeiterklasse. Er kann beseitigt werden, wenn das Volk seine Interessen in die eigene Hand nimmt.“

Im Aufruf der “Aktion gegen das Abtreibungsverbot“ heißt es: “. . . durch eine breite Mobilisierung des Protestes (kann) die Regierung zu Zugeständnissen gebracht werden“.

Das sind offensichtlich völlig gegensätzliche Positionen. Die Komitees verstehen den § 218 als Klassenparagrafen, stützen sich im Kampf auf die Arbeiterklasse und das Volk, sie sehen, daß der Gegner in diesem Kampf die herrschende Klasse und ihr bürgerlicher Staat ist. Sie wollen den § 218 beseitigen, indem das Recht des Volkes auf Abtreibung gemäß eigener Entscheidung durchgesetzt wird. Sie fordern einen Volksentscheid gegen den § 218.

Die “Aktion“ versteht den § 218 als Frauenparagrafen, stützt sich im Kampf auf die Frauen, fordert die Männer zur Solidarität auf mit deren Kampf und will den § 218 beseitigen durch breiten Protest, der die Regierung zu Zugeständnissen bewegen soll.

Solche Gegensätze in eins zu werfen und mit genau den gleichen Argumenten zu kritisieren, das schafft nur, wer den Inhalt eines bestimmten Kampfes konsequent aus seinen Überlegungen ausklammert. Wer sich nicht die Mühe macht – oder nicht in der Lage ist – zu überlegen: Gegen wen muß eine Forderung durchgesetzt werden, wer wird sich am Kampf beteiligen, weil er gleiche Interessen hat, wie sind die Kräfteverhältnisse, welche Taktik muß deshalb eingeschlagen werden, um den Kampf zu gewinnen?

Das alles tun die Frauen vom Kommunistischen Bund nicht. Tief unter die Haut ist ihnen das Urteil des BVG gegangen. Seitdem haben sie sich vom Kampf gegen den § 218 ferngehalten. Der Schreck sitzt ihnen noch in den Knochen. So schlimm hätten sie sich einen Kampf gegen den Staat nicht vorgestellt. Der Staat hat gezeigt: Er hat viel Macht, und er setzt sie sogar ein gegen diejenigen, die seine Gesetze – den § 218 – mißachten. Damit werden sie nicht fertig. Ihr Schluß ist: Der Kampf gegen den § 218 – einfach so, als Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 – das geht angesichts der Übermacht des Staates sowieso nicht. Erst wenn eine “Massenbewegung“ besteht, “die sich gegen den bürgerlichen Staat insgesamt richten müßte“, dann kann man die Forderung nach ersatzloser Streichung wieder stellen. Also kommt es jetzt darauf an, eine “Massenbewegung“ aufzubauen. Nun ist es aber so, daß sich die Massen nicht “allgemein“ und “insgesamt“ gegen den bürgerlichen Staat in Bewegung setzen, sondern für ganz bestimmte Ziele zur Durchsetzung bestimmter Forderungen, zur Erkämpfung bestimmter Rechte, die sie brauchen.

Das geht nach Ansicht der Frauen vom Kommunistischen Bund bezüglich des § 218 nicht, wäre “Illusionsmacherei“. Der Kampf gegen den § 218 steht damit vor einem unüberwindlichen Problem: Wie kommt man nur an die Massen heran? Dabei sind sie zu dem Schluß gekommen: “Massen“, das sind “viele“, möglichst “alle“, auf jeden Fall “breit“. Eine “Bewegung“ gegen den § 218 gibt es bereits. Also muß man ein “Minimalprogramm“ finden, das alle Teile dieser Bewegung zusammenfaßt, das keinen abschreckt, keinen “diskriminiert“, möglichst für jeden etwas bringt: Dann hat man die Bewegung zusammen, also die Massenbewegung. Wenn sich dann irgendwann die Massen gegen den bürgerlichen Staat “insgesamt“ richten, dann wird das auch die Massenbewegung tun und die Beseitigung des § 218 durchsetzen.

So ungefähr müssen die Überlegungen gelaufen sein. Sie haben zu der Erkenntnis geführt, daß die Komitees ja sogar die “wesentlichen“ und “entscheidenden“ Forderungen “der Bewegung“ gar nicht mehr aufstellen, sondern “lediglich“ die Beseitigung des Strafparagrafen 218 als Kampfziel angeben und durchsetzen wollen. Demgegenüber stellt der Kommunistische Bund sein Minimalprogramm auf:

Der Kampf gegen den § 218 taucht in diesem Programm nur noch an einem Punkt auf: “Legalisierung der Abtreibung ohne Bevormundung durch Staat und Ärzte“

### Hauptsache, man ist zusammen?

Das ist glänzend. Darauf kann man sich sogar mit den Organisationen einigen, die die Fristenlösung hochhalten und das BVG-Urteil schlicht als “verfassungswidrig“ bezeichnen, um vom Kampf gegen den bürgerlichen Staat abzulenken. Das ist tatsächlich geeignet, “alle Gruppen und Organisationen . . ., soweit sie bereit sind, einen konkreten Beitrag zum Kampf gegen den § 218 zu leisten“, zusammenzuschließen. Gegen wen und für was, mit welcher Konsequenz und wie – das bleibt jedem selbst überlassen, Hauptsache “alle tragen bei“ und man ist zusammen. Ein solches Programm heißt tatsächlich nichts anderes als: die Beseitigung des § 218 als Kampfziel völlig aufgeben und sich “Leichterem“ zuwenden. Das sieht dann so aus:

“Verpflichtung der Krankenhäuser zur Durchführung (der Abtreibung), Bezahlung durch die Krankenkassen, Bezahlung der Fehlzeiten am Arbeitsplatz“. Begründung: Man müsse jetzt vor allem “gegen die Bedingungen kämpfen, unter denen heute die proletarischen Frauen abtreiben oder Kinder kriegen müssen“. Dabei ist offensichtlich die Beseitigung des § 218 erst in zweiter Stelle entscheidend, “relevant“ und “entscheidend“ sind diese Forderungen.

Auch von der Industrie fordert man ihren Teil zur Besserung der Lage der proletarischen Frau: “Entwicklung besserer – einfacherer, sicherer und unschädlicher – Verhütungsmittel und deren kostenlose Abgabe“. Warum? “Um zu verdeutlichen, daß die Abtreibung nicht die ‘ideale‘ Lösung des Problems der Verhütung darstellt.“

Das also ist der Kern: Das Volk braucht das Recht auf Abtreibung nach Meinung der Frauen vom Kommunistischen Bund deshalb, weil es ein weiteres, wenn auch nicht “ideales“ Verhütungsmittel braucht. Dafür allerdings wird es keine Massenbewegung geben. Den Kampf gegen den § 218 aber wird das Volk führen. Denn er ist ein Mittel des bürgerlichen Staates, das Volk zu verfolgen, zu bespitzeln, zu kontrollieren, es zu unterdrücken und sich zu unterwerfen. Im Kampf gegen den § 218, im Kampf für das Recht auf Abtreibung macht das Volk dem Staat das Recht streitig, über die Frauen und Familien des Volkes zu bestimmen, nimmt sich das Volk das Recht, selbst über seine Angelegenheiten zu entscheiden. Darum geht der Kampf. Dieser Kampf wird geführt. Er organisiert sich unter den Forderungen der Komitees und Initiativen gegen den § 218: **Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!**

Almut Bilger
Mitglied des Ausschusses der Komitees und Initiativen gegen den § 218

### Demonstration gegen Paragraf 218 in Frankfurt/M.

Gut 2 000 Teilnehmer aus zahlreichen westdeutschen Städten demonstrierten am 25.10.1975 in Frankfurt “Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau“, “Trotz Karlsruher Urteil: Weg mit dem § 218!“. Aufgerufen zu dieser Demonstration, die ursprünglich in Bonn stattfinden sollte, hatten verschiedene Frauenzentren, trotzkistische und spontaneistische Organisationen sowie Einzelpersonen. Am Vorabend der Demonstration gaben auch die Frankfurter Jusos ihre Unterstützung für die Demonstration bekannt. In Westberlin, wo dieselben Gruppierungen zur Demonstration aufgerufen hatten, nahmen etwa 250 teil. – Das Komitee gegen den § 218 in Frankfurt und die Ortsgruppe Frankfurt des KBW traten mit Agitationsständen und Flugblättern gegen den § 218 und für die Forderungen der Komitees auf.

Der § 218-Entwurf der CDU

# Weitere Demütigungen verlangt

Die CDU/CSU-Fraktion hat einen eigenen Entwurf zur “Neuregelung“ des § 218 auf den Tisch gelegt. Die zunächst wohl bestehende Absicht, durch Einigung auf einen Gesetzestext und durch eine breite parlamentarische Mehrheit dafür einen schnellen Schlag gegen das Volk zu führen, haben die Parlamentarier fallengelassen. Die zu diesem Zweck geführten Geheimverhandlungen sind abgebrochen. Man verspricht sich mehr davon, die bestehende Allianz zu verhüllen. Dazu die zwei Entwürfe. “Gegner und Befürworter auf der einen wie auf der anderen Seite können sich jetzt also wieder formieren“ (Stuttgarter Zeitung, 23. Oktober) – so wollen sie's haben.

Gestritten werden soll darüber, welches der beiden Papiere besser oder schlechter ist, das kleinere oder das größere Übel. Die Volksmassen sollen ihre eigenen Forderungen aus den Augen verlieren und die Front gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und seine parlamentarische Durchführung soll aufgeweicht und zersplittert werden.

Der Vergleich der beiden Entwürfe zeigt allerdings, daß die Parlaments parteien für so ein Manöver wenig Spielraum haben. Einträchtig setzen sich beide Entwürfe über die Forderung nach Recht auf Abtreibung hinweg. Daß der bürgerliche Staat das Recht hat, jeden ins Gefängnis zu werfen, der aus Not keinen Ausweg sah als abzutreiben, darüber herrscht buchstabengetreue Einigkeit. Niemand soll das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob er in der Lage ist, ein Kind oder ein weiteres Kind zu ernähren und unter erträglichen Umständen großzuziehen. Über Ausnahmen vom Abtreibungsverbot bestimmt der Staat beziehungsweise extra von ihm Bevollmächtigte. Vor denen soll die Frau auf den Knien rutschen und ihre Lebensverhältnisse offenlegen, damit über sie entschieden werden kann.

Die SPD hatte sich dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unterworfen und im Auftrag des Gerichts einen reaktionären Entwurf vorgelegt, der ein Schlag gegen den Willen des Volkes ist. Abtreibungen sind demnach nur bei “medizinischer Indikation“ erlaubt, bei “Gefahr für das Leben oder . . . einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes“, was jeweils von einem Arzt festgestellt werden muß. Um den Schein von Reform nicht vollständig verloren gehen zu lassen, hat die SPD dem angefügt, daß unter einer solchen “Beeinträchtigung“ der Gesundheit auch eine “Notlage“ zu verstehen sei. Mit dieser Bestimmung, so argumentiert die SPD heute, sei unter der “medizinischen Generalklausel“ eine “soziale Indikation“ untergebracht, und das sei das Beste, was aus dem Urteil herauszuholen sei. Das ist ein Schwindel. Von einer “sozialen Indikation“ kann keine Rede sein. Das BVG-Urteil legt rechtsverbindlich fest, daß “für die inhaltliche Ausfüllung des Unzumutbarkeitskriteriums . . . Umstände ausscheiden, die den Pflichtigen nicht schwerwiegend belasten, da sie die Normalsituation darstellen, mit der jeder fertig werden muß“, und daß nur “außergewöhnliche“ Notlagen als “Rechtfertigungsgrund“ für eine Abtreibung zugelassen sind.

Die CDU will den Abschnitt mit der Notlage gestrichen haben; die Abtreibung soll nur erlaubt sein, um eine “unzumutbar schwere Belastung abzuwenden, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft eine erhebliche Beeinträchtigung ihres körperlichen oder psychischen Gesundheitszustandes erwarten läßt und die auf andere zumutbare Weise nicht abgewendet werden kann“. Die Gefährdung der Gesundheit muß handfest und nachweisbar sein, verlangt die CDU. Soll sich die Frau nicht einbilden, wo sie sieben Kinder hat und nur drei Zimmer, daß der Staat das für “unzumutbar“ hält.

In der Begründung des vor einiger Zeit von der baden-württembergischen Landesregierung angekündigten, aber nie veröffentlichten Entwurfs, der mit dem jetzt vorgelegten Entwurf im wesentlichen identisch ist, hieß es: “Zur Prüfung der sozial-medizinischen Indikation (das sozial ist jetzt gestrichen) wird . . . Veranlassung bestehen, wenn die familiären Verhältnisse der Schwangeren die Empfindung der Ausweglosigkeit vermitteln und zu befürchten ist, daß sich diese Empfindung zu einer manifesten seelischen Erkrankung verdichtet . . .“ Da, wo Einlieferung in die Heilanstalt bevorsteht oder daß die Frau sich einen Strick sucht, da besteht “Indikation“. Zu lasch ist der CDU auch die “kindliche Indikation“, was heiße schon, daß “schwerwiegende Schädigung“ für das Kind drohe. Die Schädigung müsse so schwer sein, daß der Staat “die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangen kann“.

Die engere Fassung der “Indikation“ genügt der CDU aber nicht. Die für die Praktizierung des § 218 von der SPD vorgeschlagenen Verfahren sind ihr nicht polizeimäßig genug. Nicht daß die CDU die Ärzteschaft für ungeeignet hielte, als Familienpolizei das Volk zu bewachen. Aber sie will Garantien, daß nicht dieser oder jener Arzt es mit seinen Polizeipflichten nicht ernst nimmt oder daß z.B. Gegner des § 218 unter den Ärzten den Paragrafen unterlaufen könnten. Beim Austüfteln von Demütigungen für die Frau, die eine Abtreibung beantragt, und Kontrollen für die Ärzte kennt die CDU dann keine Hemmungen mehr. Zuerst muß die Frau zu einer “behördlich ermächtigten Beratungsstelle“, da kriegt sie aufgezählt, was es alles für Behörden gibt, bei denen sie um Hilfe betteln gehen kann, erhält eine Standpauke über ihre “grundgesetzliche Pflicht zur Achtung des Lebensrechts des Kindes“ und vorgerechnet, “welche Gründe in ihrem Fall für die Fortsetzung der Schwangerschaft sprechen“. Dann muß sie zu einem Arzt, der sie über die Gefährlichkeit so einer Abtreibung das Fürchten lehrt. Danach zu zwei “ermächtigten Ärzten“, die sich jeweils schriftlich darüber auslassen müssen, ob und warum eine Indikation vorliegt. Das werden erfahrene Ärzte sein, unnachgiebige Lebenswächter. Da wird es heißen: “Das werden Sie schon schaffen, jeder muß sein Opfer bringen, Sie auch.“ Geht es um die häuslichen Verhältnisse, müssen sich beide Ärzte jeweils um Auskunft an eine “behördlich ermächtigte Beratungsstelle“ wenden.

Die beiden Gutachten gehen schließlich an den Arzt, den die Frau für die Abtreibung selbst gefunden hat. Das soll ihr nicht leicht gemacht werden, denn nach § 218 soll niemand dazu verpflichtet sein, Abtreibungen vorzunehmen. Über die “Ermächtigung von Beratungsstellen und Ärzten“ sollen die Landesregierungen besondere Rechtsverordnungen erlassen dürfen, um von vorherein eine entsprechende Auswahl unter den Ärzten zu gewährleisten. Zusätzlich wird ein Artikel eingefügt, nach dem der, der eine Schwangerschaft “in der irrigen Annahme der Voraussetzungen des § 218 a abbricht, . . . wenn der Irrtum auf Leichtfertigkeit beruht, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft“ wird. Auch mit der aus dem bestehenden Gesetz in beiden Entwürfen übernommenen Meldepflicht bei Abtreibungen gegenüber dem Statistischen Bundesamt ist es der CDU noch nicht genug. Zusätzlich soll der Arzt gegenüber der Landesbehörde meldepflichtig werden. “Die Vorschrift dient dazu, die Handhabung des Gesetzes durch einzelne Ärzte sichtbar zu machen.“ (Filbinger-Entwurf)

Weil der Spießrutenlauf, den der SPD-Entwurf für dieFrauen vorsieht, etwas kürzer ist, wird jetzt sicher von den Sozialdemokraten, vor allem in den Gewerkschaften, zu hören sein, der SPD-Entwurf sei doch das kleinere Übel und das Beste, was man nach dem BVG-Urteil habe machen können. Und man solle sich hinter den SPD-Entwurf stellen, um wenigstens Schlimmeres zu verhindern.

Die Lehre in der Sache ist aber eine ganz andere. Wer einmal angefangen hat, sich solche Demütigungen wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gefallen zu lassen, kriegt mit Sicherheit gleich den nächsten Schlag versetzt. Mit solcher Nachgiebigkeit spart man sich nichts, sondern macht die Feinde des Volkes nur frecher. – (hv)

### Urteile im Fall Kolping-Kolleg

**Freiburg.** Im dichtbesetzten Gerichtssaal hat am 24.10. das Freiburger Landgericht die Entscheidung über die Klage der beiden Schülerinnen des Kolping-Kollegs gegen die von der Schulleitung verhängten Strafen entschieden. Wie wir schon berichtet haben, waren die beiden Schülerinnen wegen Teilnahme an einem Stand gegen den § 218 vor der Schule bestraft worden.

Das Gericht hob die sofortige Entlassung der Schülerin I. Kist mit sofortiger Wirkung auf. Die Bestrafung von A. Blecke, die kurz vor dem Abitur für zwei Wochen vom Unterricht ausgeschlossen worden war, wurde nachträglich für rechtens erklärt; sie muß die Gerichtskosten tragen.

Im Falle von I. Kist war das Gericht der Auffassung, daß die “Kündigung des Schulvertrages nicht angemessen sei zu dem beanstandeten Vorfall“. Das Gericht billigte der Schulleitung ausdrücklich das Recht zu, beide Schülerinnen zu disziplinieren, weil sie mit dem Stand den “Schulfrieden“ gestört hätten. Denn die am Stand vertretenen Auffassungen seien gegen die “tragenden ethischen Grundsätze von Kirche und Schule“ gerichtet gewesen. Der Kammerpräsident verdiente sich das Gelächter der Zuhörer, als er ausdrücklich betonte, daß die Gerichtsentscheidung “gänzlich unpolitisch“ sei und allein “Rechtsgrundsätzen“ folge.

Gegen das Urteil führte das Freiburger Komitee für die ersatzlose Streichung des § 218 am folgenden Tag eine Kundgebung durch.

## Beschluß gegen Sparmaßnahmen

**Saarbrücken.** Das Studentenparlament der Universität Saarbrücken verabschiedete eine Resolution gegen die Sparmaßnahmen der saarländischen Landesregierung. Im nächsten Haushaltsjahr will die Landesregierung 2,5 Millionen Mark Personalkosten an den Universitäten einsparen. In der Resolution heißt es: "All diese Sparmaßnahmen lehnen wir ab, denn damit sollen die Auswirkungen der gegenwärtigen schlechten Wirtschaftslage . . . auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden."

**Worms.** Mit der Begründung, der "Bedarf unseres Volkes" an Lehrern sei gedeckt, soll ab dem Wintersemester die Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrern an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms eingestellt werden. Unter den Studenten wird dagegen vorgegangen unter den Forderungen "Keine Schließung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule – Volle Beibehaltung der Studienplätze in Worms!".

## Freien Zugang verschafft

**Westberlin.** In der Vorlesung Wirtschaftsrecht des Professor Klöpfer an der Freien Universität werden die Studenten vor Betreten des Vorlesungsraumes einer Ausweiskontrolle unterzogen. 80 bis 100 Studenten nahmen sich letzte Woche das Recht auf freien Zugang zu dieser Lehrveranstaltung und durchbrachen die Ausweiskontrolle.

## Einstellung des Entlassungsverfahrens gefordert

**Oldenburg.** Gegen die geplante Entlassung des Wissenschaftlichen Assistenten Wolfgang Müller, Sekretär der Ortsgruppe Bremen des KBW, verabschiedete die ÖTV-Betriebsgruppe der Universität eine Protestresolution. Sie wendet sich darin gegen die geplante Entlassung "und fordert die Aufhebung aller Berufsverbote". Eine studentische Vollversammlung, die am Donnerstag stattfand, beschloß ebenfalls Schritte gegen die geplante Entlassung von Wolfgang Müller.

## Vollversammlung gegen Entlassung

**Bremen.** Wegen Klebens eines Plakates für die Gruppe Rote Fahne (KPD) will der Bremer Senat den Physikprofessor J. Scheer entlassen. Eine Vollversammlung der Universitätsstudenten stimmte letzte Woche mehrheitlich einer Resolution zu, die sich gegen die geplante Entlassung ausspricht.

## Vom Dienst suspendiert

**Frankfurt.** Der hessische Kultusminister hat den Frankfurter Professor für französische Literaturwissenschaft, Gerhard Schneider, vorläufig vom Dienst suspendiert. Als Grund dafür gibt er eine Presseerklärung an, die Professor Schneider unterzeichnet hat. In dieser wurde der durch einen Polizeieinsatz verursachte Tod G. Routhiers während einer Arbeitsgerichtsverhandlung als Polizeimord bezeichnet. Obwohl das Semester noch nicht begonnen hat, liegen bereits etliche Protestschreiben und Resolutionen von den verschiedensten Seiten gegen die Suspendierung vor.

Die Studenten beschlossen, daß Professor Schneider seine Lehrveranstaltungen weiter durchführen soll. Dagegen versucht die Universitätsverwaltung nun die rechtliche Handhabe für ein Hausverbot gegen Professor Schneider zu finden. Am Montag erschienen zwei Vertreter der Rechtsabteilung in seinem Seminar, um zu erfahren, ob er es trotz seiner Suspendierung durchführe. Von den Studenten zur Rede gestellt, mußten sich diese zwei Herren aber wieder schnell verziehen. Die Institutsvollversammlung der Romanistikstudenten hat mittlerweile folgende Forderungen beschlossen: Keine Suspendierung von Professor Schneider! Keine Abberufung von Lehrenden gegen den Willen der Studenten! Durchführung der Lehrveranstaltungen von Professor Schneider! Das Recht, für diese Lehrveranstaltungen Leistungsnachweise zu erhalten.

**Münster.** Gegen den Professor für Soziologie in Münster, Christian Si g-rist, hat das Kultusministerium ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet. Vorgeworfen wird ihm wie Professor Schneider die Unterzeichnung einer Presseerklärung zum Tode G. Routhiers. Weiterhin, daß er den in Münster lehrenden griechischen Faschisten Papalekas als Faschisten bezeichnet habe.

# Trotz Verbot – 700 setzten die Veranstaltung durch

### Universität Heidelberg: Mit einem Veranstaltungsverbot versuchte der Rektor den Maulkorberlaß durchzusetzen

**Heidelberg. An die 700 Studenten nahmen am Dienstag Abend an einer verbotenen Veranstaltung der Kommunistischen Hochschulgruppe zur Korruption und Vetternwirtschaft an der Universität Heidelberg teil. Der Rektor der Universität hatte dieses Verbot durch seinen Rechtsberater Podewils erlassen.**

Die Durchbrechung des Verbotes war ein erster geschlossener Kampfschritt der Studenten gegen den Maulkorberlaß des Rektors Niederländer, der jegliche politische Betätigung der Heidelberger Studenten einer politischen Zensur unterwirft.

Die überwältigende Mehrheit der anwesenden Studenten stimmte einer Resolution zu, in der es unter anderem heißt:

"Die Versammelten stellen fest, daß es empörend und bezeichnend zugleich ist, wie hier die private Bereicherung durch Verbotsmaßnahmen gedeckt werden soll. Sie haben sich das Recht nicht nehmen lassen, die Korruption der Herren Pforessoren in der Universität zu diskutieren. Sie haben die Veranstaltung trotz Verbot durchgeführt.

Wenn das Rektorat meint, damit die Studenten insgesamt knebeln zu können, täuscht es sich ebenfalls. Die Studenten werden ihre Schritte beraten und sich ihre Rechte erkämpfen. Die Versammelten rufen alle Studenten auf, am Donnerstag um 14 Uhr auf der Universitätsvollversammlung die weiteren Schritte zu beschließen."

Das Veranstaltungsverbot ist die Zuspitzung all der Maßnahmen, die Rektor Niederländer seit Beginn des Semesters erlassen hat: durchgeführte Studienausschlüsse, Hausverbote gegen Fachschaftssprecher, Anträge auf Relegationen gegen Mitglieder des Studentenparlaments.

> **Die Geschäfte des Hünke von Podewils**
>
> Der Justitiar der Universität, Hünke von Podewils, ist Autor der Verbotsverfügung bezüglich der Veranstaltung der KHG über Korruption und Vetternwirtschaft an der Universität Heidelberg. Offensichtlich hat er an der Verhinderung dieser Veranstaltung auch ein höchst persönliches Interesse gehabt. Bekannt wurde mittlerweile, daß er an den Schiebereien und Unterschlagungen des Professors Filthut direkt beteiligt war.
>
> *"Am 21.1.72 hatte Frau Ruth Schwab, vormals Buchhalterin am Institut Professor Filthuts, Hauptbelastungszeugin im Filthut-Prozeß, Herrn Dr. von Podewils informiert, daß die an diesem Tage ausgeschickte Rechnung Nr. 22715 vom 30.11.1971 über 611.540,– Schweizer Franken (DM 505.315,–) vermutlich ‚f i n g i e r t wäre. Obwohl Dr. v. Podewils schon einen Monat Kenntnis solcher Manipulationen hatte, wurde von ihm die Auszahlung der tatsächlich fingierten 'Rechnung' Wochen später nicht verhindert: Am 10.2. würde die halbe Million unter Nr. 39853 als bezahlt verbucht."* (Aus einem Dokument, zitiert nach Kommunistische Hochschulzeitung, Heidelberg)
>
> Was er für diese Gefälligkeit wohl eingesackt hat?

Das Rektorat will so den Widerstand der Studenten gegen die zunehmende Studienverschlechterung und die politische Kontrolle und Bevormundung brechen.

Zum Ausdruck kommt dies in der Verbotsbegründung, in der es unter anderem heißt:

"Diesem Antrag (auf Raumvergabe) kann nicht stattgegeben werden. Aufgrund des von der KHG und ihren Mitgliedern sowohl im letzten als auch in diesem Semester gezeigten Verhaltens erscheint es als wahrscheinlich, daß die von Ihnen geplante Veranstaltung zu einer Störung des Universitätsbetriebes führen wird.

Diese Vermutung stützt sich u.a. auf folgende Sachverhalte:

1. Am 23.9.1975 wurde der Rektor auf seinem Weg zur Senats-Sitzung bedroht und am Weitergehen gehindert. Mitglieder der KHG versuchten ihn rechtswidrig zur Abgabe einer Erklärung zu nötigen und versperrten ihm gewaltsam den Weg.
2. Am 30.9.1975 wurde die alte Universität mit der Parole "Niederländer Komplize Francos" beschmiert.
3. Im Zuge einer von der KHG geleiteten Demonstration – Hauptredner Herr Helgenberger – wurde der Wagen des Rektors mit der Aufschrift "§ 218" beschmiert.
4. Die KHG hat zum 17.10.1975 zur Besetzung des Slawischen Instituts aufgerufen und die Studenten aufgefordert, am aktiven Streik innerhalb des Slawischen Instituts teilzunehmen.
5. In einer Vorlesung im Bereich der Mathematik (Prof. von Waldenfels) hat das KHG-Mitglied Brückner durch eine Störung dafür gesorgt, daß die Vorlesung abgebrochen werden mußte.

All die oben geschilderten Vorfälle machen deutlich, welchen Kurs die KHG im Wintersemester 1975/76 zu steuern gedenkt."

Mit einer solchen Verbotsbegründung könnte das Rektorat leicht die Mehrheit der Studenten vom Studium ausschließen.

Dieser Versuch der Durchsetzung des Maulkorberlasses wird aber nicht fruchten. Denn die Studenten brauchen das Recht des Zusammenschlusses, um gegen die zunehmende materielle Verschlechterung und politische Kontrolle zu kämpfen und haben diesen Kampf auch aufgenommen. Die gut besuchte Veranstaltung war ein Anzeichen dazu.

Die für Donnerstag einberufene Universitätsvollversammlung wird weitere Kampfschritte gegen Maulkorberlaß und Studienverschärfung beschließen. – (e., KHG Heidelberg)

### Universität Marburg:

# Streik gegen die Angriffe auf das politische Mandat

**Marburg. Nachdem schon seit Monaten politische Stellungnahmen des Marburger Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) von den bürgerlichen Gerichten mit insgesamt 22 000 DM bestraft wurden, versucht jetzt die Bourgeoisie, den AStA ganz zu zerschlagen.**

Der Marburger Uni-Präsident Zingel dorhte dem AStA mit Amtsenthebung, falls er weiterhin von seinem Recht der Stellungnahme zu allen politischen Fragen Gebrauch macht. Um dieser Drohung Nachdruck zu verleihen, stellte er auf dem vom AStA am 22.10. einberufenen Teach-in ein Ultimatum. Dieses besagt, daß der AStA bis 29.10. 16 Uhr verbindlich erklären muß, daß er auf das politische Mandat verzichtet. Einen Tag später ging Zingel einen Schritt weiter: Nimmt der AStA in dem Zeitraum bis zum 29. noch einmal zu allgemeinpolitischen Fragen Stellung, so wird er sofort durch einen Staatskommissar ersetzt.

Daß die Kultus- und Unibürokratie jetzt mit einem Ultimatum aufwartet, das dem AStA einen Maulkorb verpassen soll, ist nicht ganz neu. Schon seit längerem versucht sie jede Gelegenheit zu nutzen, um der Studentenschaft das Recht zu nehmen, sich zu allen wichtigen politischen Fragen zu äußern. Eine Niederlage hat sie dabei den Studenten schon im vergangenen Jahr beigebracht, als eine Urabstimmung der Studenten über den Erhalt der verfaßten Studentenschaft und das politische Mandat verboten worden war.

Die Provokation der Kultusbürokratie und ihres Handlangers Zingel löste unter den Studenten Empörung aus. In vielen Seminaren wurde darüber diskutiert. Auf den Fachschaftsvollversammlungen, die am Donnerstag stattfanden, nahm die Diskussion über den Angriff auf das politische Mandat breiten Raum ein. Hier wurde auch von der Fachschaftsvollversammlung vom Fachbereich Erziehungswissenschaft eine Resolution verabschiedet, die den breiten Zusammenschluß der Studenten für das politische Mandat gewährleistet. Darin heißt es: "Alle Kommilitonen werden aufgefordert, für den Erhalt des politischen Mandats bedingungslos und vorbehaltslos einzutreten. Wer eine andere Haltung einnimmt, spielt der Reaktion in die Hände. Das politische Mandat wird weiterhin wahrgenommen und in der Zukunft unbeirrbar ausgeübt werden. Rechte können nur erkämpft werden, sie werden niemals geschenkt. Sie müssen immer erneut verteidigt werden."

Festgehalten wurde weiterhin, daß der AStA und die politischen Organisationen mit den anderen ASten und politischen Organisationen Hessens Kontakt aufnehmen sollen "mit dem Ziel: Durchführung einer gemeinsamen Solidaritätsaktion mit den spanischen Antifaschisten. Zweck: offensive Wahrnehmung des politischen Mandats in diesem Punkt (internationale Solidarität). Gemeinsame Front aller hessischen Studenten mit ihren ASten zur Abwehr der Angriffe auf den Marburger AStA. Der AStA wird von der UNI-Vollversammlung beauftragt, diese Aktion vorzubereiten und am Dienstag, den 28.10. dazu aufzurufen. **Kein Staatskommissar an unseren Hochschulen!**"

Dieser konsequente Vorschlag zum Kampf für die Behauptung des uneingeschränkten Rechts zur politischen Äußerung der Studentenschaft gegenüber dem Staat fand große Unterstützung und zahlreiche Studentengruppen, darunter die Studentenorganisationen des Sozialistischen Büros, der Gruppe Internationaler Marxisten, des Kommunistischen Bundes Nord und des KBW sowie weitere Gruppen an Fachbereichen und Instituten der Hochschule traten für diesen Vorschlag ein. Lediglich der von den DKP-Studenten geführte AStA war nicht bereit, diesem Vorschlag zur einheitlichen Aktion zuzustimmen. Er erklärte die Studentenschaft für gegenwärtig zu schwach, das politische Mandat wahrzunehmen, und während er in Worten dieses Recht der Studentenschaft gegenüber der staatlichen Unterdrückung behauptete, schreckte er zurück vor der Notwendigkeit, den Widerstand zu organisieren und der Forderung nach sofortiger Zurücknahme des Ultimatums durch Aktionen der Studenten Geltung zu verschaffen.

Mit dieser Politik des Zurückweichens vor den Angriffen der Staatsmacht jedoch kam der AStA nicht durch. Ihre Folgen hatten sich bereits bei dem Verbot der Urabstimmung über das politische Mandat der Studentenschaft zu Anfang des Jahres gezeigt. Der von den DKP-Studenten geführte AStA fiel vor der Regierung auf die Knie. Er trat von der Durchführung dieser Urabstimmung zurück und überließe sie einem Komitee von politischen Organisationen.

Angesichts der neuerlichen staatlichen Unterdrückungsmaßnahme wuchs die Ablehnung dieser Politik des Kniefalls vor der Regierung. Am Montag dieser Woche fand ein Aktionstag an der Hochschule statt und die Teilnahme von 3 000 Studenten am Abend an der Universitätsvollversammlung unterstreicht die Entschlossenheit der Marburger Studenten, dem bürgerlichen Staat keinen Fußbreit Recht preiszugeben. Nur mit Mühe gelang es dem AStA, sich auf dieser Vollversammlung die Mehrheit für seine Politik zu verteidigen. Lediglich 1 360 Studenten stimmten für den AStA. Einige Studenten und Studentenvertreter wiesen die Politik des AStA zurück und traten für ein einheitliches Vorgehen gegen den Angriff der Staatsmacht auf Grundlage der Vorschläge des Fachbereiches Erziehungswissenschaft ein. Dieser Vorschlag wurde von über 1 000 Studenten unterstützt. Dadurch wurde der AStA gleichzeitig gezwungen, Schritte zum Kampf gegen die Kultusbürokratie vorzuschlagen. Beschlossen wurde, bis zum Mittwoch dieser Woche in den Streik zu treten und am Mittwoch, wenn das Ultimatum des Uni-Präsidenten ausläuft, durch eine Demonstration dem Universitätspräsidenten einen Brief des AStA zu überbringen, der das politische Mandat der verfaßten Studentenschaft für unverzichtbar erklärt. – (s., Marburg/Red.)

## An vielen Hochschulen laufen die Streikvorbereitungen

**Hannover.** Die studentische Kammer der Technischen Universität Hannover hat auf ihrer Sitzung am 21. Oktober auf Antrag der Roten Liste folgende Forderungen und Aktionen der Studenten im Wintersemester beschlossen (gegen die Stimmen des RCDS bei Enthaltung der Alternative SLH):

"Die Kammer der Technischen Universität fordert die Studenten auf, sich unter folgenden Forderungen zusammenzuschließen:

– Erhöhung der Ausbildungsförderung auf mindestens 600 DM und des Elternfreibetrages auf mindestens 1 200 DM! Keine Vergabe von Stipendien als Darlehen!
– Rücknahme der Erlasse für den Stellenstopp und der Mittelkürzungen an den Hochschulen!
– Sofortige Einstellung aller Bespitzelungsverfahren! Weg mit dem Radikalenerlaß und dem Ministerpräsidentenbeschluß! Verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat! Freie politische Betätigung an der Hochschule!
– Einstellung aller ausgebildeten Lehrer! Übernahme aller Studenten in die Referendarausbildung! Arbeitslosengeld für alle Studenten, die die Hochschule verlassen müssen und keine Arbeit finden, in Höhe eines existenzsichernden Betrages!

Der Kampf für diese Forderungen kann nur erfolgreich sein, wenn die Studenten ihnen in öffentlichen Aktionen Nachdruck verleihen. Die Kammer der Technischen Universität ruft deshalb die Studenten im Rahmen der von der VDS beschlossenen Aktionstage im Wintersemester an allen Hochschulen zu Aktionstagen zwischen dem 9. und 12. Dezember auf. Sie ruft weiter zu einem Streik an diesen Tagen auf, über den auf einer Universitätsvollversammlung am 4. Dezember entschieden wird. Am 12. Dezember wird eine zentrale niedersächsische Demonstration aller Allgemeinen Studentenausschüsse in Hannover stattfinden." – (Kommunistische Hochschulgruppe Hannover)

**Hannover.** Die Konferenz niedersächsischer Studentenschaften beschloß auf ihrer Sitzung am 13. Oktober, den Studenten die Durchführung landesweiter Aktionstage vorzu schlagen. Vom 1. bis 4. Dezember soll an den Universitäten dieser Vorschlag breit diskutiert und darüber entschieden werden, ob die Aktionstage und der Streik durchgeführt werden. Die Forderungen der studentischen Kammer der Technischen Hochschule Hannover geben eine gute Richtlinie auch für diese landesweiten Aktionen ab.

**Bremen.** In der letzten Novemberwoche soll unter den Bremer Studenten eine Urabstimmung über einen Streik vom 1. bis 3. Dezember durchgeführt werden. Gerichtet wird sich damit gegen die ständigen Angriffe des Bremer Senats auf das Recht der studentischen Vertretungskörperschaften, zu allen politischen Fragen Stellung zu nehmen, und gegen die ständige Verschlechterung der materiellen Studienbedingungen. Einzelne Kampfmaßnahmen dazu wurden bereits ergriffen. So werden die vom Senat beschlossenen Erhöhungen der Sozialwerksbeiträge zu zahlen verweigert. Die Bewohner eines Studentenwohnheimes streiken seit mehreren Monaten gegen eine Mieterhöhung.

**Stuttgart.** Die Landeskonferenz Baden-Württemberg der Allgemeinen Studentenausschüsse beschloß auf ihrer letzten Sitzung, im Rahmen der von der Vereinigten Deutschen Stu dentenschaft beschlossenen Aktionstage vom 1. bis 3. Dezember einen Streik unter folgenden Forderungen den Studenten des Landes vorzuschlagen: Erhöhung der Ausbildungsförderung ab 1. Oktober 1975. 600 DM Ausbildungsförderung und 1200 DM Elternfreibetrag! Weg mit der Darlehensregelung! Einbeziehung der ausländischen Studenten in die BAFöG-Regelung! Jährliche Angleichung an die Teuerungsrate! Rücknahme der Stellen und Mittelkürzungen an den Hochschulen! Weg mit den Ersatzgeldern! Keine Landesgebührenordnung! Gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft!

Gegenüber den politischen Disziplinierungsmaßnahmen des Staates wurden folgende Forderungen aufgestellt: Sofortige Einstellung aller Bespitzelungsverfahren! Rücknahme aller politischen Entlassungen! Weg mit dem Ministerpräsidentenbeschluß! Weg mit dem Schieß-Erlaß! Für das uneingeschränkte politische Mandat der Organe der verfaßten Studentenschaft!

Gegen Druck und Konkurrenz und die drohende Arbeitslosigkeit wurden folgende Forderungen aufgestellt: Einstellung aller ausgebildeten Lehrer! Übernahme aller Studenten in die Referendarausbildung! Arbeitslosengeld für alle Studenten, die die Hochschule verlassen und keine Arbeit finden!

An allen Hochschulen des Landes soll vom 20. bis 28. November eine Urabstimmung für einen Streik unter diesen Forderungen durchgeführt werden.

# Keine Bestrafung und Verfolgung der Koblenzer Soldaten!

**Mit einer Presseerklärung hatten sich in der letzten Woche fünf Koblenzer Soldaten gegen Bestrafung und Verfolgung durch die Bundeswehrführung gewandt. Anlaß für die Maßnahmen der Bundeswehrführung war, daß die Soldaten am 21.9. an der Demonstration gegen den § 218 teilgenommen hatten. Durch die Presseerklärung wurde erreicht, daß die meisten Soldaten von der Verfolgung auf Grund des Eintretens der Soldaten gegen den § 218 erfuhren. Die Sache war Tagesgespräch in den Koblenzer Kasernen.**

Jetzt, nach dem Erscheinen der Presseerklärung, wurden weitere Disziplinarmaßnahmen eingeleitet. Der Gefreite Thymo Fischer wurde zu der Presseerklärung vernommen. Hauptmann Pohl, der Kompaniechef, erklärte ihm, daß die Sache nun an die Staatsanwaltschaft gehe. Dem Pionier Gerhard Hayha wurde angedroht, daß gegen ihn ein Verfahren wegen "Meuterei" eingeleitet werde.

Der Gefreite Thymo Fischer aus der 1. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 142 erhielt bereits wegen der Teilnahme an der Demonstration eine Disziplinarstrafe von 120 Mark. Gleichzeitig wurde er in eine andere Kompanie versetzt. Sein Vertrauensmann Thomas Rauschenbach, der zu der Disziplinarstrafe von dem Kompaniechef gehört werden muß, erklärte dabei, daß er die Teilnahme an der Demonstration gegen den § 218 vollkommen richtig fände. Daraufhin ließ ihn der Kompaniechef vom Truppendienstgericht absetzen. Dieses Militärgericht urteilte, ohne den Angeklagten zu hören, ja ohne daß er wußte, daß über ihn verhandelt wird. Gleichzeitig mit der Absetzung als Vertrauensmann wurde Thomas Rauschenbach ebenfalls in eine andere Kompanie versetzt. Eine Mannschaftsversammlung der 1./142 sprach ihm aber das Vertrauen aus; aber der Kompaniechef hat sich keinen Dreck darum geschert.

Nach dem Erscheinen der Presseerklärung wurden nun weitere Disziplinarmaßnahmen eingeleitet: Der Gefreite Norbert Ruh, der bereits eine Disziplinarstrafe von 150 Mark, ausgesetzt auf fünf Monate, wegen Beteiligung an der Demonstration hat, wurde ein weiteres Mal zu der Presseerklärung vernommen. Thymo Fischer wurde ebenfalls wieder verhört zu der Presseerklärung. Die Offiziere versuchten ihn regelrecht fertigzumachen. Hauptmann Pohl erklärte: "Sie werden bis Ende Dezember nicht heimkommen, Sie können Ihren Eltern und Ihrer Freundin ja schon mal Bescheid sagen." Auf die

Ihren Eltern und Ihrer Freundin ja schon mal Bescheid sagen." Auf die

Frage von T. Fischer„ ob dies eine Drohung sei, antwortete Hauptmann Pohl mit zynischem und bissigem Blick: "Ja, das ist eine Drohung. Ich warne Sie, halten Sie sich mit Ihrer Meinung zurück und schreiben Sie nur keine Artikel für Soldatenzeitungen. Den letzten, der in 'meiner' (!) Kompanie solche Artikel ge schrieben hat, habe ich rausbekommen und der hat ein halbes Jahr Bau gekriegt." Damit nicht genug: "Diese Sache geht an den Staatsanwalt", sagte Hauptmann Pohl.

Dem Pionier Gerhard Bayha wurde angedroht, daß die Bundeswehr eine strafrechtliche Verfolgung wegen "Meuterei" gegen ihn einleiten wolle.

## Die Soldaten treten für eine gerechte Sache ein

An der Auseinandersetzung in Koblenz sieht man deutlich, welche Teile der Armee für die Beseitigung des § 218 und welche Teile dagegen sind. Die Offiziersbande ist für die Beibehaltung dieses Paragrafen, der der staatlichen Bevormundung und Gängelung der Volksmassen dient. Die Offiziere stehen gegen das Volk, während die Soldaten sich an die Seite des Volkes stellen und für die Abschaffung eintreten.

Gegen einen solchen widerwärtigen Unterdrückungsparagrafen ist der Widerstand gerecht. Gerecht war, daß die Soldaten in Uniform sich an dieser Demonstration beteiligt haben. Und für diese gerechte Sache sollen sie jetzt bestraft und reglementiert werden. Das kann man nicht hinnehmen.

Auf einer Veranstaltung, die von dem Komitee gegen den § 218 und der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee durchgeführt wurde, wurde beschlossen, die Angriffe der Bundeswehr in Angriffe gegen sie selber umzuwandeln. Das geschieht nur dadurch, daß die Maßnahmen der Bundeswehr vor einer breiten Öffentlichkeit angeprangert werden. Die Disziplinarbußen sollen

breiten Öffentlichkeit angeprangert werden. Die Disziplinarbußen sollen

durch eine breite Geldsammlung als Strafe für die Soldaten unwirksam gemacht werden. Für T. Fischer wurden bereits etwa 90 Mark auf der Veranstaltung gesammelt. Da mit weiteren Strafen zu rechnen ist, geben wir ein Konto bekannt, auf das Spenden für die verfolgten Soldaten eingezahlt werden können.

Konto Heinz Dillmann
Sparkasse Koblenz
Kto.Nr.: 149849
Kennwort: Solidarität

Darüberhinaus hatte bereits in der letzten Ausgabe der KVZ die Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz aufgefordert, Protesterklärungen an die Einheitsführer und Bataillonskommandeure der Soldaten zu schicken. Eine erste solche Erklärung ging vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Kiel ein, die nebenstehend abgedruckt ist. – **(w.s./Red)**

## Protesterklärung

### An die Kompaniechefs und den Kommandeur

"Der § 218, der die Abtreibung unter Strafe stellt, bedeutet für viele arme Familien entweder fast unüberwindbare wirtschaftliche Schwierigkeiten, oder sich in die Hände von Kurpfuschern begeben zu müssen. ( . . . ) Seit es das Abtreibungsverbot gibt, gibt es deshalb auch den Kampf des Volkes für seine Abschaffung.

Etwa 200 Soldaten haben diesen gerechten Kampf durch ihre Teilnahme an der zentralen Demonstration in Bonn für die Abschaffung des § 218, für Volksentscheid gegen diesen Paragraphen, am 21.9. unterstützt. Sie taten das, indem sie mit Uniform mitmarschierten und sie drückten damit aus, daß sie zum Volk gehören und sich nicht davon trennen lassen. Dafür sind die Soldaten Norbert Ruh und Thymo Fischer mit Geldstrafen belegt worden, 4 weitere Soldaten wurden vom MAD verhört.

Ebenso, wie der Kampf gegen den § 218 ein gerechter Kampf ist und eine breite Unterstützung im Volk findet, ist die Bestrafung von Soldaten, die diesen Kampf aktiv unterstützen, und dies auch in der Öffentlichkeit als Soldaten, eine ungerechte Sache.

Die Vertretung der Studenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel fordert deshalb die sofortige Aufhebung der Urteile gegen N. Ruh und T. Fischer sowie die Einstellung der Bespitzelung und der Verhöre aller Soldaten, die an der erwähnten Demonstration teilgenommen haben, durch den MAD.

Allgemeiner Studentenausschuß der Christian-Albrechts-Universität Kiel"



Liegengebliebener amerikanischer Bergepanzer. Beim Reforger-Manöver sind bis jetzt 14 Menschen durch Unfälle getötet worden, die meisten sind Zivilpersonen.

## Verhört vom Divisionskommandeur

‚Der Kommandeur der 5. Panzergrenadierdivision, Generalmajor Mertens, verhörte den Soldaten im Heeresmusikkorps 5, Klaus Kilian, weil er an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn teilgenommen hat. Der General drohte dem Soldaten mit einer Disziplinarstrafe.

## Strafversetzung wegen Leserbrief

**Sigmaringen.** Weil ein Soldat zusammen mit 60 weiteren Soldaten einen Leserbrief an die Lokalpresse unterzeichnet hatte, wurde gegen ihn eine Disziplinarstrafe von 40 DM verhängt. Außerdem wurde der Soldat strafversetzt. In dem Leserbrief machten die Soldaten auf die miserablen Verhältnisse im dortigen Kantinenwesen aufmerksam. Die Soldatengruppe Sigmaringen hatte zuvor in der von ihr herausgegebenen "Sigmaringer Soldatenzeitung" zu einem Kantinenboykott aufgerufen. Inzwischen versucht auch die Polizei, das Verteilen der Soldatenzeitung zu verhindern. – (**b**, Sigmaringen)

## Kantinenboykott und Unterschriftensammlung

**Bruchsal.** In der Eichelbergkaserne und in der Dragonerkaserne läuft seit dem 13.10. ein Kantinenboykott. Gefordert wird die Rücknahme der Preiserhöhungen, die in der Eichelbergkaserne und in der Dragonerkaserne um 40 bzw. 25 Prozent die von der Standortverwaltung genehmigten Preise übertreffen. Als Reaktion auf eine Beschwerde des Vertrauensmanns der Stabskompanie in der Eichelbergkaserne hat die Standortverwaltung den Kantinenpächter aufgefordert, die höheren Preise genehmigen zu lassen! Innerhalb von zwei Tagen wurden nun mehr als 250 Unterschriften gesammelt unter eine Resolution, in der unter anderem die Kontrolle des Kantinenpächters durch die Vertrauensmänner der Einheiten gefordert wird. – (aus: Ortsbeilage Bruchsal Nr. 42/75)

## Zivildienstleistende sammeln Unterschriften gegen Strafversetzungen

**Hildesheim.** Knapp 300 Unterschriften sammelten Zivildienstleistende (ZDL) gegen zwei Strafversetzungen. Die beiden ZDL hatten an der Zeitung einer Hildesheimer Bürgerinitiative mitgearbeitet. Gefordert wird die Rücknahme der Versetzungen sowie das Recht der Zivildienstleistenden, nur versetzt zu werden, wenn sie selber ihr Einverständnis geben.

## Brutaler Feldjägereinsatz gegen die Mannschaften

**Bergen-Hohne.** Nach dem Manöver "Straffer Zügel" bezog die 3. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 12 aus Osterode/Harz den Truppenübungsplatz Bergen-Hohne. Gegen etwa 200 Soldaten, unter anderem auch aus der 3./12, die sich am Sonntag, dem 19.10. gegen 21 Uhr in der Mannschaftskantine aufhielten, fand ein brutaler Feldjägereinsatz statt. 40 Feldjäger, ausnahmslos Unteroffiziere, Stabsunteroffiziere und Feldwebel, stürmten den Kantinenraum und schlugen mit ihren Knüppeln auf die völlig überraschten Soldaten in brutalster Weise ein. Soldaten, die sich vor den um sich schlagenden Feldjägern zu retten versuchten und aus dem Fenster sprangen, wurden draußen weiter zusammengeschlagen; die Feldjäger hatten das Gebäude umstellt. Mehrere Soldaten haben Gehirnerschütterungen und Knochenbrüche. Der Vertrauensmann der 3./12, der sich sofort bei dem Kompaniechef beschwerte, erreichte, daß der Chef den Vorfall in Augenschein nahm und eine Untersuchung zusicherte. Die Soldaten wollen Strafanzeige stellen. – (**r**, Osterode)

## Auf der Demonstration gegen den Paragrafen 218:

Auf der Demonstration gegen den Paragrafen 218:

# Anzugsordnung nicht beachtet!

### Der Kompaniechef findet keine Antwort / Die Disziplinarstrafe steht noch aus

**Sontra, Husarenkaserne. Mein Kamerad, Gefreiter Kammer, erzählte mir, daß er am 21. September an der Demonstration gegen den § 218 und für Volksentscheid in Uniform teilnahm. Er erzählte weiter, daß er daraufhin am 16. Oktober ein Verhör beim MAD und am 20. Oktober eine Vernehmung beim Kompaniechef hatte. der Kamerad erzählte:**

"Beim MAD war's so, daß die Kerle ganz einen auf Kumpel machten. Die ganze Geschichte sollte so aussehen wie eine Routineüberprüfung. Da der MAD keine richterliche Instanz ist und auch sowieso bin ich denen keine Rechenschaft schuldig, ich hätte noch nicht mal den Fragebogen mit Angaben zur Person beantworten sollen. Als ich dann glaubte, wieder gehen zu können, rückten sie mit der Sprache raus: Wie stehen Sie eigentlich zum § 218? Sie zeigten mir ein Bild, was mich auf der Demonstration in einer Gruppe von Soldaten zeigt, und versuchten mich mit allen möglichen Tricks zur Aussage zu bewegen. So sagte der eine z.B.: Eigentlich ist die Demonstration zum § 218 eine richtige Sache, vor allem in der Form, wie der Paragraf jetzt besteht. Sie versuchten mich sogar frech in ihren Spitzeldienst mit einzubeziehen, indem sie fragten, ob ich ihnen sagen könnte, wer noch an der Demonstration von den Kameraden teilgenommen hat. Daß das ganze Gespräch wahrscheinlich auf Tonband aufgenommen wurde, brauch ich eigentlich nicht zu erwähnen.

Mit den Kameraden kam ich später überein, daß der MAD eine Spitzelorganisation des Staates ist, die die Aufgabe hat, Gesinnungsschnüffelei unter dem Volk zu betreiben.

Beim Kompaniechef war das anders, ihm gegenüber bin ich offen aufgetreten. Nachdem ich gesagt hatte, daß ich an der Demonstration teilgenommen habe und aussagen will, fragte er mich nach dem Grund meiner Teilnahme. Ich meine, daß der § 218 den Menschen nichts nützt und daß er deshalb abgeschafft werden muß. Als ich ihm sagte, daß ich in Uniform teilgenommen hätte, weil der § 218 alle angeht und somit auch die Soldaten, war er der Meinung, der § 218 würde die Soldaten nichts angehen. Ich entgegnete ihm, daß wenn ich eine Frau oder Freundin habe, die von mir ein Kind bekommt, das mich schon angehe. Jetzt wollte er sich rausreden, von wegen daß ich auch in Zivil an der Demonstration hätte teilnehmen können. Doch bin ich der Meinung, daß die Soldaten nicht etwas Besonderes sind, sondern daß der § 218 die Soldaten direkt betrifft und sie deshalb auch als Soldaten in Uniform dagegen auftreten sollen. Ich führte aus, daß kein Unterschied zwischen den Soldaten und den anderen Teilen des Volkes gemacht werden darf. Der Kompaniechef dagegen meinte, der Unterschied besteht darin, daß der Soldat ein Soldatengesetz hat. Er warf mir weiter vor, daß ich mich für Volksentscheid gegen den § 218 eingesetzt hätte, was im Grundgesetz nicht vorgesehen sei. Ich meine aber, daß dort, wo der Staat über die Köpfe der Menschen hinweg ein Gesetz halten will, es das Recht geben muß, das Interesse der Mehrheit durchzusetzen. Nun wollte ich von ihm wissen, warum es die Möglichkeit des Volksentscheides nicht gibt. Es sei dann zu erwarten, daß Einzelne oder Gruppen das Volk negativ beeinflussen, war seine Antwort. Auf die Frage, ob er damit sagen wolle, daß das Volk dumm sei und sich herumschieben läßt, konnte er nur sagen: Nein, so hab ich das nicht gemeint. Für ihn sei dieser Punkt nicht diskutierbar, er hätte ja nichts dagegen, wenn ich im Unterricht kritisch sei, und dort könnte man auch ruhig mal diskutieren, doch hier sei Schluß. 'Sie gehen ja gegen die Verfassung vor – Herr Kammer, das ist schlimmer als wenn Sie einen Tag von der Kaserne wegbleiben.'

Nun schaute er wieder auf das Foto vom MAD, er belehrte mich, daß ich dadurch, daß ich die Jacke offen trage und kein Barett auf dem Kopf hätte, gegen die Anzugsordnung verstoßen habe. Er formulierte es dann so: 'Sie zeigen sich hier in desolatem Zustand in der Öffentlichkeit, meinen Sie nicht, daß Sie dadurch das Ansehen der Bundeswehr geschädigt haben? ' Überall, wo wir vorbeigekommen sind, haben uns die Menschen unterstützt und geklatscht, gerade auch die Passanten. Darauf wußte er keine Antwort, und ich konnte mich abmelden."

Bis jetzt steht die Disziplinarstrafe gegen den Gefreiten Kammer noch aus. – (Soldat xy)

## „Hornisse II/75"

### Kommandeur voll zufrieden – Soldaten im Härtetest

**Wietzenbruch/Celle.** Nach Rückkehr von der Gefechtsübung "Graue Hornisse II/75" strahlte der Regimentskommandeur Oberst Brinkmeier, er war voll zufrieden. Am Beispiel der Unterbringung und der Verpflegung kann man leicht sehen, weshalb für Offiziere jede Übung ein "neues Abenteuer" ist und weshalb sie für Soldaten nur zusätzliche Schikane und Rödelei bedeutet.

### Offiziere

**Unterbringung:** Pension, zu zirka 30 DM (Kommandeur). Zwecks Verbindung zur Truppe mußten 4,5 Kilometer Fernmeldekabel zur Pension verlegt werden.

**Kein Alkoholverbot**, oft betrunken.

**Schlaf** gut und ausreichend.

**Essen** gut.

### Soldaten

**Unterbringung:** in Scheunen, Zelten und Führerhäusern von Kraftfahrzeugen. In Rheine Unterbringung in der Kaserne zu 7, 8 Mann in einer Stube mit 4 Betten.

Strengstes **Alkoholverbot.**

Oft **kein Schlaf**, nachts Bewachung der Kraftwagen.

**Essen** oft zu wenig und eintönig, vor der Übung wurden innerhalb von 8 Wochen 8 000 DM in der Truppenküche eingespart. – (aus Ortsbeilage Celle Nr. 42/75)

# Unterstützt den Kampf des Volkes von Oman!

**Aufruf der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman**

**Am 16. Oktober haben vereinigte imperialistische Invasionsstreitkräfte eine große Operation begonnen, um die Revolution in Oman und den Kampf des Volkes von Oman um nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu vernichten. Luftlandetruppen wurden an der Grenze zur Volksdemokratischen Republik Jemen, dem revolutionären Hinterland des Befreiungskampfes in der omanischen Provinz Dhofar, gelandet. Die PFLO wendet sich mit dem folgenden Aufruf an die westdeutsche Bevölkerung. Die PFLO fordert darin auf, sich auf die Seite des omanischen Volkes in seinem Kampf für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu stellen und den Kampf des omanischen Volkes zu unterstützen. Auf der Grundlage dieses Aufrufs ist bereits ein Aktionsbündnis von verschiedenen antiimperialistischen und demokratischen Organisationen geschlossen worden, um eine Rundreise einer Delegation der PFLO sowie einer Schüler-Kulturgruppe zu organisieren, wie weiter unten berichtet wird.**

Zehn Jahre sind vergangen seit Beginn des Kampfes des omanischen Volkes, den es weiterführt, um die Prinzipien zu verwirklichen, deretwegen es die bewaffnete Revolution im Juni 1965 begonnen hat: Beendigung der ausländischen militärischen und politischen Präsenz, Verwirklichung der Unabhängigkeit und Aufbau einer nationaldemokratischen Herrschaft im Interesse der Volksmassen.

Oman, das in der südöstlichen Ecke der Arabischen Halbinsel liegt, hat eine einmalige strategische Lage und besitzt große Mengen natürlicher Reichtümer. Deswegen halten die Imperialisten an ihrer Herrschaft in Oman fest und schrecken dabei nicht davor zurück, die abscheulichsten Mittel einzusetzen, um ihre Kontrolle zu behalten. Oman grenzt an drei wichtige Meere: den Arabischen Golf, das Omanische und das Arabische Meer (1); diese drei Meere stellen eine wichtige Wasserstraße für die Öltanker dar, die das Öl von den Golfstaaten in die westlichen Industrieländer transportieren. Deswegen ist die Kontrolle über diese Meere, speziell aber die Kontrolle über Oman, das Hauptziel des britisch-amerikanischen Imperialismus und seiner Handlanger in diesem Gebiet geworden. Oman verfügt außerdem über große Rohstoffvorkommen, z.B. das Erdöl, Mineralien und die Reichtümer des Meeres. Es ist weiterhin in der Lage, große landwirtschaftliche Erträge zu produzieren.

Trotz dieser einmaligen strategischen Lage und der großen Reichtümer lebt das omanische Volk seit Beginn der Kontrolle über Oman durch die Briten im Jahr 1798 in großer Armut und Rückständigkeit. Das omanische Volk hat sich jedoch mit diesen Zuständen nicht abgefunden, sondern sich bewaffnet und mit verschiedenen Mitteln gewehrt. Oft ist es in seinem Widerstand bis an die Grenzen der Hauptstadt Maskat vorgedrungen, aber immer wieder intervenierten die Briten mit ihren Landtruppen und mit ihrer Flotte, um das omanische Volk zu unterdrücken und ihre Handlanger, die Abu-Said-Familie, an der Macht zu halten. Einer der wichtigsten Interventionsversuche ist der verbrecherische Krieg, den sie gegen das omanische Volk während des Aufstands in Djabal el-Achdar im Jahre 1975–1959 geführt haben (2).

Diese elenden Zustände, unter denen das omanische Volk lebt und die ihm mit Gewalt von den britischen Kolonialisten aufgezwungen wurden, haben die nationalen Kräfte dazu geführt, die Lehren aus den vergangenen Aufständen und den Revolutionen der Volksmassen, die erfolglos geblieben sind, zu ziehen. Diese nationalen Kräfte haben sich in einer nationalen Front zusammengeschlossen, die alle nationalen und fortschrittlichen Kräfte umfaßt. So begann die bewaffnete Revolution am 9. Juni 1965 in der Südprovinz Omans, in Dhofar. Damit nahm eine bewaffnete Revolution ihren Anfang, die bis heute noch besteht und die auch weiter bestehen wird, bis die Ziele des omanischen Volkes vollständig verwirklicht sind: den ausländischen Einfluß zu beseitigen, volle Unabhängigkeit zu erreichen und die Volksherrschaft aufzubauen.

Die bewaffnete Revolution hat große Erfolge erzielt, darunter die Befreiung der ländlichen Gebiete in Dhofar, den Aufbau der Volksherrschaft in den befreiten Gebieten durch die Volksräte, die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit durch die Zerschlagung der Ausbeutung des Bodens, der Wasserstellen und der Weideplätze durch die Feudalherren. Sie wurden ohne Unterschied in Gemeineigentum verwandelt. Es sind neue Beziehungen aufgebaut worden, die auf Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung zwischen allen Bürgern, ob Männern oder Frauen, beruhen, indem die Sklaverei, die Stammes-, die rassistischen und sippenbedingten Spaltungen innerhalb der Reihen des Volkes abgeschafft wurden.

Es wurde eine starke Volksbefreiungsarmee aufgebaut, die den Kampf gegen die Kolonialisten und ihre Helfershelfer aufgenommen hat, sowie eine Volksmiliz zur Verteidigung der befreiten Gebiete. Bildung und Wissen wurden unter den Volksmassen verbreitet, und es wird angestrebt, das Analphabetentum, dessen Rate vor der Revolution 99 Prozent betrug, zu beseitigen und eine neue nationale Kultur zu verbreiten und die Gesundheitsfürsorge, die die Volksmassen entbehren mußten, zu sichern.

Zugleich hat sich der Einfluß der Revolution auf die übrigen Teile Omans ausgebreitet. Der Widerstand drückt sich in verschiedenen Formen aus: Streiks, Demonstrationen, verschiedene Aufstände, die von bewaffneten Operationen der Revolutionäre im Juni 1971 gekrönt wurden. All dies hat den britischen und amerikanischen Imperialismus dazu gebracht, seine Planung für das gesamte Golfgebiet und speziell für Oman zu überprüfen. Dem Imperialismus war klar geworden, daß es unmöglich ist, das Feuer der Revolution durch den brutalen Terror zu unterdrücken, weiterhin die Zersplitterung des Golfgebiets und die direkte Herrschaft des britischen Kolonialismus aufrechtzuerhalten. Der britisch-amerikanische Imperialismus begann mit der Umsetzung eines abscheulichen Planes, der die ausländische Anwesenheit in Form des Neokolonialismus aufrechterhält, eine Anwesenheit, die brutaler und doch effektiver ist. Seit dem 10. Juli 1971 wendet der Imperialismus eine doppelseitige Politik an: Auf der einen Seite hat er die Abgeschlossenheit Omans von der Außenwelt und seinen historischen Stillstand beendet und hat es mit Gewalt in die Phase des Neokolonialismus hineingezwungen. Er hat Oman den ausländischen Monopolen und dem Neokolonialismus mit all den bekannten Erscheinungen, die dies mit sich bringt, geöffnet und das Land an das Rad des kapitalistischen Weltmarkts gekettet. Auf der anderen Seite hat der Imperialismus den Aggressionskrieg brutal eskaliert und direkt den US-Imperialismus und das reaktionäre iranische und jordanische Regime daran beteiligt. Er hat eine breite reaktionäre imperialistische Allianz aufgebaut, um den Krieg zu finanzieren und zu verstärken. All diese Staaten liefern Wirtschaftshilfe, Berater, materielle und militärische Unterstützung, um die Revolution in Oman zu zerschlagen. Dieses imperialistische Vorgehen ist ein Teil des imperialistisch-zionistisch-reaktionären Planes, um das palästinensische Volk in seiner Flüchtlingsexistenz zu halten, die israelische Besetzung des arabischen Territoriums zu festigen und die imperialistische Kontrolle in vielen Gebieten, die die Imperialisten räumen mußten, wiederherzustellen, den Vormarsch der Reaktion in diesen Gebieten zu sichern und die bewaffneten arabischen Revolutionen in Palästina, Oman und Eritrea zu liquidieren sowie die arabische Befreiungsbewegung zu unterdrücken.

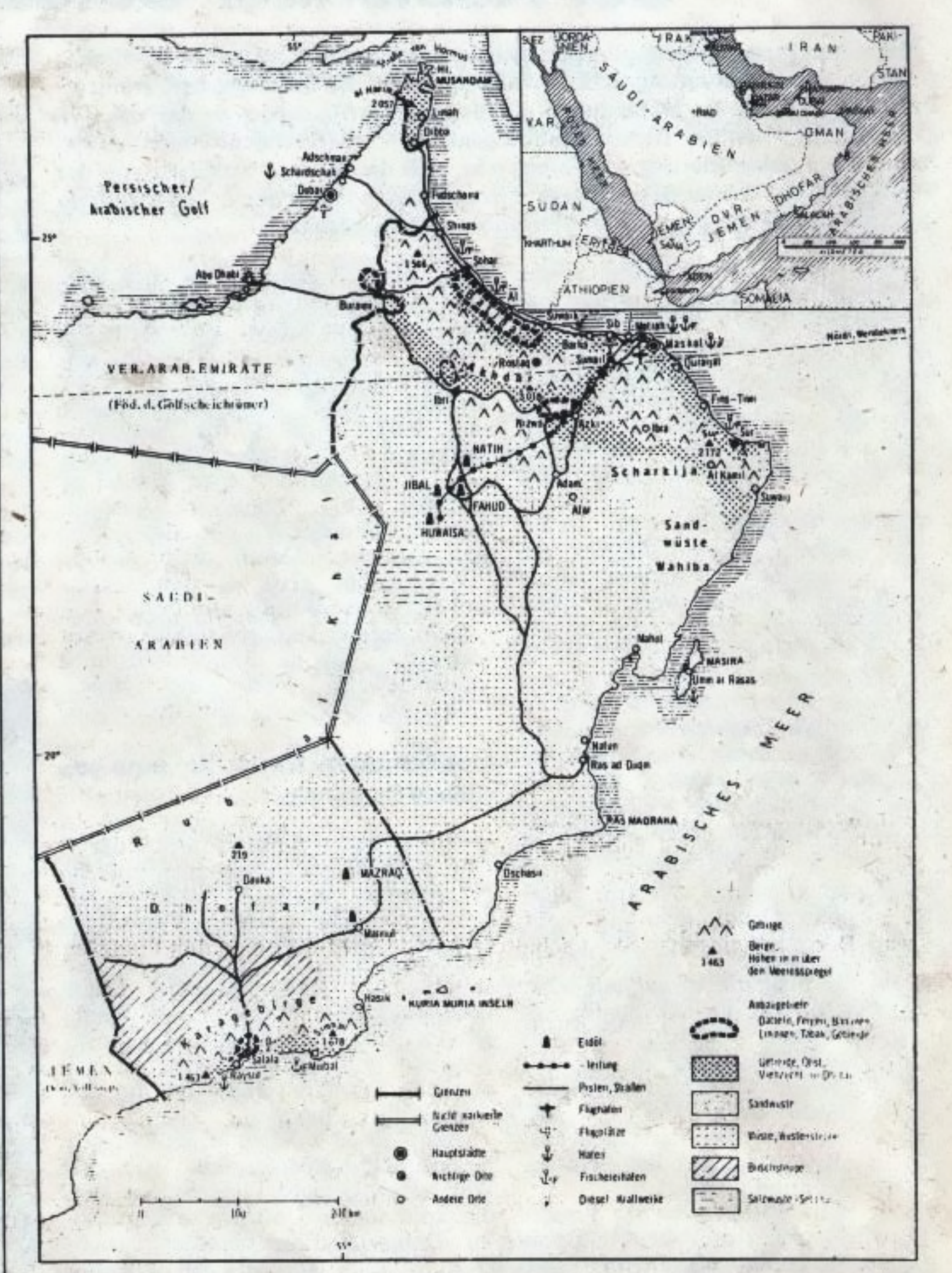
Jedes imperialistische Land spielt seine vorgezeichnete Rolle in diesem Plan. Die westdeutschen Monopole beliefern die iranische Invasionsarmee mit den neuesten Waffen, andere westdeutsche Monopole wie STRABAG und Gelsenberg beteiligen sich an der Ausbeutung des omanischen Reichtums und erfüllen damit ihren Teil an dem militärischen und politischen Plan zur Unterdrückung der omanischen Revolution.

Demgegenüber haben die Volksmassen, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte und alle ehrlichen Menschen in jedem Land eine wichtige Aufgabe: die Einmischung ihrer Regierungen und der Monopole ihres Landes in Oman gegen das Volk und gegen seine Revolution zu entlarven und sich dieser Einmischung zu widersetzen.

Tatsächlich hat der Kampf des omanischen Volkes Unterstützung und Hilfe in vielen Ländern und durch mehrere fortschrittliche und demokratische Organisationen und alle ehrlichen Kräfte gefunden. Hier wollen wir besonders die unverändert feste Haltung hervorheben, die die Demokratische Volksrepublik Jemen unter Führung ihrer politischen Organisation bei der Unterstützung der omanischen Revolution einnimmt, und daß sie die Opfer und Verpflichtungen, die als Auswirkungen der ständigen Aggressionen entstehen, voll trägt.

Wir wenden uns mit diesem Aufruf an das deutscheVolk und an seine demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, die auf der Seite der Freiheit, des Fortschritts und der Interessen aller Völker gegen Ausbeutung und Diskriminierung stehen. Wir fordern sie auf, sich auf die Seite des omanischen Volkes in seinem Kampf und in seiner Revolution unter der Führung der Volksfront für die Befreiung Omans zu stellen und sich aktiv an der Solidaritätskampagne, die im November in der gesamten Bundesrepublik stattfindet, zu beteiligen.

**9. Oktober 1975, Informationskomitee der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO)**




Oman liegt im Südosten der Arabischen Halbinsel. Es grenzt im Südwesten an die Volksdemokratische Republik Jemen (VDRJ), im Westen an Saudi-Arabien und im Nordwesten an die Vereinigten Arabischen Emirate. Im Osten wird das Land begrenzt durch das Arabische Meer, im Norden durch den Arabischen Golf. Oman wird praktisch in zwei Hälften geteilt durch die Jadat-el-Harasi Wüste, die sich über 650 Quadratkilometer ungefähr in der Mitte des Sultanats erstreckt. Im Nordosten des Landes liegt die fruchtbare Bathina-Ebene, die sich von der Küste bis zum Fuß der teilweise 3 000 Meter hohen Hochebene des Grünen Berges (Jebel Akhdar) erstreckt.
Im Südwesten Omans, in der Provinz Dhofar, erstreckt sich an der 320 Kilometer langen Küste ein Gebirge, das teilweise eine Höhe von 1 500 Metern erreicht. Es wird unterbrochen durch einige Küstenebenen, von denen die der Provinzhauptstadt Salalah die bedeutendste ist, da dort am meisten Menschen leben. Bevor die Berge nach Westen in die Wüste übergehen, befindet sich ein zirka 65 Kilometer breiter Gürtel mit Vegetation, die Regenzeit bringt dort alles zum Grünen und Blühen und schafft tropischen Wald. An der Küste leben die Menschen von Fischfang, Landwirtschaft und Handel, in den Bergen von spärlichem Ackerbau und Aufzucht von Vieh (Rinder, Kamele, Ziegen).

**Einwohnerzahl:** *Genaue Zahlen liegen nicht vor, Schätzungen liegen zwischen 500 000 und 1,5 Millionen Menschen. In der Provinz Dhofar leben 250 000 Menschen.*

**Ausdehnung:** *Oman hat eine Fläche von 300 000 qkm, davon beträgt der anbaufähige Boden jedoch 370,3 qkm, also 1,2 Prozent.*

**Wirtschaft:** *65 bis 80 Prozent der Einwohner leben von der Landwirtschaft. Dennoch läßt der Sultan große Ländereien durch ausländische Monopole ausbeuten.*

**Sterblichkeit:** 1970 betrug die Säuglingssterblichkeit 75 Prozent, das heißt von 100 Neugeborenen starben 75!

## Rundreise einer PFLO-Delegation

**Aktionsbündnis zur Durchführung der Rundreise / Sammlung für den Wiederaufbau einer Schule**

***Folgende Organisationen haben sich auf Grundlage des Aufrufs der PFLO zusammengeschlossen zur Durchführung einer Solidaritätsaktion mit dem Höhepunkt einer Rundreise einer PFLO-Delegation in der BRD und in Westberlin vom 15. November an:***

Nahost- und Palästinakomitees in Bonn, Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Freiburg, Göttingen, Kiel, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Kiel, Münster, Westberlin, Frankfurt
Generalunion arabischer Studenten (GUAS)
Arabische Studentenvereinigung Westberlin
Conföderation Iranischer Studenten – Nationale Union (CISNU)

***Schwerpunkt der Solidaritätsaktion ist eine Sammlung für den Wiederaufbau einer zerstörten Schule in den befreiten Gebieten:***

Das hundertprozentige Analphabetentum in den Dörfern Omans wurde bewußt vom Sultan und den britischen Kolonialisten aufrechterhalten. Durch die Erhaltung der Rückständigkeit und Unwissenheit wollten sie verhindern, daß das Volk seine Zukunft selber in die Hand nimmt.

Die revolutionäre Erziehung spielt deshalb im Kampf gegen feudale und imperialistische Unterdrückung eine wichtige Rolle. Am 1. April 1970 wurde von der Befreiungsfront die erste Volksschule in den befreiten Gebieten errichtet, inzwischen erweitert, neue kamen hinzu. Bei der seit 1973 organisierten Offensive der Imperialisten richten diese ihre Wut deshalb auch gegen diese Schulen, durch Bomben wurden sie alle wiederholt zerstört und wiederaufgebaut. Eine Schülergruppe, die Teil der die Rundreise in der BRD durchführenden Delegation ist, wird darüber berichten und Lieder aus dem Befreiungskampf vortragen.

**Alle demokratischen und fortschrittlichen Menschen und Organisationen sind aufgerufen, die Aktion, die Veranstaltungen der Rundreise und das Sammelprojekt zu unterstützen. Geldspenden auf Konto:**

**"Humanitäre Hilfe Dhofar"**
**Bankf für Gemeinwirtschaft**
**Westberlin**
**Kto.Nr. 10047005**

**Kontaktadresse für den Koordinationsausschuß der Aktionseinheit: Günter Buschmann, 7800 Freiburg, Wannerstr. 1, Tel. 0761/274262 (18–20 Uhr)**

Hier können auch DIA-Sätze ausgeliehen, ein Informationsblatt und Plakat bezogen werden.

# Portugal: Truppen gegen Landbesetzung

**Alarmbereitschaft der Truppen in der vergangenen Woche war Mobilmachungsübung**

Die gewaltsame Intervention von Einheiten eines Kavallerieregiments bei einer sogenannten "wilden" Besetzung der Ländereien eines reichen Großgrundbesitzers am letzten Samstag in ist mehrerer Hinsicht bedeutsam. Es wird hier zum ersten Mal mit Truppen gegen eine Besetzung vorgegangen, die – wie offiziell verlautet – gemäß dem Agrarreformgesetz nicht vorgesehen sei.

Weiter hat hier das COPCON zum ersten Mal Verhaftungen nach dem neuen Waffengesetz vorgenommen. Es wurden mehrere Waffen bei den Arbeitern gefunden, und es wird nun gegen mindestens fünf Leute Prozesse geben.

Schließlich: Bei der Besetzung und der anschließenden militärischen Aktion wurden zwei Ausländer, darunter ein deutscher Arzt, festgenommen, worauf die reaktionären Zeitungen gleich eine Gerüchtewelle lancierten, daß hier Ausländer die Drahtzieher seien. Der Fremdenhaß wird geschürt, um dem Bewußtsein des portugiesischen Volkes, daß sein Kampf internationale Solidarität hat, entgegenzuwirken.

Die ausländischen Kapitalisten haben dergleichen nicht zu befürchten: Neulich intervenierte das Foreign Office in London in Lissabon, weil ein reicher englischer Grundbesitzer von einer Landbesetzung betroffen war. Der portugiesische Staat schaltete sich ein und gewährte ihm Schutz, wofür die englische Regierung sich erkenntlich zeigt: 30 Tonnen hochmodernen Kriegsmaterials für Bürgerkriegszwecke wurden neulich aus England in Lissabon angelandet und der Interventionstruppe AMI übergeben.

## Die Kapitalisten wittern Morgenluft

Das Kavallerieregiment Santares, das die Aktion gegen die Landbesetzung durchführte, ist eines der bestausgerüsteten Regimenter der Zone außerhalb von Lissabon, und von ihm sagen die reaktionären Zeitungen, daß es ein vorbildliches Regiment sei,
daß es ein vorbildliches Regiment sei,
weil Befehle sofort ausgeführt würden und nicht erst eine Soldatenversammlung dazu einberufen würde.

Die scharfe Klassenkonfrontation der letzten Zeit bleibt nicht auf die Zentren Lissabon und Porto beschränkt. Sie ergreift das Land und die kleinen und mittleren Städte. Hier ist bemerkenswert der Sturm der Empörung, der in der vorigen Woche durch die Absetzung dreier fortschrittlicher Zivilgouverneure, die Mitglieder der MDP/CDE sind, in kleineren Städten der südlichen Region hervorgerufen wurde. Diese Zivilgouverneure wurden durch PPD- und PS-Mitglieder ersetzt. Der bürgerliche Staat strafft seine Reihen. In Saro riefen Arbeiterkommissionen, unterstützt von MDP und PCP, zu einer Protestdemonstration gegen den neuen PS-Gouverneur auf, in deren Verlauf es zu einer "symbolischen" Besetzung des Verwaltungsgebäudes kam, das später von PPD-, PS- und CDS-Gegendemonstranten wieder gestürmt wurde. Auch hier stehen Prozesse gegen über 70 Verhaftete bevor.

Angesichts dieser Maßnahmen des bürgerlichen Staates fangen die Kapitalisten, die noch vor einigen Monaten mit der geschlossenen Faust grüßten und ihre Arbeiter mit "Genossen" anredeten, wieder an, offen reaktionär aufzutreten. In Setubal, wo einige der wenigen fortschrittlichen Lokalzeitungen existierte, hatte der Eigentümer der Zeitung vor, die fortschrittlichen Redakteure zu entlassen. Die Arbeiter beantworteten diesen Versuch ebenso prompt wie entschieden und nahmen die Zeitung selber in die Hand. Die erste von ihnen selbst herausgegebene Nummer des "Setubalense" fand breite Solidarität, die Auflagenhöhe stieg sprunghaft an.

## Gezielte Provokationen

Die Reaktionäre treten nicht nur auf diese Art und Weise hervor. Eine Serie von Bombenattentaten erschütterte in der vorigen Woche das Land. Sie wurden von faschistischen Kommandos durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde durch fortschrittliche Kreise in Spanien bekannt, daß in dem kürzlich zwischen den US-Imperialisten und Spanien abgeschlossenen Vertrag über die US-Stützpunkte auf spanischem Boden ausdrücklich ein Passus enthalten sein soll, der der spanischen Regierung auferlegt, die faschistischen portugiesischen Gruppen der ELP und der NDLP Bewegungsspielraum und jede mögliche Unterstützung zu verschaffen.

Auf die Bombenattentate hin, wovon eins ein Agrarreformzentrum zerstörte, wurden am Freitag alle Truppen des Landes und die Polizeikräfte durch die COPCON-Kommandatur in Alarmbereitschaft versetzt. Das Ganze war nichts weiter als eine Mobilmachungsübung, denn eine bekanntgewordene Maßnahme dieser Art ist natürlich untauglich zur Bekämpfung der Faschisten. Das war auch gar nicht die Absicht.

In Porto nämlich wurden an diesem Tag, dem Freitag, die Truppen auf die Straße geschickt. Begründet wurde das mit der Alarmbereitschaft, gezielt war das gegen eine Versammlung, die an diesem Tag in der ehemals besetzten RASP-Kaserne stattfinden sollte.

Wie in der vorigen KVZ berichtet, hatte General Fabiao den Soldaten in der besetzten Kaserne mehrere Zusagen gemacht, die einen Sieg der Soldaten darstellten. Aber diese Zusagen wurden alle nicht eingehalten; zum Teil, weil sich die Militärführung Nord gegen den Generalstabschef Fabiao stellte, zum Teil, weil dieser Generalstabschef selber ein Hinhaltemanöver durch seine Versprechen im Sinn hatte. Das hat die Wut der Soldaten hervorgerufen, und sie wollten auf einer Generalversammlung am Freitag über weitere Kampfschritte beraten, vor allem über die Verhaftung von vierzig Soldaten-Genossen im Zusammenhang mit der Besetzung, was den deutlichsten Verstoß gegen die Abmachungen mit Fabiao bedeutet.

Die geplante Versammlung wurde zum Teil durch Zwangskasernierung und durch die besagte Mobilmachung verhindert.

Die Mobilmachung in Porto hatte allerdings noch einen anderen Zweck. Denn am Sonntag besuchte Ministerpräsident Azevedo die Stadt. Vor allem PPD und CDS hatten im ganzen Norden für diesen Besuch mobilisiert. Die Stoßrichtung der reaktionären Propaganda zu diesem hohen Besuch bestand darin, gegen die Bevölkerung des Südens zu hetzen, so zu tun, als sei der Kampf der Arbeiter und Landarbeiter im Süden für wirtschaftliches Chaos, für Sabotage der Kapitalisten und den Ruin der Kleinbauern im Norden verantwortlich.

Was in Lissabon nicht möglich ist, ist im Norden mit seiner fast ausschließlich bäuerlichen Struktur noch möglich. Über 200 000 Menschen sammelten sich, um begeistert den Ministerpräsidenten zu begrüßen. Unter den hohen Reaktionären auf der Tribüne wird einem ein ungutes Gefühl beim Blick auf die 200 000 gekommen sein: Mario Soares wird schmerzlich bewußt geworden sein, daß im reaktionären Lager vor allem im Norden nicht seine sozialdemokratische Partei, sondern die PPD und die CDS die Führung innehaben. Es waren nur noch äußerst wenig PS-Sympathisanten zu erkennen, je mehr PPD- und CDS-Sympathisanten auftraten.

Der entscheidende Faktor ist für die Bourgeoisie nicht nur das Heer. In dem Maße, wie sie den Bürgerkrieg will und vorantreibt, muß sie versuchen, die Bauernschaft des Nordens aktiv ins Spiel zu bringen. – **(kkw., Lissabon, 28. Oktober)**



Faschistenüberfall auf ein Büro der PCP

> **Streik in Südafrika**
>
> In der südafrikanischen Stadt Newcastle haben am 6.10. rund 10 000 Arbeiter gestreikt und in der Stadt eine Kundgebung durchgeführt. Sie protestieren, wie die in Mozambique erscheinende Zeitung "Noticias" schreibt, gegen die Erhöhung der Omnibusfahrpreise und andere Verschlechterungen ihrer Lage, die das rassenunterdrückerische Vorster-Regime eingeleitet hat. Bei der Demonstration sind zwei Arbeiter von der Polizei erschossen und zahlreiche andere verwundet worden.

# Die BRD muß die 200 Meilen-Zone Islands anerkennen

**Die Verhandlungen über ein Fischereiabkommen werden unter Anerkennung der isländischen Hoheit über die 200 Meilen–Zone geführt**

**Die Bundesregierung hat das Anlandeverbot für isländischen Fisch aufgehoben und ist zu Verhandlungen über ein Fischereiabkommen auf der Grundlage der Anerkennung der isländischen Fischereihoheit über die 200 Meilen-Zone bereit. Gleichzeitig erwartet sie von der isländischen Regierung "vernünftige Verhandlungsvorschläge". Das ist der Ton eines Imperialisten auf dem Rückzug. Es ist ein Ton, der Stärke vortäuschen soll, um Schwäche zu verbergen.**

Die Anerkennung der isländischen Fischereihoheit über 200 Seemeilen ist in der Tat eine schwere Niederlage des BRD-Imperialismus, die zeigt, wie sich die Verhältnisse in der Welt verändert haben: positiv für die Staaten, die die Unabhängigkeit wollen, und negativ für die Imperialisten, die die Abhängigkeit aufrechterhalten wollen.

**Wo deutsche Fischer fischen**

Fangergebnis der deutschen Fischerei 1974
496 577 Tonnen
davon in %

| Gebiet | % |
|---|---|
| Nordsee | 26 |
| um Island | 14 |
| Barentssee | 12 |
| Norwegische Küste | 9 |
| Labrador | 7 |
| Bäreninsel | 7 |
| Ostsee | 6 |
| übr. Gebiete | 19 |

G 1843

## "Aktionskomitee für die Freiheit der Fischerei und zur Sicherung der Arbeitsplätze"

Als Island am 1. September 1972 seine Fischereihoheit von 12 auf 50 Seemeilen ausdehnte, versuchten die westdeutschen Kapitalisten mit allen Mitteln, die isländische Regierung zur Unterwerfung unter die eigenen imperialistischen Ansprüche zu zwingen. Sie mißachteten die 50 Meilen-Zone und setzten dabei das Leben der Seeleute aufs Spiel; über die Bundesregierung setzten sie den Internationalen Gerichtshof in Den Haag in Bewegung; die ÖTV-Führung köderten sie mit angeblichen gemeinsamen Interessen bei der Erhaltung der Arbeitsplätze in der Fischerei-Industrie und gewannen sie für die Mitarbeit in einem eigens gegen Island gegründeten "Aktionskomitee für die Freiheit der Fischerei und zur Sicherung der Arbeitsplätze", in dem die Fischereikonzerne Jacobs und Pickenpack, die Industrie- und Handelskammer, die DAG und die ÖTV gemeinsam erpresserische Schritte gegen Island planten.

Damals gelang es den westdeutschen Kapitalisten auf diese Weise sogar, die westdeutsche Arbeiterklasse für ihre Interessen einzusetzen: In den westdeutschen Häfen kam es zu "spontanen Arbeitsniederlegungen" gegen die Entladung isländischer Schiffe.

Wo sich Protest gegen die erpresserische Politik der westdeutschen Bourgeoisie erhob, reagierten die bürgerlichen Politiker mit großer Härte. So erklärte der niedersächsische Landwirtschaftsminister Bruns anläßlich eines offenen Briefs von 46 Angehörigen des Instituts für Meereskunde an der Universität Kiel, damit werde *"allen Bemühungen der Bundesrepublik um eine auch für Island tragbare Lösung in unverantwortlicher Weise in den Rücken gefallen"*. Der an den ÖTV-Vorstand gerichtete offene Brief hatte die als "Solidaritätsaktionen" ausgegebenen spontanen Arbeitsniederlegungen kritisiert und festgestellt, "daß derartige Aktionen sich gegen das Recht der isländischen Arbeiter auf gesicherte Existenz richten und damit nicht als Solidaritätsaktionen bezeichnet werden können. Den Besatzungen der deutschen Fischkutter und den Arbeitern der deutschen Fischindustrie wird die Existenz ihrer Arbeitsplätze nicht durch die Notwehrmaßnahmen der isländischen Bevölkerung gefährdet, sondern durch die Kapitalmaßnahmen der in der deutschen Fischerei tätigen wenigen Großkonzerne".

Der Brief war damals von über einem Drittel der Belegschaft des Instituts für Meereskunde unterschrieben worden. Ihnen hielt Minister Bruns entgegen: *"Besonders Meeresforschern sollte bekannt sein, daß seit Alters her die isländischen Fischgründe von der deutschen Hochseefischerei genutzt worden sind."*

## Fischen in isländischen Gewässern – ein "Gewohnheitsrecht"

Heute, keine drei Jahre später, ist dies das einzige Argument, das die Bundesregierung noch hat: Die Fischereiflotten der Imperialisten arbeiten schon immer in diesen Gewässern, und dieses Recht soll entgegen der mächtigen Tendenz der Geschichte für alle Zeiten anerkannt werden.

Die westdeutsche Arbeiterklasse ist allerdings heute nicht mehr bereit, sich für die Verteidigung imperialistischer Interessen in isländischen Gewässern einsetzen zu lassen. Diesmal mußten die Kapitalisten auf ihre Regierung zurückgreifen und das Anlanden von isländischem Fisch behördlich verbieten lassen. Und auch diese Maßnahme konnten sie nicht lange aufrecht erhalten. So reden sie heute nur noch von einem *"bedauerlichen Rechtsbruch"* Islands (CDU/CSU-Wirtschaftssprecher Müller-Hermann) und wollen nicht *"einfach vor die Tür gesetzt werden in Gebieten, wo wir seit Jahrzehnten fischen"* (Bruno Peschau, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Hochseefischereien).

In dieser imperialistischen Position ist sich die westdeutsche Bourgeoisie nicht nur mit den US-Imperialisten einig, sondern auch mit den Vertretern des Sozialimperialismus. Die "Rechte" der Sowjetunion auf uneingeschränkte Fischerei in den von ihr beanspruchten Gebieten sind zwar nicht überall so alt wie die "Rechte" der BRD-Fischereikapitalisten; doch hat die Sowjetunion im letzten Jahrzehnt ihre Fischereiflotte mit Fabrikschiffen und Hochseetrawlern ungeheuer verstärkt und fischt heute in allen Ozeanen. Dabei taucht sie naturgemäß in Gebieten auf, die innerhalb der 200 Seemeilen-Zone verschiedener Länder liegen; denn in diesen küstennahen Gebieten ist der Fischreichtum am größten.

## Das "internationale Recht" der Sozialimperialisten

Auf der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen in Caracas im vergangenen Jahr hat die Sowjetunion deshalb den Standpunkt vertreten (nach Prawda, 2.12.1974): *"Das internationale Recht läßt keine Ausweitung der territorialen Gewässer über 12 Meilen zu. Diese 12 Meilen entsprechen sowohl den berechtigten Bedürfnissen der Küstenstaaten als auch den Forderungen der internationalen Seefahrt. Die Erfindung der 50- und 100-Meilengrenze widerspricht den Interessen der Sicherung des Friedens und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern."*

Die Sowjetunion nimmt das "internationale Recht" zu Hilfe, um von ihren imperialistischen Interessen abzulenken. In einer Welt, die jahrzehntelang von Imperialisten beherrscht worden ist, kann das internationale Recht nichts anderes sein als imperialistisches Recht. Die zur Verabschiedung anstehende Seerechtskonvention der Vereinten Nationen, in der die Imperialisten und die Sozialimperialisten ihre Position nicht durchsetzen werden, wird zeigen, daß die Herrschaft der Imperialisten zu Ende geht und daß die gegen ihre Abhängigkeit kämpfenden Völker neues Recht setzen können.

Obwohl die Sowjetunion in der UNO gegen die 200 Meilen-Zone auftritt, hat sie sich bisher gegenüber der isländischen Regierung jeder Stellungnahme enthalten. Hier spekuliert sie darauf, daß sie aus der wachsenden antiimperialistischen Bewegung im isländischen Volk Nutzen ziehen kann und als Nachfolger des US-Imperialismus in die isländischen Militärstützpunkte der NATO einziehen kann. Tatsache ist, daß die Gewässer zwischen Island und Norwegen in einem Krieg der beiden Supermächte eine äußerst wichtige Rolle spielen werden, und die Rivalität der Supermächte um Island ist deshalb besonders groß.

Die Aussicht, in Island Militärbasen errichten zu können, will sich die Sowjetunion nicht durch unvorsichtige Äußerungen über die 200 Seemeilen-Zone um Island verscherzen. Das würde die Position der isländischen revisionistischen Partei, die der Arm der sowjetischen Interessen in Island ist und die schon einmal an einer Regierung beteiligt war, sehr schwächen; denn das isländische Volk ist sich in der Forderung nach der 200 Seemeilen-Zone einig, und es hat die große Mehrheit aller Staaten auf seiner Seite.

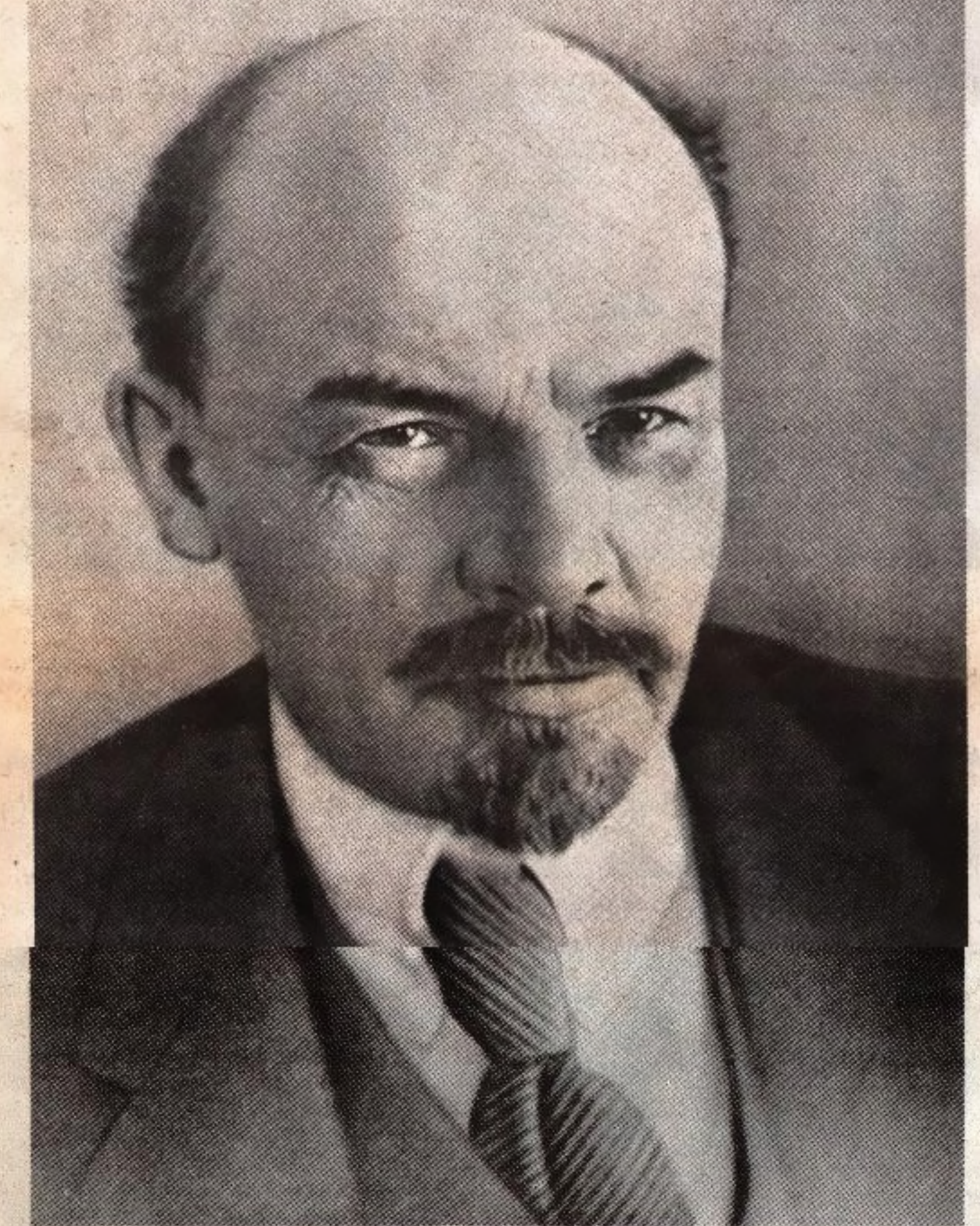
Das isländische Volk hat dem US- und besonders dem BRD-Imperialismus eine große Niederlage bereitet. Es wird auch allen Versuchen des Sozialimperialismus, die Situation zu nutzen, wachsam und entschlossen entgegentreten. – **(at)**

*Lenins Leitung der russischen Revolution*

# Staat und Revolution, Marxismus und Aufstand

**Als am 25. Oktober 1917 die russische Arbeiterklasse im bewaffneten Aufstand die politische Macht eroberte, war dies nur möglich, weil sich die Mehrheit der russischen Arbeiterklasse um die Bolschewiki zusammengeschlossen hatte und die Bolschewiki unter Lenins Führung der Arbeiterklasse einen richtigen Weg gewiesen hatten. Keinen Augenblick hatten die Bolschewiki während des imperialistischen Krieges der kriegführenden Bourgeoisie Zugeständnisse gemacht, den imperialistischen Charakter des Krieges stets schonungslos und beharrlich entlarvt und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die "eigene" Bourgeoisie vorbereitet.**

Diese revolutionäre Linie der Bolschewiki entsprach der marxistischen Untersuchung des Klassencharakters der kriegführenden Kräfte, die für ihre Weltherrschaftspläne die Völker aufeinanderhetzten. Mochte es der imperialistischen Bourgeoisie auf Grund des Verrats der Führer der II. Internationale auch vorübergehend gelingen, die Arbeiterklasse für ihre Ziele aufs Schlachtfeld und gegeneinander zu treiben, unvermeidlich mußte sich im Laufe des Krieges der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat verschärfen, unvermeidlich mußte der imperialistische Krieg die proletarische Revolution hervorbringen. Der Sturz des russischen Zarismus durch die Februarrevolution war der erste Beweis für die



Lenin

Richtigkeit dieser materialistischen Untersuchung und der marxistischen Auffassung des imperialistischen Krieges.

## Der Charakter der Februarrevolution

Genauso wie Lenin den imperialistischen Krieg auf Grund der Untersuchung des Klassencharakters der kriegführenden Kräfte einschätzte und danach die Aufgaben der Arbeiterklasse festlegte, untersuchte Lenin den Klassencharakter der Kräfte, die in der Februarrevolution den Zaren gestürzt hatten, um entsprechend dieser Einschätzung die weiteren revolutionären Aufgaben der Arbeiterklasse festzulegen.

"Wenn die Revolution so rasch und – dem Anschein nach, bei erster oberflächlicher Betrachtung – so radikal gesiegt hat, dann nur deshalb, weil sich dank einer außerordentlich originellen historischen Situation **völlig verschiedene Ströme, völlig ungleichartige** Klasseninteressen, **völlig entgegengesetzte** politische und soziale Bestrebungen **vereinigten**: Einerseits nämlich die Verschwörung der englisch-französischen Imperialisten, die die Miljukow, Gutschkow und Co. dazu drängten, die Macht zu ergreifen, **damit der imperialistische Krieg fortgesetzt werden kann,** damit er noch erbitterter und hartnäckiger fortgeführt wird, **damit neue Millionen** russischer Arbeiter und Bauern **hingeschlachtet werden**, und das . . . , damit die Grutschkow Konstantinopel, die französischen Kapitalisten Syrien, die englischen Kapitalisten Mesopotamien usw. erhalten. Und andererseits eine tiefgehende Bewegung revolutionären Charakters, eine Bewegung des Proletariats und der Volksmassen (der gesamten armen Bevölkerung in Stadt und Land) für **Brot**, für **Frieden**, für **wahre Freiheit.**" (Briefe aus der Ferne, 7. März 1917, Ausgewählte Werke II, S. 30)

Die völlig entgegengesetzten sozialen und politischen Bestrebungen, die Bestrebungen der Bourgeoisie auf der einen und des Proletariats auf der anderen Seite, die sich in der Februarrevolution vereinigt hatten, hatten jedoch von vornherein verschiedene Organe hervorgebracht, zwischen denen in der zweiten Etappe der Revolution die Entscheidung fallen mußte



## Die Doppelherrschaft

"Die höchst bemerkenswerte Eigenart unserer Revolution besteht darin, daß sie eine **Doppelherrschaft** geschaffen hat. ( . . . ) Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der **Bourgeoisie**, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende andere Regierung herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten.

Wie ist diese andere Regierung klassenmäßig zusammengesetzt? Aus dem Proletariat und der (in Soldatenröcke gesteckten) Bauernschaft. Welcherart ist der politische Charakter dieser Regierung? Sie ist eine revolutionäre Diktatur, d. h. eine Macht, die sich unmittelbar auf die revolutionäre Machtergreifung stützt, auf die unmittelbare Initiative der Volksmassen von unten, und **nicht auf ein** von einer zentralisierten Staatsmacht erlassenes **Gesetz.** Sie ist eine Macht von ganz anderer Art als die in der parlamentarischen bürgerlich-demokratischen Republik des bisher allgemein üblichen, in den Ländern Europas und Amerikas herrschenden Typus. Diesen Umstand läßt man außer Acht, denkt oft nicht genug über ihn nach, während das gerade der springende Punkt ist. **Diese** Macht ist eine Macht von **demselben Typus,** wie es die Pariser Kommune von 1871 war." (Über die Doppelherrschaft, Ausgewählte Werke II, S. 45)

War die Situation klassenmäßig durch die Doppelherrschaft gekennzeichnet, durch das Nebeneinander einer bürgerlichen Regierung und einer revolutionären Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte, so war sie politisch dadurch gekennzeichnet, daß in den Sowjets zunächst die Parteien der Klassenversöhnler, der Opportunisten und "Vaterlandsverteidiger" die Mehrheit hatten, die den Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Provisorischer Regierung und Sowjets in einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Mehrheitsparteien der Sowjets lösen wollten und unter Beibehaltung des alten zaristischen, bürgerlich bürokratischen Staatsapparats.

tischen Staatsapparats.

Stützen konnte sich diese versöhnlerische Strömung zunächst auf die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen, die 80 Prozent der Bevölkerung ausmachten, in die Revolution hineingerissen wurden, aber noch keine Klarheit über den unversöhnlichen Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat, von Kapitalismus und Sozialismus hatten.

"Eine weitere, im höchsten Grade wichtige Besonderheit der russischen Revolution ist, daß der Petrograder Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten, der allem Anschein nach das Vertrauen der Mehrheit der örtlichen Sowjets genießt, der Bourgeoisie und **ihrer** Provisorischen Regierung die Staatsmacht **freiwillig** abtritt, daß er ihr freiwillig den Vorrang **läßt,** daß er mit ihr ein Abkommen traf, sie zu unterstützen, daß er sich mit der Rolle eines Beobachters begnügt, eines Kontrolleurs der Einberufung der Konstituierenden Versammlung (deren Einberufungstermin die Provisorische Regierung bis jetzt noch nicht einmal bekanntgegeben hat).

Dieser überaus eigenartige, in dieser Form in der Geschichte noch nie dagewesene Umstand hat **zwei** Diktaturen **miteinander und ineinander verflochten**: die Diktatur der Bourgeoisie (denn die Regierung Lwow und Co. ist eine Diktatur, d. h. eine Staatsmacht, die sich nicht auf das Gesetz und nicht auf den vom Volk kundgetanen Willen stützt, sondern auf die gewaltsame Machtergreifung, wobei die Macht von einer bestimmten Klasse, und zwar von der Bourgeoisie, ergriffen wurde) und die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten).

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sich eine derartige 'Verflechtung' **nicht** lange halten **kann.** Eine **von** ihnen muß verschwinden, und die ganze Bourgeoisie Rußlands ist bereits mit aller Kraft am Werke, die Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten mit allen möglichen Mitteln überall auszuschalten, zu schwächen, zu einem Nichts herabzudrücken und die Alleinherrschaft der Bourgeoisie zu errichten.

Die Doppelherrschaft bringt nur einen **Übergangs**moment in der Entwicklung der Revolution zum Ausdruck, an dem diese zwar über die gewöhnliche bürgerlich-demokratische Revolution hinausgegangen, **aber noch nicht** bis zur 'reinen' Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft **gelangt** ist." (Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, Ausgewählte Werke II, S. 55)

Dementsprechend war die Zeit der Doppelherrschaft eine Periode der heftigen Bewegung unter den Massen und des heftigen Kampfes, in der die Illusionen des Ausgleichs und der Versöhnung zerstoben.



Februarrevolution 1917. Arbeiter und Soldaten kämpfen gemeinsam gegen die zaristische Polizei. Der Beginn des Bündnisses der Arbeiter mit den in Uniform gesteckten Bauern.



l'Humanité
5
JOURNAL SOCIALISTE
LA RÉVOLUTION TRIOMPHE EN RUSSIE

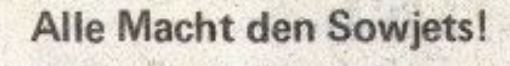
Leipziger Volkszeitung

Revolution in Rußland!

Die Februarrevolution in Rußland wird von der internationalen Arbeiterklasse begrüßt. Trotz Krieg und Zensur geht es um wie ein Lauffeuer: Revolution in Rußland!



Petersburger Arbeiter unter Waffen



## Alle Macht den Sowjets!

In dieser Situation der Doppelherrschaft und der 'Vorherrschaft einer kleinbürgerlichen versöhnlerischen Strömung in den Sowjets konnte die Taktik der Bolschewiki nur darin bestehen, die Übernahme der politischen Macht durch die Sowjets zu propagieren und die Erringung der Mehrheit in den Sowjets anzustreben. Die Taktik der Bolschewiki hat zwischen der Februarrevolution und der Oktoberrevolution entsprechend der Situation einige Änderungen erfah-

**Forts. gegenüberliegende Seite**



Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten



Bürgerkrieg. Ein Rotarmist unterschreibt seine Verpflichtung.

ren, im wesentlichen war sie jedoch durch diese beiden Ziele, Eroberung der politischen Macht durch die Sowjets und Erringung der Mehrheit in den Sowjets durch die Bolschewiki, bestimmt. Was beinhaltete die Losung "Alle Macht den Sowjets!"? Sie beinhaltete die **Zerschlagung** des bürgerlichen Staatsapparates und seine **Ersetzung** durch die Diktatur des Proletariats, eine Staatsgewalt vom Typus der Pariser Kommune.

Wie Marx und Engels hat Lenin jede Frage, die durch die historische Entwicklung des Klassenkampfes und der Revolution aufgeworfen wurde, einer genauen theoretischen Untersuchung unterzogen, wobei er die Lösung nicht in abstrakten und utopischen Überlegungen, sondern in der Untersuchung und Einschätzung der Praxis des Klassenkampfes selber suchte und fand. Weil Marx und Engels bereits so vorgegangen waren, konnte sich Lenin dabei auf ihre Untersuchungen stützen. In seinem Buch "Staat und Revolution", das in der Zeit der Illegalität zwischen Juli und Oktober 1917 geschrieben wurde, hat Lenin die marxistische Auffassung vom Staat erneut herausgearbeitet: gegenüber den Opportunisten, indem er zeigte, daß die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat nicht erobern kann, sondern zerschlagen muß; gegenüber den Anarchisten, indem er zeigte, daß die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach "abschaffen" kann, sondern den bürgerlichen Staatsapparat durch einen Staat vom Typus der Pariser Kommune ersetzen muß, der mit der Aufhebung des Klassengegensatzes absterben wird.

"Alle Macht den Sowjets!" als Losung der Zerschlagung des alten bürokratischen Apparats des bürgerlichen Staates und seine Ersetzung durch die Sowjets als Machtorgane des bewaffneten Volkes, das war gleichzeitig die Losung, unter der die Arbeiterklasse die versöhnlerische, kleinbürgerliche Strömung schlagen und die Bauern um sich zusammenschließen konnte. Von den Bolschewiki erhoben, stand diese Losung für die Forderungen nach Frieden, Brot, Land und Freiheit, alles Forderungen, die die bürgerliche Regierung und der alte bürokratische Apparat weder lösen konnten noch wollten, deren Lösung jedoch auf der Tagesordnung stand und von den Arbeiter- und Bauernmassen verlangt wurde.

## Frieden, Brot, Land und Freiheit

Die aus der Februarrevolution hervorgegangene Regierung hatte sich gerade die Aufgabe gestellt, die Bedingungen für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges zu verbessern. Unter dem Deckmantel der "revolutionären Vaterlandsverteidigung" gelang es der Bourgeoisie, unterstützt durch die Opportunisten und kleinbürgerlichen Demokraten, das Volk in eine neue kriegerische Offensive zu führen. Von vornherein hatten die Bolschewiki gegenüber diesem Neuaufschwung des Chauvinismus festgestellt, daß sich durch die Februarrevolution der Charakter des imperialistischen Krieges nicht verändert hatte:

"In unserer Stellung zum Krieg, der von seiten Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwows und Co. – infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung – unbedingt ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die 'revolutionäre Vaterlandsverteidigung' unzulässig. Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewußte Proletariat seine Zustimmung nur unter folgenden Bedingungen geben: a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals." (Ausgewählte Werke II, S. 39)

Die Bolschewiki führten den Nachweis, "daß es ohne den Sturz des Kapitals **unmöglich** ist, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden." (Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Epoche, Ausgewählte Werke II, S. 40). Das Programm der Bolschewiki war: Veröffentlichung aller imperialistischen Geheimverträge, sofortiges Waffenstillstandsangebot und Angebot an alle Regierungen, einen demokratischen Frieden zu schließen, mit der Absicht, die Völker gegen die imperialistischen Regierungen zu mobilisieren.

Die bürgerliche Regierung war auch nicht nur nicht in der Lage, die Forderungen der Bauern nach Konfiszierung des Gutsbesitzes zu erfüllen, sondern tat alles, einschließlich gewaltsamer Unterdrückung, um die Bauern an einer selbständigen Konfiszierung des Gutsbesitzes zu hindern. Dadurch trieb sie die Bauern in Gegensatz und Aufstand zur Regierung. Die Bolschewiki unterstützten die Forderungen der Bauern nach Nationalisierung des Grund und Bodens und seine Übergabe in die Verantwortung der örtlichen Bauernsowjets. Sie waren auch bereit, die Forderung nach regelmäßiger Umverteilung des Grund und Bodens zu akzeptieren, da sie von den Bauern erhoben wurde. Sie verließen sich darauf, daß nach der Eroberung der politischen Macht die Bauern auf Grund eigener Erfahrung von der Unzweckmäßigkeit dieser Maßregel überzeugt werden könnten.

Die bürgerliche Regierung setzte gegenüber den von den Großrussen unterdrückten Nationen (Finnen, Ukrainer, Armenier usw.) die Unterdrückungspolitik der Zaren fort. Die Bolschewiki vertraten das Recht auf Lostrennung der unterdrückten Nationen, eine Forderung, für deren revolutionäre Berechtigung und Notwendigkeit sie einen langen ideologischen Kampf innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung geführt hatten und die es ihnen jetzt erlaubte, die unterdrückten Nationen in den Kampf gegen den imperialistischen Staat zu führen.

Die bürgerliche Regierung setzte die Politik im Interesse der kriegsgewinnlerischen Bourgeoisie fort, während sich die Lage für die Arbeiterklasse und das Volk ständig verschlechterte und katastrophale Ausmaße annahm. Dagegen setzten die Bolschewiki die Losung der Arbeiterkontrolle, die eine ganze Reihe von Maßnahmen, Enteignung der Banken, Zwangssyndizierung, Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, obligatorischen Beitritt zu Konsumgenossenschaften usw. umfaßte. Alle liefen auf eine strenge Kontrolle der Produktion und Verteilung durch die Arbeiter und die Sowjets hinaus.

## Die Losung zum Aufstand

Mit Hilfe dieses Programms und auf Grund der Tatsache, daß die bürgerliche Regierung durch ihre Taten den Massen die Vertrauensseligkeit selbst ausgetrieben hatte, die sie zunächst an versöhnlerische Konzepte hatte glauben lassen, gewannen die Bolschewiki ab Juli 1917 zunehmend Boden in den Sowjets und in Moskau und Petersburg zusammen mit den linken Sozialrevolutionären die absolute Mehrheit. Hatte Lenin im März und April noch kurzfristig an die Möglichkeit gedacht, daß die Sowjets auf Grund der besonderen Bedingungen (bewaffnete Volksmassen) die politische Macht auf friedlichem Weg erringen könnten, so hatte die Entwicklung bis zum September, als die Bolschewiki bereits die Mehrheit der Arbeiter und Bauern in den Sowjets um sich zusammenschließen konnten, eine solche Möglichkeit längst ausgeschlossen. Lenin arbeitete heraus, daß die Losung "Alle Macht den Sowjets!" zur Losung des Aufstandes geworden war. Längst ging die Bourgeoisie direkt darauf aus, den Sowjets den Garaus zu machen und die Situation der Doppelherrschaft in ihrem Sinne zu beenden. Ein Versuch war bereits gescheitert, der nächste war im Gange. Die Massen aber erkannten, daß sie ihre Forderungen nur durch eine weitere Revolution verwirklichen konnten. Dennoch gab es im ZK der Bolschewiki selber Leute, die gegen den Aufstand waren, wie es überhaupt größter Anstrengungen Lenins bedurfte, um die Partei rechtzeitig auf den Aufstand auszurichten:

"Anscheinend haben viele führende Funktionäre unserer Partei die **besondere** Bedeutung jener Losung nicht erkannt, die wir alle anerkannt und endlos wiederholt haben. Das ist die Losung: Alle Macht den Sowjets. Es hat Perioden, es hat Augenblicke in dem halben Jahr gegeben, wo diese Losung **nicht** Aufstand bedeutete. Vielleicht haben diese Perioden und diese Augenblicke einen Teil der Genossen geblendet und vergessen lassen, daß diese Losung jetzt auch für uns, zum mindesten seit Mitte September, **gleichbedeutend ist mit dem Aufruf zum Aufstand.**

In dieser Hinsicht kann auch nicht der geringste Zweifel bestehen. Das 'Delo Naroda' hat dies unlängst auf 'populäre' Art erläutert, als es schrieb: 'Kerenski wird sich auf keinen Fall unterwerfen!' Natürlich nicht!" (Brief an die Genossen Bolschewiki, Ausgewählte Werke II, S. 498f.)

„In einem halben Jahr Revolution waren die Bedingungen herangereift, um die Doppelherrschaft zugunsten der Arbeiter und Bauern zu beenden, und sie konnte nur beendet werden durch den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung.

"Hinter uns ist die Mehrheit der **Klasse**, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes, die fähig ist, die Massen mitzureißen.

Hinter uns ist die **Mehrheit** des Volkes, denn der Rücktritt Tschrnows (eines Sozialrevolutionärs in der Koalitionsregierung) ist das zwar bei weitem nicht einzige, aber sichtbarste Zeichen dafür, daß die Bauernschaft vom Block der Sozialrevolutionäre (und von den Sozialrevolutionären selber) **den Boden nicht bekommen wird.** Das aber ist der Kernpunkt, der der Revolution den Charakter einer allgemeinen Volksrevolution verleiht."

Und darum muß es für Marxisten gehen, wenn sie den Aufstand vorbereiten und durchführen: gestützt auf den revolutionären Aufschwung des Volkes der allgemeinen Volksrevolution den Durchbruch zu schaffen und die Entfaltung zu sichern. Der bewaffnete Aufstand und die Volksrevolution sind kein Gegensatz. Das beweist die Große Oktoberrevolution: Nach der Machtergreifung in Petersburg am 25. Oktober 1917 und nachdem der Aufstand auch in Moskau zu einem Erfolg geführt hatte, dehnte sich die Machtergreifung durch die Sowjets rasch im ganzen Land aus. Sowjetrußland aber war in der Lage, die Konterrevolution im Bürgerkrieg zu schlagen und die Intervention und Einkreisung durch die Imperialisten zu brechen. Dies war möglich, weil die Sowjetmacht alle Ziele, für die sie von den Massen angestrebt worden war, sofort in die Tat umzusetzen begann: Durch die Sowjetmacht, die Macht des bewaffneten Volks unter Führung der Arbeiterklasse, wurde sofort der Boden nationalisiert. Die Sowjetmacht wandte sich sofort an die kriegführenden Regierungen mit einem Friedensangebot, die unterdrückten Nationen erhielten Garantien ihrer Freiheit. Die Sowjetmacht begann, die Arbeiterkontrolle zu organisieren. All dies waren unmittelbare Schritte hin zum Sozialismus. Sie machten die Sowjetmacht unbesiegbar. – **(js)**

Kommunistische Partei (Bolschewiki) in der Ukraine.

**Friedensantrag**

**der Arbeiter und Bauern der Ukraine an die Soldaten der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee.**

**An die Soldaten der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee!**

Wir, Arbeiter und Bauern der Ukraine, bieten euch, Soldaten de[r] deutschen und österreichisch-ungarischen Armee, den Frieden an. Wir schlagen die Beendigung des Krieges unter folgenden Bedingungen vor:

1. Stellt die Beschützung unserer Großgrundbesitzer ein.
2. Seid nicht behilflich darin, daß der Boden samt dem lebenden und toten Wirtschaftsinventar, das uns unter der Sowjetmacht zugefallen war, zurück in die Hände der früheren Usurpatoren gelangt.
3. Verteidigt die Fabrikanten und Bankiers nicht länger.
4. Zwingt nicht mit bewaffneter Hand die Arbeiter, daß sie den Willen der Kapitalisten tun sollen; raubt nicht für die besitzenden Klassen von den Arbeitern die Fabriken und Banken.
5. Entwaffnet nicht die Arbeiter und Bauern.
6. Nehmet nicht das Brot den Bauern gewaltsam weg.
7. Gebt euch zu keiner schmachvollen Büttelrolle her; werdet nicht zu Stützen der Regierung Hetmans, der Regierung der Generäle, Großgrundbesitzer und Ausbeuter der Arbeiter.
8. Unterstützt nicht die Feinde der Arbeiter und Bauern gegen unseren bewaffneten Aufstand.
9. Hindert uns nicht, daß wir in der Ukraine die Macht der Arbeiter und Bauern in der Form der Arbeiter-, Taglöhner- und Bauern-Sowjets wieder einsetzen.

Aufruf der Kommunistischen Partei(B) der Ukraine. Anfang 1918

Aufruf der KP (Bolschewiki) in der Ukraine an deutsche Soldaten. Anfang 1918



Ein Bauer verliest die Verordnung der Sowjetmacht, daß nur denjenigen das Recht auf Nutzung des Bodens zuerkannt wird, die ihn selbst bearbeiten.

## *Amerikanisch-sowjetisches Getreideabkommen:*

# Sowjetunion - eine Supermacht mit leerem Magen

Am 20. Oktober gaben die USA den Abschluß eines amerikanisch-sowjetischen Getreideabkommens bekannt. In der Sowjetunion ist nach Aussage westlicher Korrespondenten weder über die sechswöchigen Verhandlungen noch über das Abkommen selber in der Presse berichtet worden. Das Sowjetvolk kann seine Existenz und seinen Inhalt nur aus ausländischen Rundfunksendungen erfahren. Durch das Abkommen verpflichtet sich die Sowjetunion, jährlich 6 Millionen Tonnen Getreide in den USA zu kaufen. In Jahren mit normaler Ernte in den USA ist die Sowjetunion berechtigt, bis zu 8 Millionen Tonnen Getreide in den USA zu kaufen. In Jahren schlechter Ernte können die USA die Lieferungen reduzieren, d.h. wenn Ernte und Reserven unter 225 Millionen Tonnen liegen. Das Getreide wird zu Marktpreisen gehandelt, darf nicht an dritte Länder weitergeliefert werden, und Getreide über die jährlichen 6 Millionen Tonnen hinaus darf nur gegen Vorankündigung gekauft werden. Die Verpflichtung, jedes Jahr 6 Millionen Tonnen Getreide abzunehmen, wird die Sowjetunion jährlich etwa eine Milliarde Dollar kosten. Parallele Verhandlungen über Erdöllieferungen der Sowjetunion an die USA sind noch nicht abgeschlossen worden. Die USA bestehen auf einem Preisnachlaß von 15 Prozent gegenüber den OPEC-Ländern. Dazu konnte sich die Sowjetunion bisher noch nicht bereit finden.

### Vorgeschichte des Abkommens

Im Juli dieses Jahres kaufte die Sowjetunion innerhalb weniger Tage 9,8 Millionen Tonnen Getreide in den USA auf. Gleichzeitig orderte sie über 2 Millionen Tonnen in Kanada und über 1 Million in Australien. Noch zu Beginn dieses Jahres hatte die Sowjetunion bestehende Orders über 200 000 Tonnen Getreide aus den USA rückgängig gemacht. Durch die großen und blitzartigen Getreidekäufe im Juli wurde in den USA sofort die Erinnerung wach an die sowjetischen Getreidekäufe nach der Mißernte von 1972 und ihre Folgen für den US-Getreidemarkt und den Getreideweltmarkt. Die "Neue Zürcher Zeitung" schrieb dazu am 12. Juli:

*"Schon 1972 hatte die Sowjetunion in den als 'großer Getreideraub' in die Geschichte eingehenden geheimen Käufen 19 Millionen Tonnen Getreide in den Vereinigten Staaten bezogen. Jenes Ereignis hatte nicht nur eine markante Inflation bei den Nahrungsmitteln ausgelöst, sondern letzten Endes zu* **Schutzvorkehrungen** *geführt, die ähnliche Überraschungen verhindern sollen. So haben die Exporteure Ausfuhrkontrakte von über 100 000 Tonnen innerhalb von 24 Stunden dem Landwirtschaftsministerium zu melden."*

Auf Grund dieser Vorkehrungen wurde sowohl die amerikanische Regierung als auch die amerikanische Öffentlichkeit durch die diesjährigen sowjetischen Getreidekäufe frühzeitig alarmiert, zumal bereits zu diesem Zeitpunkt feststand, daß in der Sowjetunion eine große Mißernte bevorstand. Verbraucherorganisationen und die amerikanischen Gewerkschaften liefen Sturm gegen die sowjetischen Getreidekäufe. Die Hafenarbeitergewerkschaft beschloß einen Boykott der Verladung der bereits gekauften 9,8 Millionen Tonnen. Unter dem Druck dieser Proteste beschloß die US-Regierung ein kurzfristiges Embargo für Getreidekäufe in die Sowjetunion und leitete Anfang September Verhandlungen mit der Sowjetunion ein, um ein längerfristiges Getreideabkommen zustandezubringen.

### "Sieg für die USA"

Übereinstimmend wird das amerikanisch-sowjetische Getreideabkommen von den USA und den bürgerlichen Zeitungen der westlichen Länder als Erfolg der USA gewertet. Mit Abschluß des Abkommens haben die USA das Getreideembargo gegen die Sowjetunion aufgehoben. Die Gewerkschaften haben ihre Boykottaktion abgebrochen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt:

*"Dieses beispiellose, nach mehr als vierwöchiger Verhandlungszeit in Moskau abgeschlossene Vertragswerk bringt für die Vereinigten Staaten – wie Präsident Ford meint – folgende Vorteile: 1. die langfristige Stabilisierung der landwirtschaftlichen Exportmärkte und die Stabilisierung der Agrarpreise; 2. die Stabilisierung der Deviseneinnahmen (im Jahr eine Milliarde Dollar); 3. unbeschränkte Produktionsmöglichkeiten und Zusicherung der Absatzmärkte für die amerikanischen Landwirte; 4. zusätzliche Aufträge und Arbeitsplätze für die amerikanische Industrie; 5. Sicherung der Arbeitsplätze und Beschäftigung für die amerikanische Handelsmarine, da ein Drittel der Fracht auf amerikanischen Schiffen transportiert werden muß."* (22. Oktober) Den USA ist gegenüber der Sowjetunion gelungen, wofür die Länder der Dritten Welt bisher vergebens gegenüber den imperialistischen Ländern kämpfen: ein langfristiges Rohstoffabkommen.

*"Mit dem Abschluß des fünfjährigen amerikanisch-sowjetischen Lieferabkommens für Getreide"*, schreibt die "Neue Zürcher Zeitung" vom 22. Oktober, *"haben sowohl die Regierung Ford als auch die Gewerkschaften einen Sieg errungen: Die* **Administration** *konnte endlich ihr Vorhaben verwirklichen, die Sowjetunion auf eine* **langfristige Kaufstrategie** *festzunageln und somit die gefährlichen Überraschungseffekte der sowjetischen Getreideimportpolitik für den amerikanischen Markt auszuschalten, und der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL/CIO, auf dessen Betreiben hin die Regierung die aktiven Verhandlungen anfangs September aufgenommen hatte, kann sich zugute halten, die amerikanischen Verbraucher und deren Geldbeutel vor neuen sowjetischen Raubzügen 'a la 1972' zukünftig zu bewahren. Die Gewerkschaften verbuchen weiterhin auf ihr Konto, daß sie die Regierung mit Hilfe des* **Streiks der Hafenarbeiter** *zur Beweisführung gezwungen haben, daß die Entspannungspolitik keine nur der Sowjetunion Vorteile bringende Einbahnstraße ist."* Man sieht, wie es bei dieser Entspannungspolitik zugeht: wie zwischen Räuber und Gendarm.

### Eingeständnis des Bankrotts der revisionistischen Landwirtschaftspolitik

Solange die Sowjetunion auf dem Weg zum Sozialismus gewesen ist, war sie ein bedeutender Getreideexporteur. Auch die bürgerliche Presse muß, trotz der obligatorischen Verleumdungen der Sowjetunion unter Führung Stalins, eingestehen: *"Bedenkt man, daß Rußland zur Zarenzeit – und teilweise auch unter Stalin, allerdings verbunden mit schweren Opfern der Bevölkerung – als bedeutender* **Getreideexporteur** *auftrat, so lassen sich die Schwierigkeiten der letzten Jahre kaum mehr durch witterungsmäßige Zufälligkeiten erklären."* (Neue Zürcher Zeitung, 22. Oktober) Das ist wahr. In den chronischen Mißernten der Sowjetunion seit 1963, die die Sowjetunion immer wieder und im wachsenden Umfang als Käufer auf den Getreideweltmarkt trieben, kommt keine klimatische, sondern eine historische Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck: daß die Machtergreifung des Revisionismus ein Elend für das Volk und ein Unglück für das Land bedeutet. Unter der Herrschaft der neuen, staatsmonopolistischen Bourgeoisie, die zunächst unter Chruschtschows Führung in der Sowjetunion die Macht ergriff und sie heute unter Breschnews Führung innehat, haben sich die sowjetischen staatlichen (Sowchosen) und kollektiven (Kolchosen) Landwirtschaftsbetriebe ihrem Wesen nach in ein kapitalistisches Sumpfgebiet verwandelt. Die sowjetische Landwirtschaft ist in einem harten Klassenkampf gegen die halbfeudalen Gutsbesitzer und gegen die Kulaken (Großbauern) aufgebaut worden. Durch den Klassenkampf, nämlich durch die Machtergreifung der staatsmonopolistischen Bourgeoisie, ist sie zerstört worden. Heute ist sie eine kapitalistische Landwirtschaft, die sich von der Landwirtschaft in den USA nur durch das Entwicklungsstadium der Produktivkräfte und einige daraus begründete historische Bedingungen und Widersprüche unterscheidet.

In den Kolchosen und Sowchosen führt der Vorsitzende das Szepter, wie es nur ein kapitalistischer Eigentümer kann. Nicht die Ökonomie der Zeit von selbstbewußten und geschulten Produzenten wird angewandt, um die gesellschaftlichen Bedürfnisse immer besser zu erfüllen, sondern wie in der gesamten sowjetischen Wirtschaft bestimmt heute der Profit die sowjetische Landwirtschaft. 1965 hat Breschnew verkündet, daß *"das Niveau der Rentabilität zur Basis für die objektive Beurteilung der Betriebsführung der Kolchose und der Staatsgüter werden soll"* (Plenartagung des ZK der KPdSU, März 1965, die gepriesen wird als eine Sitzung, die *"die prinzipielle Basis der Politik der KPdSU für die Landwirtschaft der gegenwärtigen Etappe ausarbeitete"*.). Wurden die Kolchosen und Sowchosen durch die neue Bourgeoisie in Kapital verwandelt, so ihre Vorsitzenden in Kapitalagenten: Sie sind berechtigt, über den Reichtum und die Geldmittel der Kolchosen zu verfügen, Produktionspläne auszuarbeiten, frei mit landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Produktionsmitteln zu handeln und Agrar- und Viehprodukte ohne Beschränkung zu verkaufen. Sie können Boden der Kolchosen verpachten, die Arbeitslöhne und Prämien der Kolchosemitglieder festlegen und sie mit administrativen und wirtschaftlichen Mitteln bestrafen. (Nach dem "Musterstatut der Kolchose" und den "Leitsätzen für die innere Ordnung in den Kolchosen", vgl. Peking Rundschau Nr. 36/1975) Die Machtergreifung der neuen Bourgeoisie hat für die sowjetische Landwirtschaft das Wiederauftauchen aller möglichen kapitalistischen Erscheinungen bedeutet: Der Widerspruch zwischen Stadt und Land und zwischen Arbeitern und Bauern wird nicht verringert, sondern verstärkt sich erneut. So ist es kein Wunder, daß eine kapitalistische Erscheinung wie die Landflucht ständig zunimmt: Der Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" meldet im Oktober aus Moskau: *"In der sowjetischen Presse wird mit Besorgnis auf eine rapid zunehmende Landflucht in großen Teilen der Sowjetunion, vornehmlich im Norden und Westen des Landes sowie in Kasachstan, hingewiesen. Während die Landbevölkerung zwischen 1959 und 1970 um 2,9 Prozent abgenommen hat, erhöhte sich die Abnahme in den letzten vier Jahren auf 4,2 Prozent. Allein 1973 haben laut der Monatsschrift 'Journalist' 3,6 Millionen Menschen die ländlichen Gebiete verlassen."* "**Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen** *sind laut 'Journalist' die Ursache von 50 Prozent der Abwanderungen."* Besonders wandern junge Leute ab, wobei die Landbevölkerung sowieso schon im Durchschnitt älter ist als die Stadtbevölkerung. Offensichtlich wandern auch gerade die Arbeitskräfte ab, die für die Mechanisierung der Landwirtschaft ausgebildet wurden und entscheidend sind, die "Mechanisatoren", d.h. das Personal der Landmaschinen. Nach einer sowjetischen Tabelle sind zwischen 1970 bis 1973 rund 2 Millionen Schlepper- und Vollerntefahrer neu ausgebildet worden – fast ebensoviele wie 1970 vorhanden waren. Die Zahl von Mechanisatoren ist aber am 1. April 1974 mit 2,6 Millionen nur ganz geringfügig höher gewesen als 1970. *"Offenbar sind also fast ebenso viele wieder abgewandert wie neu ausgebildet wurden."* (Die Zeit, 5. September)

Wandern die Jugendlichen und die bestausgebildeten landwirtschaftlichen Arbeiter in die Stadt ab, so flüchten sich die verbleibenden Kolchosemitglieder und Sowchosearbeiter zunehmend aus der kapitalistischen Ausbeutung in die Existenz eines kleinen Privatproduzenten. Auf dem Grund und Boden, der in privater Verfügung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist, werden nach offiziellen sowjetischen Angaben heute bereits 12 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion geleistet, also unverhältnismäßig viel. Nach westlichen Schätzungen sollen es sogar 25 Prozent sein. (Neue Zürcher Zeitung laut Peking Rundschau Nr. 36/1975) Der Effekt ist, daß die Produktion der Kolchosen schlecht ist, trotz allen Zwangs und aller Appelle der revisionistischen Häuptlinge. So wird z.B. in einem Beschluß des Obersten Sowjet vom 17. Juli festgestellt: *"In einer Reihe von Betrieben wurden keine Fruchtfolgen eingeführt und keine natürlichen oder Mineraldünger den Kulturen zugeführt, die auf Bewässerungsland gezüchtet werden. Auf bedeutenden Flächen werden die Saaten nicht oder nicht rechtzeitig gewässert, so daß der Ernteertrag sehr niedrig bleibt."* (Zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 26. Juli)

Die Revisionisten haben seit ihrer Machtergreifung die sozialistische Landwirtschaft der Sowjetunion heruntergewirtschaftet. Vor der besonders harten Ausbeutung auf dem Lande ergreift die Bevölkerung die Flucht in die Stadt oder konzentriert sich auf die Privatproduktion. Die Kolchosen und Sowchosen sind längst zu kapitalistischen Betrieben geworden, wenn auch zu besonders unproduktiven kapitalistischen Betrieben.

Mit großen Versprechen waren die Revisionisten angetreten. Chruschtschow hatte in dem Revisionistenkatechismus von 1960 ("Programm der KPdSU") Ernten von 300 Millionen Getreide versprochen. 1968 aber gab es eine Mißernte mit nur 168 Millionen Tonnen. Für 1975 hatten sich die Revisionisten 215 Millionen Tonnen vorgenommen. Herauskommen werden bestenfalls 170 Millionen Tonnen und nach neuesten Schätzungen der anderen, schadenfrohen Supermacht sogar noch wesentlich weniger, nämlich 160 Millionen Tonnen, also fast 25 Prozent weniger als geplant. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober) Mit der sozialistischen Landwirtschaft haben die Revisionisten die Grundlage der Ernährung des sowjetischen Volkes zerstört. Damit sie nicht gestürzt werden, müssen sie sich klammheimlich als Großeinkäufer auf den Weltmarkt begeben. Durch das amerikanisch-sowjetische Getreideabkommen ist ihnen auch das verleidet worden. Sie müssen jetzt offen als regelmäßiger Käufer auftreten. Die ganze Welt kennt ihr Versagen, aber dem eigenen Volk wollen sie es verheimlichen. Aber das hat ja das Elend direkt vor Augen.

### Nur eine Runde in dem Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft

Mit ihrer Politik "Kanonen statt Butter" sind die Sozialimperialisten in der Agrarwirtschaft in die Sackgasse geraten und müssen sich das Brot bei der anderen Supermacht kaufen. Die hat ihnen jetzt die Bedingungen diktiert. Was soll das mit Entspannungspolitik zu tun haben?

Gerade noch konnte die Sowjetunion bisher verhindern, daß ihr die USA mit dem Ölabkommen auch noch direkt das Bein auf die Brust stellt: Wollen die USA doch mit diesem Ölabkommen über 200 000 Barrel pro Tag oder rund 10 Millionen Tonnen pro Jahr zu 15 Prozent unter Weltmarktpreis die Sowjetunion demütigen. Der Menge nach wäre dies Öl für die USA nicht viel (1 Prozent des Verbrauchs und 3 Prozent ihres Imports). Durch den Einsatz des Getreides als Waffe wollen sie jedoch so den OPEC-Staaten gerade an der Sowjetunion demonstrieren, *"daß ihr Kartell nicht uneingeschränkt haltbar ist"* (Die Welt, 3. Oktober). Die Getreidefrage hat also die Sowjetunion tüchtig in die Enge getrieben. Um das Getreide zu zahlen, mußte sie schon heimlich große Mengen Gold losschlagen und in diesem Jahr zum dritten Mal eine Anleihe auf dem Eurodollar-Markt aufnehmen (insgesamt dieses Jahr bereits 650 Millionen Dollar) (Neue Zürcher Zeitung, 16. Oktober). Durch die Getreideschwierigkeiten und das jetzige Getreideabkommen wird die Sowjetunion in ihrem Angriff auf die Position der anderen Supermacht empfindlich zurückgeworfen. Das aber wird ihren Appetit nur vergrößern. Die Belastungen aus dem Abkommen wird sie versuchen, auf andere abzuladen, z.B. auf die DDR, Polen, die CSSR und Kuba, die zusammen rund 5 Millionen Tonnen Getreide aus der Sowjetunion importieren.

Die eine Supermacht ist nicht in der Lage, durch die eigene Landwirtschaft die notwendigsten Bedürfnisse zu erfüllen. Die andere Supermacht ist entschlossen, das Getreide als Waffe einzusetzen.

Kann die Welt von ihnen irgendetwas Gutes erwarten? Kann sie ihrem Entspannungstheater Glauben schenken, wenn es in jedem Akt mehr nach Pulver riecht? – **(js)**

### Metallarbeiterstreik in Mailand

**Mailand.** Die 300 000 Metallarbeiter in der mailändischen Region streiken am 29. Oktober. Sie protestieren gegen den Versuch des britischen Autokonzerns Leyland, 1 500 Arbeiter in der Mailänder Filiale zu entlassen und die Lohnkosten um 25 Prozent zu senken. Wenn die Maßnahmen von der Direktion nicht zurückgenommen werden, soll der Streik auf andere Bereiche ausgedehnt werden. Die italienischen Gewerkschaften haben inzwischen Verhandlungen mit den britischen Gewerkschaften eingeleitet, um über geeignete Solidaritätsaktionen in Großbritannien zu beraten. (Nach Le Monde, 28. Oktober)

### US-Imperialisten setzen UNO-Vollversammlung unter Druck

**New York.** Während der politische Sonderausschuß der UNO eine Resolution gegen die Politik der Rassentrennung in Südafrika angenommen hat, wonach die Bemühungen "für die baldige Ausrottung der Apartheid in Südafrika und die Befreiung des südafrikanischen Volkes" verstärkt werden sollen, hat der US-Vertreter Moynihan Pressionen der USA angekündigt für den Fall, daß die UNO-Vollversammlung die Resolution gegen den Zionismus annimmt. Die Resolution, in der der Zionismus als "Form des Rassismus" bezeichnet wird, wurde bereits vom Sozialausschuß der UNO verabschiedet. Moynihan erklärte, die USA würden sich von der UNO "lösen", wenn diese Resolution angenommen würde, weil sie den "Antisemitismus" rechtfertige. Die gegen den "Zionismus" gerichtete Resolution hat jedoch mit "Antisemitismus" nichts zu tun, denn sie verurteilt eine politische Bewegung und Ideologie, womit der israelische Unterdrückerstaat gerechtfertigt wird. Weil dieser Staat das palästinensische Volk unterdrückt und von seinem Territorium vertrieben hat, weil dieser Staat große Teile des Territoriums anderer arabischer Staaten behält, deshalb ist die Verurteilung dieses Staates gerecht und der Zionismus eine Form der Rassenunterdrückung. – (nach Süddeutsche Zeitung, 28.10.)

### Puerto Rico: US-Marine mußte abziehen

Das Volk von Puerto Rico, eine Kolonie der USA, war erfolgreich in der Vertreibung der US-Marine von der Insel Culebra, die von ihr über 75 Jahre lang als Schießstand benutzt wurde.

Die Marine wurde durch einen breiten Kampf der Bevölkerung verjagt. Anlaß waren Übungen der Marine mit neuen Waffen. Diese Waffen richteten große Verwüstungen in der Landwirtschaft und Fischerei an. Der Kampf der Bevölkerung wurde von einem Komitee organisiert.

Die USA versuchten ihren Niederlage damit zu vertuschen, daß sie zusammen mit ihrer Kolonialverwaltung auf Puerto Rico am 19. Oktober eine Feier abhielten aus Anlaß des Abzugs der Marine. In einer Verlautbarung gab das Komitee bekannt, daß aus Befürchtung militanter Aktionen anläßlich des Abzugs der Marine die Polizei auf der Insel verstärkt worden sei. Es wies auch darauf hin, daß während der Kolonialverwaltung 250 000 US-Dollar für die Abzugsfeierlichkeiten verschleudert, die Wasser- und Stromversorgung auf der Insel nicht gesichert ist. (Nach Guardian, 29. Oktober)

### Politische Gefangene als billige Arbeitskräfte

In Indonesien, das die meisten politischen Gefangenen auf der Welt hat, werden diese als Reservoir billiger Arbeitskräfte für eine von japanischem Kapital betriebene Zementfabrik bei der Nusakembagen-Gefangeneninsel eingesetzt.

### Iranische Piloten verweigern den Einsatz in Oman

Weil sie den Befehl verweigerten, nach Oman zu gehen, wurden zehn Piloten vor ein Militärgericht des reaktionären Schah-Regimes gestellt und sofort exekutiert. Das berichtet Saut Al Thawra, wöchentliches Organ der PFLO am 11.10.1975.

Alle sechs Monate werden die Truppen des Schah in Oman ausgewechselt. Eine Stimmung des Unmuts, der Verweigerung und des Widerstandes gegen ihren Einsatz in Oman nimmt in iranischen Einheiten zu. Die Ursache dafür sind unter anderem die hohen Verluste, die die iranischen Truppen in Oman erleiden. Zum Beispiel hat die Luftwaffe in den letzten Wochen schwere Verluste hinnehmen müssen. Mit weiteren Rebellionen in der iranischen Armee kann gerechnet werden, berichtet Saut Al Thawra.